

Sozialbericht 2016

Dezernat III / 81.3 Arbeitsförderung, Statistik und Integration
Referat Sozialplanung

Offenbach
am Main

OF



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

der Sozialbericht stellt die soziale Entwicklung unserer Stadt dar, nicht in allen, aber doch in sehr vielen, für die Stadt und ihre Entwicklung sehr relevanten Aspekten. Ich freue mich, Ihnen hiermit die Ausgabe mit Zahlen für das Jahr 2016 vorlegen zu können. Sie finden wieder ausführliche Analysen zu den Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitsuchende), den verschiedenen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII sowie die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Daten und Analysen zur Wohnungslosigkeit und zur Unterstützung von Wohnungslosen runden die Darstellung ab.

Erstmals gibt es in diesem Bericht ein ausführliches Kapitel zum Leistungsbezug von Kindern in Bedarfsgemeinschaften des SGB II und damit zu einem Problemkreis, der in der politischen Diskussion als „Kinderarmut“ bezeichnet wird. Allerdings – Kinderarmut ist immer Teil der Armut und Unterstützungsbedürftigkeit der Familien, in denen die Kinder und Jugendlichen leben. Wenn man politisch über Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Kinder und Jugendlichen diskutiert, wird man deshalb immer auch die Familien als Ganzes in den Blick nehmen müssen. Nur wenn es gelingt, mehr Erwachsene in Lohn und Brot zu bringen, Alleinerziehende in Arbeit zu integrieren und Niedrigeinkommensbezieher so zu fördern, dass sie von Teilzeit auf Vollzeit umsteigen können und Chancen für besser bezahlte Jobs bekommen, kann es auch für Kinder einen Weg aus der Armutsfalle geben.

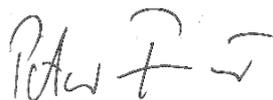
Ein besonderes Anliegen ist es für mich, die „Vererbung“ von Armut zu verhindern. Gerade Kinder aus armen Familien müssen deshalb besonders gefördert werden, damit auch sie gute Lebenschancen haben. Investitionen in Bildung sind deshalb auch Investitionen in mehr Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Offenbach ist eine der Städte mit dem höchsten Anteil von unterstützungsbedürftigen und leistungsberechtigten Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Das ist bedrückend. Erfreulich ist allerdings, dass sich die Situation in den letzten Jahren in kleinen Schritten zum Besseren wendet. Die „Armutquote“ bei Kindern ist hoch, geht aber deutlich zurück. Auch im „Ranking“ der Städte mit besonders hoher Kinderarmut konnte Offenbach sich verbessern.

Erfreulich ist aus meiner Sicht auch, dass es bei den Leistungen des SGB II im Jahr 2016, gegen den allgemeinen Trend, einen deutlichen Fallzahlrückgang gegeben hat. In den Bemühungen um eine bessere Sozialstruktur kommen wir also voran. Die Maßnahmen der Stadt und des Jobcenters wirken. Wir dürfen uns aber nichts vormachen. Es bleibt noch viel zu tun. Wir brauchen einen langen Atem.

Ich danke den Mitarbeitern im Referat Sozialplanung für die umfangreiche und aufwändige Zahlenzusammenstellung und wünsche allen Leserinnen und Lesern des Sozialberichts interessante Lektüre.

Ihr



Peter Freier
Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Inhaltsverzeichnis	1
1. Einführung	2
2. Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)	3
2.1 Ausgewertete Leistungsbereiche und Datenbasis	3
2.2 Ergebnisse auf gesamtstädtischer Ebene	5
2.3 Entwicklung in den Bezirken der Stadt	8
2.4 Entwicklung im hessischen Vergleich	10
2.5 Bewilligte Geldleistungen im SGB II	11
2.6 Zielvereinbarungen und Zielerreichung im SGB II	13
3. Sozialhilfe (SGB XII)	14
3.1 Ausgewertete Leistungsbereiche und Datenbasis	14
3.2 Leistungsberechtigte außerhalb von Einrichtungen	14
3.3 Leistungsberechtigte innerhalb von Einrichtungen	18
3.4 Leistungsberechtigte nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	19
3.5 Ausgaben im SGB XII	19
4. Leistungen für Bildung und Teilhabe	21
5. Kinder und Jugendliche im SGB II	23
5.1 Vorbemerkung	23
5.2 Struktur	23
5.3 Entwicklung	25
5.4 Maßnahmen gegen Kinderarmut	28
6. Wohnungs- und Obdachlosigkeit	31
6.1 Aktuell von Wohnungslosigkeit Betroffene / ehemalige Wohnungslose mit Unterstützungsbedarf	31
6.2 Unmittelbar von Wohnungslosigkeit Bedrohte	31
6.3 Wohnungslosigkeit wegen unzumutbarer Wohnverhältnisse / bei Zugewanderten in gesonderten Unterkünften	32
6.4 Sozialstruktur der Wohnungs- und Obdachlosigkeit	33
7. Fazit	34
8. Anhang	36
8.1 Glossar	36
8.2 Tabellen zu Kapitel 1 (Einführung)	41
8.3 Tabellen zu Kapitel 2 (SGB II)	43
8.4 Tabellen zu Kapitel 3 (SGB XII)	53
8.5 Tabellen zu Kapitel 4 (Leistungen für Bildung und Teilhabe)	56
8.6 Tabellen zu Kapitel 5 (Kinder und Jugendliche im SGB II)	58
8.7 Tabellen zu Kapitel 6 (Wohnungs- und Obdachlosigkeit)	60
8.8 Tabellen zu Kapitel 7 (Zusammenfassung)	61
8.9 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	62
8.10 Abkürzungsverzeichnis	65
Impressum	66

1. Einführung

Die Sozialberichte der *Stadt Offenbach* erscheinen in einem jährlichen Rhythmus. Der vorliegende Sozialbericht 2016 zeigt die Entwicklungen im Bereich der Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitssuchende und Sozialhilfe) sowie im Bereich Bildung und Teilhabe in der *Stadt Offenbach* bis zum Dezember 2016.

Das Bevölkerungswachstum hat sich auch im Jahr 2016 fortgesetzt, wenn auch etwas verhaltener als im Vorjahr. Die Zahl der Einwohner stieg von 132.068 Ende 2015 auf 133.827 Ende 2016, ein Zuwachs von 1,3 Prozent. Der Anteil nicht-deutscher Einwohner stieg auf 37 Prozent (Vorjahr: 36,5 Prozent). Der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund lag bei 60,7 Prozent¹. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren lag Ende 2016 bei 68,9 Prozent. Bei der ausländischen Bevölkerung lag dieser Anteil bei 81,7 Prozent (vgl. Tab. 1, Tab. 4).

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich im Jahr 2016 positiv. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort stieg von 47.784 Ende 2015 auf 50.187 Ende 2016 um 5,0 Prozent, die der Beschäftigten am Arbeitsort Offenbach leicht von 46.248 auf 46.733. Die Zuwachsrate bei der Zahl der Beschäftigten am Wohnort war die höchste unter allen kreisfreien Städten und Landkreisen in Hessen. Im Landesdurchschnitt stieg die Zahl der Beschäftigten am Wohnort um 2,3 Prozent (vgl. Tab. 2, Tab. 3). Die Beschäftigungsquote (Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) lag im Juni 2016 mit 57,8 Prozent (Vorjahresmonat: 56,6 Prozent) über dem hessischen Durchschnittswert von 56,8 Prozent (Vorjahresmonat 56,3 Prozent)².

Die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt ging von 6.699 im Dezember 2015 auf 6.616 im Dezember 2016 um 1,2 Prozent zurück. Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank auf 9,7 Prozent (Vorjahr: 10,1 Prozent). Bezogen auf die einzelnen Rechtskreise gab es im Rechtskreis SGB III einen deutlichen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 9,5 Prozent, während diese Zahl im Rechtskreis SGB II um 1,2 Prozent auf 7.526 zunahm.

Die Unterbeschäftigung (Arbeitslose plus Teilnehmende an Maßnahme) ging deutlich von 9.563 auf 9.084 zurück, darunter die Unterbeschäftigung im Rechtskreis SGB II von 7.679 auf 7.331. Die Unterbeschäftigungsquote im Rechtskreis des SGB II sank auf 10,4 Prozent (die Unterbeschäftigungsquote in beiden Rechtskreisen – SGB II und SGB III – zusammen sank auf 12,9 Prozent, vgl. Tab. 5).

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ging im Jahr 2016 sehr deutlich von 8.881 Ende 2015 auf 8.432 im Dezember 2016 bzw. 5,1 Prozent zurück, die der Personen in den Bedarfsgemeinschaften des SGB II von 19.844 auf 18.768 bzw. minus 5,4 Prozent (vgl. Tab. 6). Im Vergleich der hessischen kreisfreien Städte und Landkreise wies die Stadt Offenbach den mit Abstand größten Rückgang auf (vgl. Tab. 31).

¹ In den Bereichen, in denen zur weiteren Analyse Daten zur Bevölkerungsstruktur hinzugezogen werden, entstammen diese dem Melderegister der *Stadt Offenbach*. Diese Daten liegen für den gleichen aktuell betrachteten Zeitraum vor wie die Datenbestände aus den Bereichen SGB II und SGB XII und sind kleinräumig und strukturell tief gegliedert verfügbar. Die nach dem Zensus 2011 fortgeschriebenen Daten des *Statistischen Landesamtes Hessen* hingegen erlauben aufgrund der besonderen Erhebungsmethode des Zensus keine kleinräumige Differenzierung innerhalb der Stadt. Im Übrigen weisen die Daten des Zensus für den 31.12.2015 eine um etwa sechs Prozent niedrigere Bevölkerungszahl (123.734 Personen) aus als die Fortschreibung des Einwohnerregisters der Stadt (132.068 Personen). Für ein Festhalten an der Datenbasis der Bevölkerungsfortschreibung der Stadt gibt es keine Alternative. Es entspricht zudem der durchgängigen Praxis der Statistikämter hessischer Großstädte. Der klare Trend einer wachsenden Bevölkerung in Offenbach zeigt sich in beiden Datensystemen.

² Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsquoten. Nürnberg, Februar 2016 und Februar 2017.

2. Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

2.1 Ausgewertete Leistungsbereiche und Datenbasis

Die Grundsicherung für Arbeitslose nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) umfasst ein an der Erwerbsarbeit orientiertes Fürsorgesystem für verschiedene Personengruppen. Dazu zählen u.a.

- Arbeitslose und Langzeitarbeitslose,
- Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen (sog. „Ergänzer“),
- Absolventen von allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen sowie mit Berufsausbildungen, die keine Ansprüche auf vorrangige Versicherungsleistungen erwerben konnten,
- Berufsrückkehrer,
- Eltern mit Erziehungspflichten,
- Bezieher von Arbeitslosengeld I (ALG I, nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch [SGB III]), deren Bedarf durch diese Versicherungsleistung nicht ausreichend gedeckt ist („Aufstocker“) und
- Personen ohne Ansprüche auf ALG I nach nur kurzfristiger Beschäftigung.

Die Leistungen umfassen im Wesentlichen:

- Arbeitslosengeld II (ALG II) für erwerbsfähige Leistungsberechtigte³;
- Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Angehörige der Bedarfsgemeinschaft (BG) von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten;
- Leistungen für Kranken- und Pflegeversicherung der Leistungsberechtigten;
- Leistungen zur Eingliederung in Erwerbsarbeit;
- Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Vom Träger der amtlichen Statistik für das SGB II, der *Bundesagentur für Arbeit (BA)*⁴, stammt der Großteil der Daten des vorliegenden Berichts. Bevölkerungsdaten auf Basis des Melderegisters kommen vom Offenbacher *Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration*.

Im Jahr 2016 reformierte die Bundesagentur für Arbeit die Grundsicherungsstatistik und differenzierte die Personengruppen statistisch nach leistungsrechtlichen Kriterien (den Zusammenhang verdeutlicht Abb. 1):

- Regelleistungsberechtigte (abgekürzt: RLB): darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB), und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF),
- Sonstige Leistungsberechtigte (SLB), zusammen mit der Gruppe RLB ergibt dies die Gruppe der Leistungsberechtigten (LB)
- vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen (AUS),
- Kinder ohne Leistungsanspruch (KOL). Zusammen mit der Gruppe AUS ergibt dies die Gruppe der nicht Leistungsberechtigten (NLB),

³ Als erwerbsfähig wird eine Person bezeichnet, die 15 Jahre und älter ist, die (Regel-)Altersgrenze noch nicht erreicht hat und mindestens drei Stunden am Tag unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes arbeiten kann. Ob die Aufnahme einer Arbeit oder die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt vorübergehend unzumutbar ist (z.B. wegen Erziehung eines Kindes unter drei Jahren), ist hierbei ohne Belang. Mit einer erwerbsfähigen und leistungsberechtigten Person zusammen lebende, nicht erwerbsfähige Personen bilden mit dieser eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft (BG) und erhalten Sozialgeld. In einer BG können auch mehrere erwerbsfähige Personen mit ALG II-Bezug leben.

⁴ Die Geschäftsdaten der kommunalen Jobcenter werden der Statistik der BA über die normierte Schnittstelle X-Sozial gemäß § 51b Abs. 2 SGB II übermittelt. Aus diesen generiert die Statistik der BA die amtlichen Daten der SGB II-Statistik. Bei diesen Daten kann es, wie bei anderen Fachstatistiken auch, leichte Abweichungen zu Geschäftsdaten oder Haushaltsdaten der Kommune geben, da die BA-Statistik die übermittelten Daten im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages plausibilisiert, Berichtsperioden zuordnet und mit den Daten anderer Statistikaggregate wie der Arbeitsmarkt-, Beschäftigten- und der Bevölkerungsstatistik vervollständigt. Gegenüber Daten früherer Sozialberichte ist zu beachten, dass Datenrevisionen der BA-Statistik zu vereinzelt rückwirkenden Änderungen von Eckzahlen auch für die Vorjahre führen. Beim zeitlichen Bezug der Daten gibt es Unterschiede zwischen den Daten zum SGB II der BA und denen des *Sozialamtes der Stadt Offenbach* zum SGB XII. Während die BA ihre Daten zur Mitte eines jeden Monats (zudem unterschiedlich zwischen dem elften und dem 16. Tag eines Monats) erhebt, nimmt das *Sozialamt* Daten vom Ende eines Monats (verwendet werden im vorliegenden Bericht die Daten des 31.12. eines Jahres). In der Zusammenschau der Daten entstehen dadurch unvermeidlich geringfügige Unschärfen.

- Die beiden Gruppen LB und NLB bilden die Summe aller Personen in den Bedarfsgemeinschaften ab (PERS).

Personen in Bedarfsgemeinschaften (PERS)				
Leistungsberechtigte (LB)			Nicht Leistungsberechtigte (NLB)	
Regelleistungsberechtigte (RLB)		Sonstige Leistungsberechtigte (SLB)	vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen (AUS)	Kinder ohne Leistungsanspruch (KOL)
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF)			

Abb. 1: Personengruppen im SGB II seit der Revision im Jahr 2016

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2017): Revision der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II – Messung von Verweildauern

Mit der Reform ging eine rückwirkende Revision der Daten einher. Die meisten der im Anhang befindlichen Tabellen wurden entsprechend aktualisiert. Kleinräumige Daten konnten jedoch nicht rückwirkend aktualisiert werden, daher kann es in den betreffenden Tabellen zu geringfügigen Abweichungen gegenüber Werten in anderen Tabellen kommen.

2.2 Ergebnisse auf gesamtstädtischer Ebene

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sank im Dezember 2016 gegenüber dem Vorjahresende um über fünf Prozent auf 8.432. Die Zahl der Leistungsberechtigten reduzierte sich um 1.078 auf 18.662 Personen, dies entsprach einem Rückgang von 5,5 Prozent und betraf die erwerbsfähigen wie die nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (vgl. Abb. 2, Tab. 6). Drei Viertel des Rückgangs fielen auf die nicht-deutschen Leistungsberechtigten (minus 832 Personen). Zur Struktur der Gruppe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten vgl. Tab. 8 bis Tab. 13.

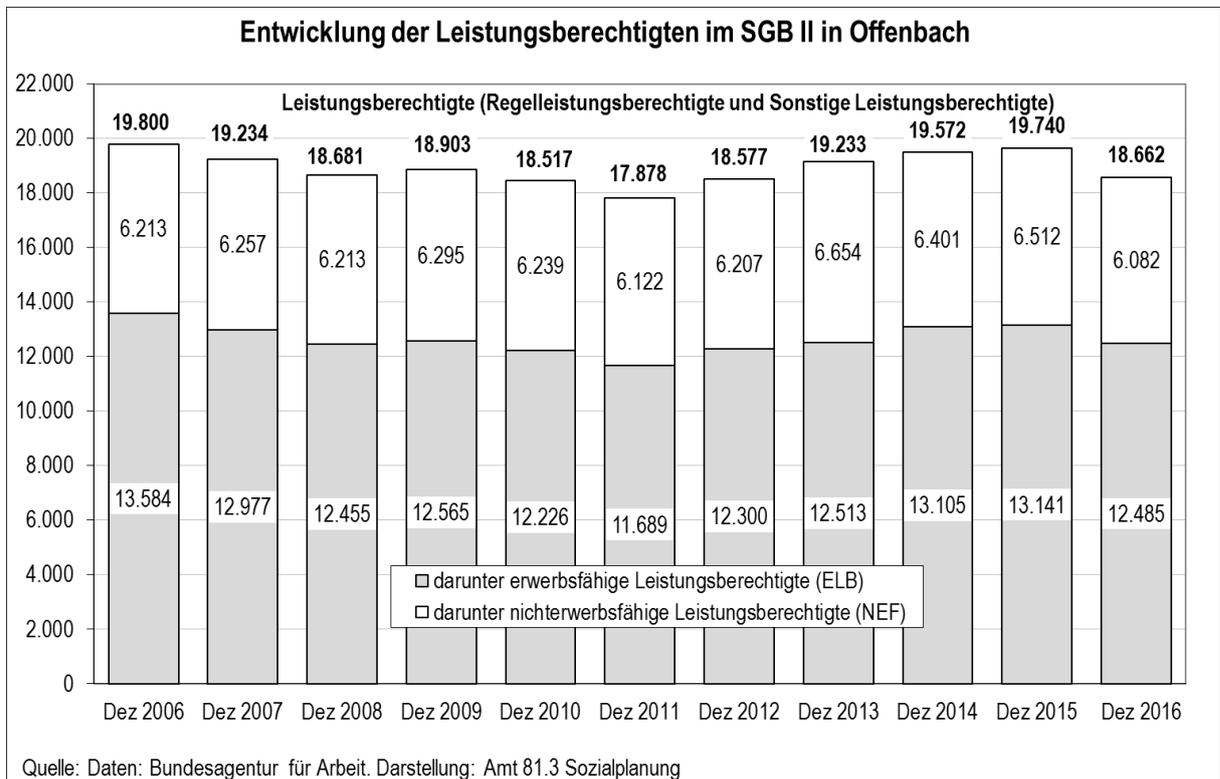


Abb. 2: Entwicklung der Zahl der SGB II-Leistungsberechtigten in Offenbach

Im Vergleich der *Jahresdurchschnittswerte* ist der Rückgang der Zahl der Leistungsberechtigten geringer (vgl. Tab. 7, Tab. 12, Tab. 13). Der Fallzahlrückgang fand über das Jahr 2016 hinweg statt.

Zwischen Dezember 2015 und 2016 gab es in Offenbach ein vergleichsweise starkes Wachstum der nicht-deutschen Bevölkerung in Offenbach von 2,5 Prozent (deutsche Bevölkerung: plus 0,7 Prozent, vgl. auch Tab. 4).

Die nicht-deutsche Bevölkerung ist nach wie vor überdurchschnittlich stark bei dem Leistungsbezug nach SGB II vertreten. In besonderem Maße gilt das für Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Diese Personengruppe ist nicht erwerbsfähig im Sinne des SGB II (vgl. Tab. 14, Tab. 17). Bezogen auf die Gesamtbevölkerung waren im Berichtsjahr 30 Prozent der Offenbacher Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug („NEF-Quote U15“, vgl. Tab. 15, Tab. 16).

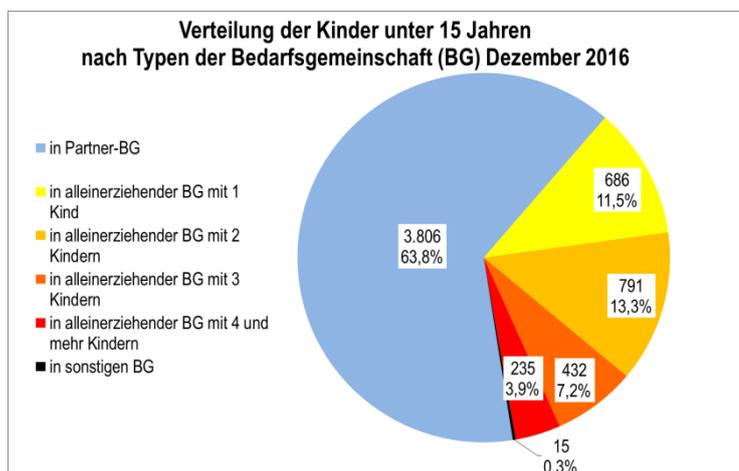


Abb. 3: Kinder unter 15 Jahren nach Typen der Bedarfsgemeinschaft
Quelle: BA. Darstellung Amt 81.3

43 Prozent der Bedarfsgemeinschaften haben Kinder unter 18 Jahren. Fast zwei Drittel der Kinder unter 15 Jahren lebt in Partner-BG, unter den alleinerziehenden BG überwiegen diejenigen mit zwei Kindern (vgl. Tab. 18 bis Tab. 20 und Abb. 3).

Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die Leistungen nach SGB II erhalten, weil ihr eigenes Einkommen zu gering ist („Ergänzer“), sank im Dezember 2016 gegenüber dem Vorjahresende auf 3.647 Personen.

Dies waren etwa 29 Prozent aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (vgl. Abb. 4, Tab. 23, Tab. 24). 94,1 Prozent der Bedarfsgemeinschaften hatten im Dezember 2016 einen Zahlungsanspruch für Leistungen der Unterkunft, 87,0 Prozent für den Regelbedarf Arbeitslosengeld II und 19,9 Prozent für den Regelbedarf Sozialgeld.⁵ (vgl. Tab. 25).

Bei Betrachtung einzelner Nationalitäten⁶ kann bei vielen ein Rückgang der Zahl der Leistungsberechtigten festgestellt werden. Aber auch das Wachstum der Zahl der Leistungsberechtigten aus Bulgarien ist auffällig (vgl. Abb. 5, Tab. 21).

Die **SGB II-Quote** sank deutlich auf 16,7 Prozent⁷. Die durchschnittliche SGB II-Quote der nichtdeutschen Nationalitäten liegt mit 20,2 Prozent deutlich darüber (vgl. Abb. 6, Tab. 22)⁸.

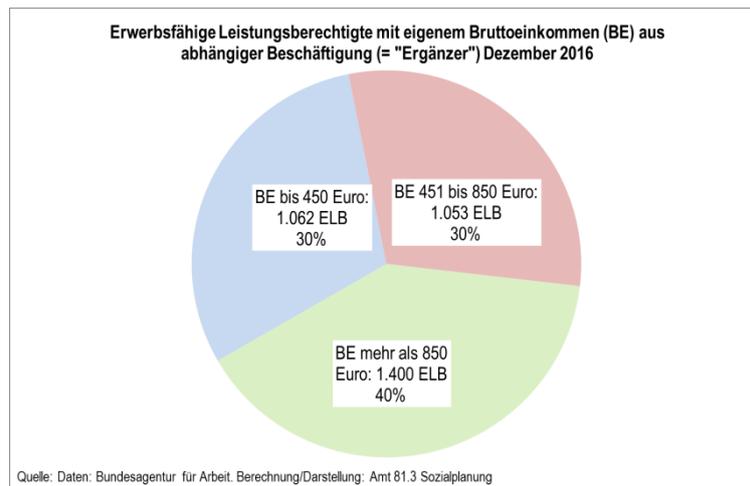


Abb. 4: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit eigenem Bruttoeinkommen („Ergänzer“)

⁵ Bei den BG ohne ALG II-Bezug handelt es sich um Leistungsberechtigte, die aufgrund von anrechenbarem Einkommen keine Regelsatzleistungen, sondern nur Leistungen für Unterkunft (LfU) beziehen. Der sehr kleine Anteil von Leistungsbeziehern ohne LfU besteht überwiegend aus Personen, die im elterlichen oder einem fremden Haushalt leben und keine eigenen Mietkosten haben.

⁶ Neu in die Zusammenstellung wurden Moldau und Ungarn genommen, weil deren Staatsbürgerinnen und Staatsbürger seit dem Jahr 2016 mit über 400 Personen in Offenbach vertreten sind.

⁷ Die BA weist mit Bezug auf Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes für Dezember 2016 eine SGB II-Quote von 18,1 Prozent (vgl. Tab. 74) aus. Im Unterschied zwischen den beiden Quoten kommt die immer noch große Differenz der Zensus basierten Bevölkerungszahl, mit denen die Landes- und Bundesstatistiken arbeiten, und der lokalen Bevölkerungsforschreibung zum Ausdruck.

⁸ Die SGB II-Quote hier gibt hier mangels Verfügbarkeit detaillierterer Daten nur einen angenäherten Wert wieder: Sie stellt die Quote aller Personen in den Bedarfsgemeinschaften bezogen auf alle Bewohner derselben Nationalität im Alter von 0 bis unter 65 Jahren dar. Standardmäßig wird nur die Zahl der Leistungsberechtigten (Regelleistungsberechtigte und Sonstige Leistungsberechtigte), nicht aber die Zahl der Nicht-Leistungsberechtigten herangezogen.

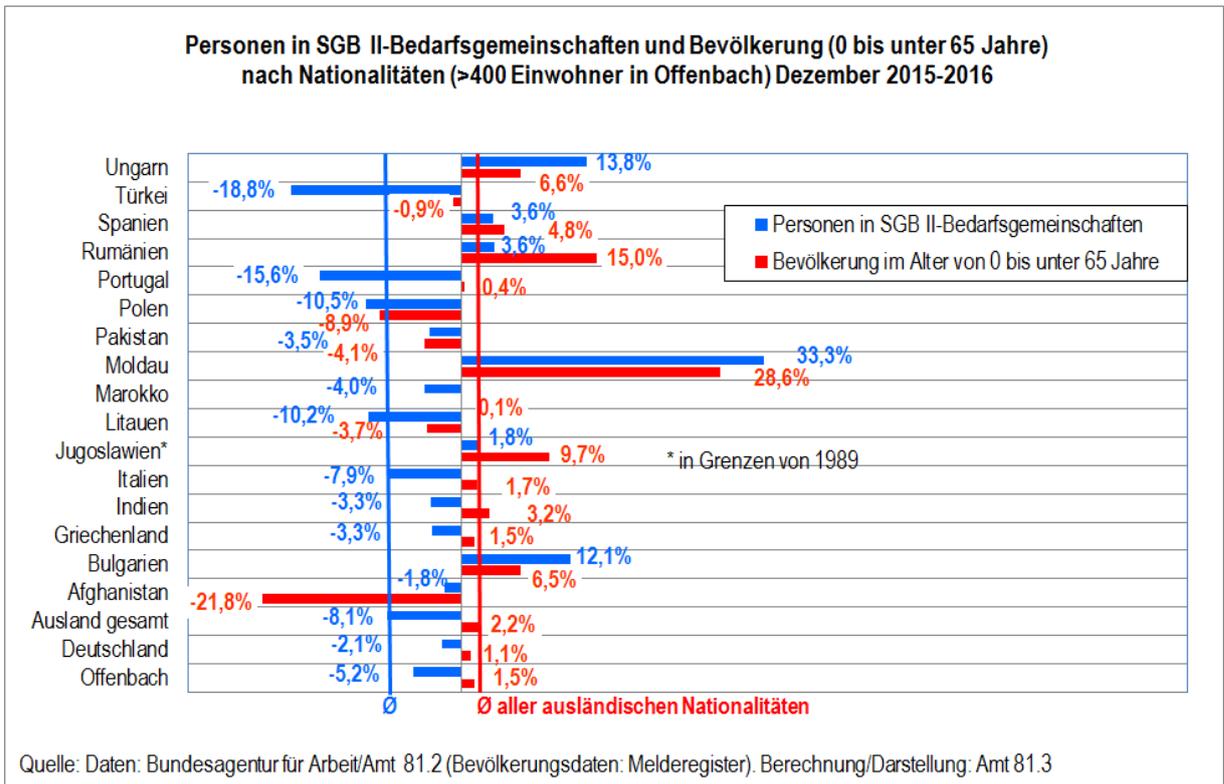


Abb. 5: Entwicklung der Personen in Bedarfsgemeinschaften und der Bevölkerung nach Nationalitäten

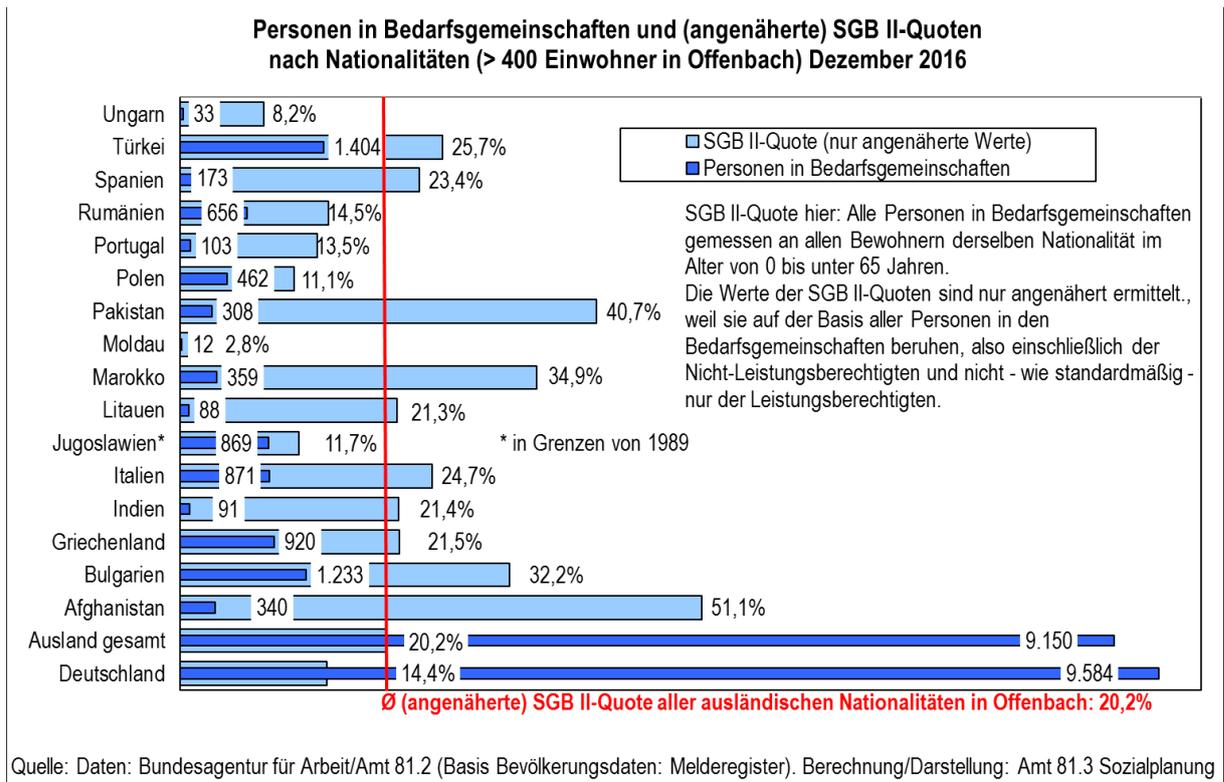


Abb. 6: Personen in Bedarfsgemeinschaften und (angenäherte) SGB II-Quoten nach Nationalitäten

2.3 Entwicklung in den Bezirken der Stadt

In fast allen Statistischen Bezirken der Stadt nahm die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften gegenüber dem Vorjahr ab. Lediglich in Bieber gab es einen geringen Zuwachs (vgl. Abb. 7). Der Bezirk mit den meisten Bedarfsgemeinschaften (847) war *Bieber*, die meisten Leistungsberechtigten (2.053) lebten im Bezirk *Lauterborn* (vgl. Tab. 26 bis Tab. 28).

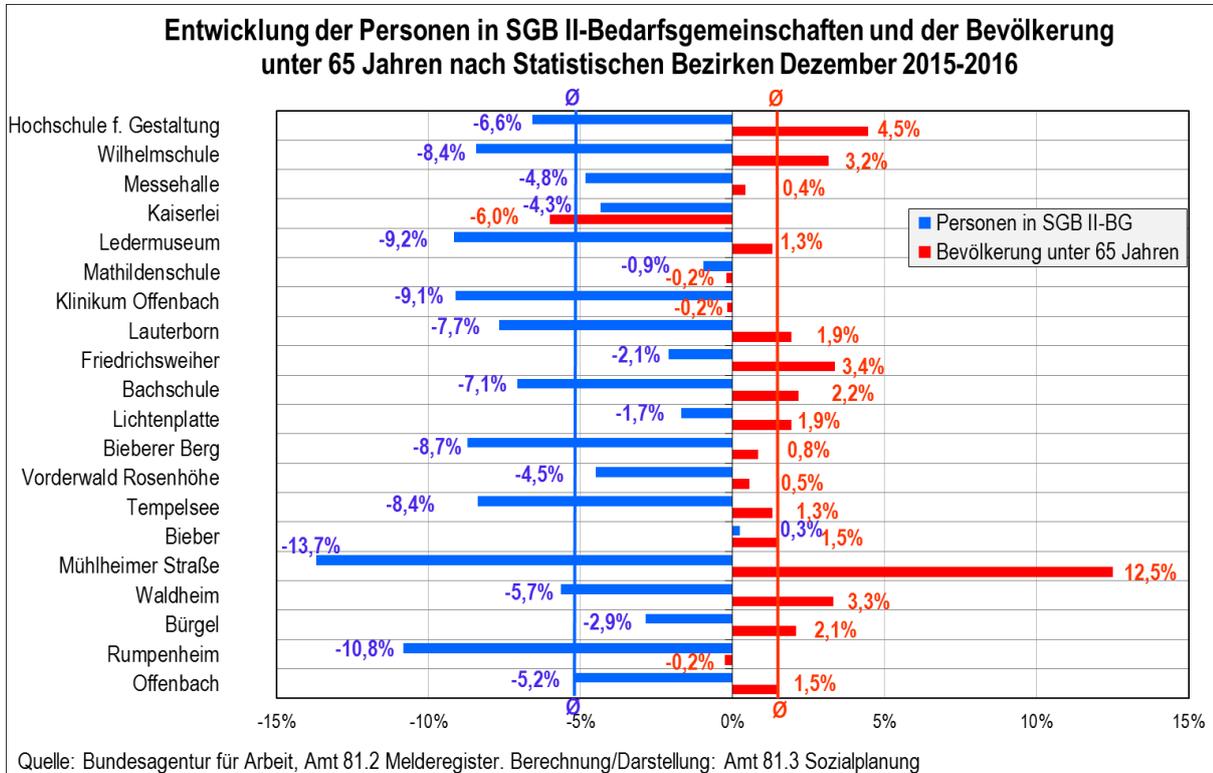


Abb. 7: Entwicklung Leistungsberechtigte / Bevölkerung unter 65 Jahren in Statistischen Bezirken

Die SGB-II-Quoten sämtlicher Statistischer Bezirke verringerten sich zum Teil deutlich. Lediglich im Bezirk Kaiserlei stieg – auf sehr niedrigem Niveau – die Quote leicht an (Tab. 29). Überdurchschnittliche SGB II-Quoten sind wie in den Vorjahren in den nördlichen Innenstadtbezirken zu verzeichnen (vgl. Abb. 8)⁹.

Der Segregationsindex, der die sozialräumliche Ungleichheit innerhalb der Stadt misst, ist gegenüber dem Vorjahr gesunken¹⁰ (vgl. Abb. 9, Tab. 30). Damit hat sich der langjährige Trend des Ausgleichs zwischen den Sozialräumen der Stadt fortgesetzt.

⁹ SGB II-Quoten hier: Alle Personen in Bedarfsgemeinschaften gemessen an allen Bewohnern im Alter von 0 bis unter 65 Jahren. Die Werte der SGB II-Quoten sind mangels Datenverfügbarkeit nur angenähert ermittelt, weil sie auf der Basis aller Personen in den Bedarfsgemeinschaften beruhen, also einschließlich der Nicht-Leistungsberechtigten und nicht - wie standardmäßig - ausschließlich auf der Basis der Leistungsberechtigten (Regelleistungsberechtigte und Sonstige Leistungsberechtigte). Daher kann es unter Umständen zu Abweichungen in den Quoten um ein Zehntel Prozentpunkt kommen.

¹⁰ Die Betrachtung der räumlichen Ungleichverteilung (Segregation) in den Statistischen Bezirken weist auf Differenzen in der Betroffenheit von Armut und damit von Lebenslagen hin. Das statistische Maß für den Grad der Segregation der Bevölkerung bezogen auf ein bestimmtes Merkmal (hier der SGB-II-Anteil an der Gesamtbevölkerung) ist ein entsprechender Index. Ein hoher Indexwert zeigt eine hohe Ungleichverteilung, ein niedriger eine gleichmäßigere Verteilung zwischen den Stadtteilen.

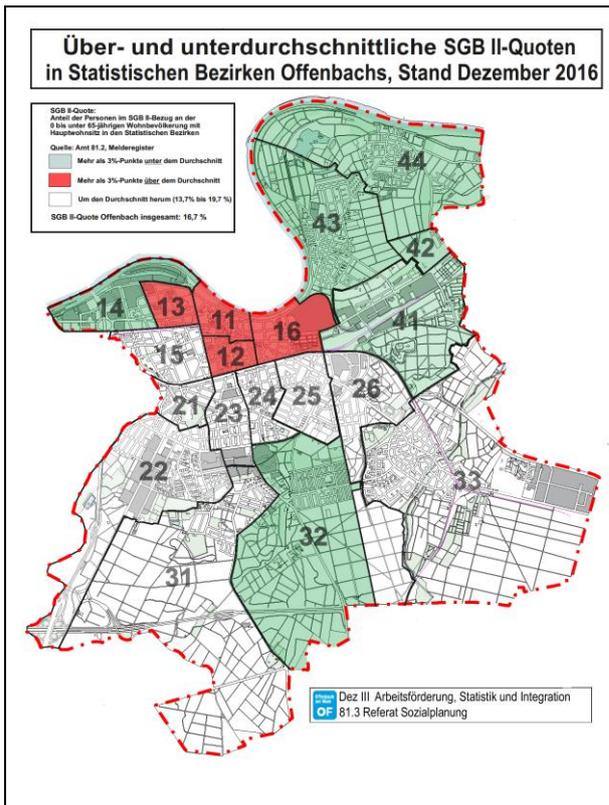


Abb. 8: Über- und unterdurchschnittliche SGB II-Quoten nach Statistischen Bezirken

Quelle: BA, Amt 81. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

Rot = mehr als drei Prozentpunkte **über dem Durchschnitt**
Grün = mehr als drei Prozentpunkte **unter dem Durchschnitt**

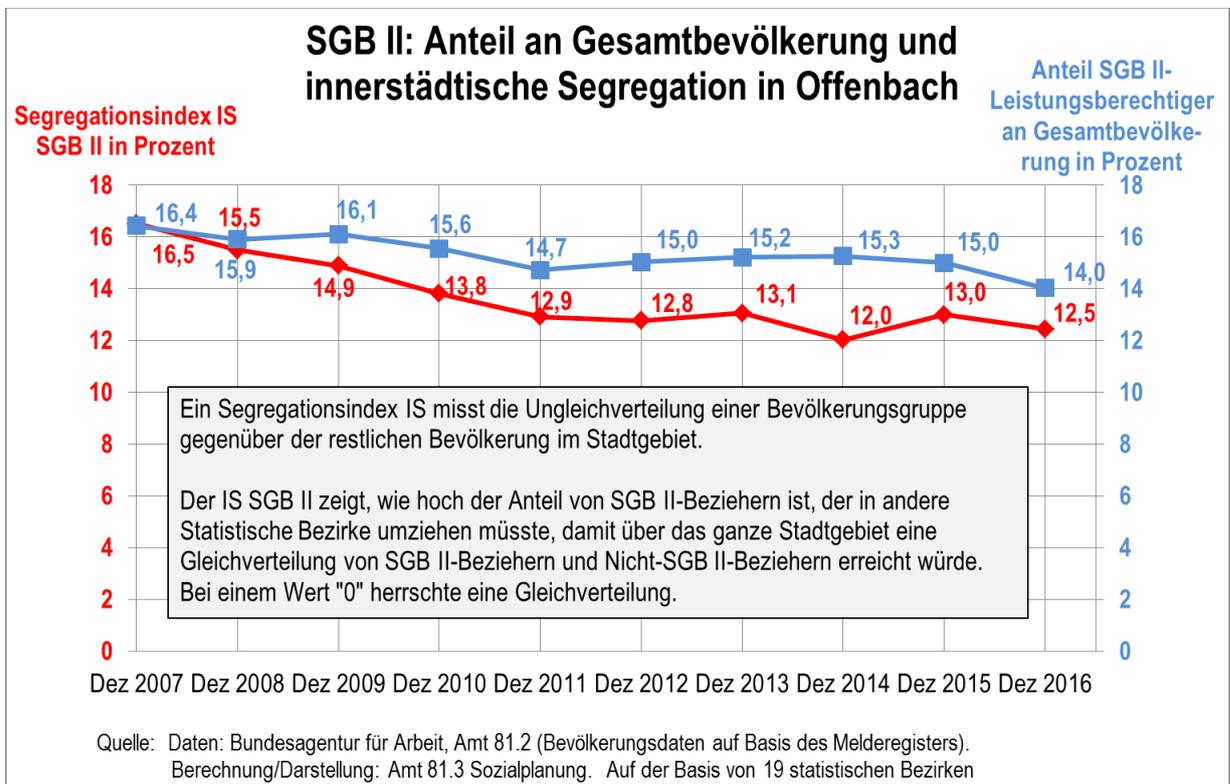


Abb. 9: Innerstädtische Segregation im Bezug von SGB II-Leistungen

2.4 Entwicklung im hessischen Vergleich

Die Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften (minus 5,1 Prozent) und ihrer Personen (minus 5,4 Prozent) zwischen Dezember 2015 und 2016 verlief in Offenbach deutlich positiver als in den übrigen Stadt- und Landkreisen in Hessen. Die durchschnittliche Personenzahl einer Bedarfsgemeinschaft in Offenbach war über 2,2 Personen pro Bedarfsgemeinschaft allerdings hessenweit weiterhin die höchste. Offenbach bleibt eine Stadt mit sehr hohen Anteilen von Bedarfsgemeinschaften mit mehreren Kindern. Der Anteil der ALG II beziehenden Leistungsberechtigten pro Bedarfsgemeinschaft in Offenbach blieb mit 1,48 Personen überdurchschnittlich (vgl. Abb. 10, Abb. 11, Tab. 31 bis Tab. 34).

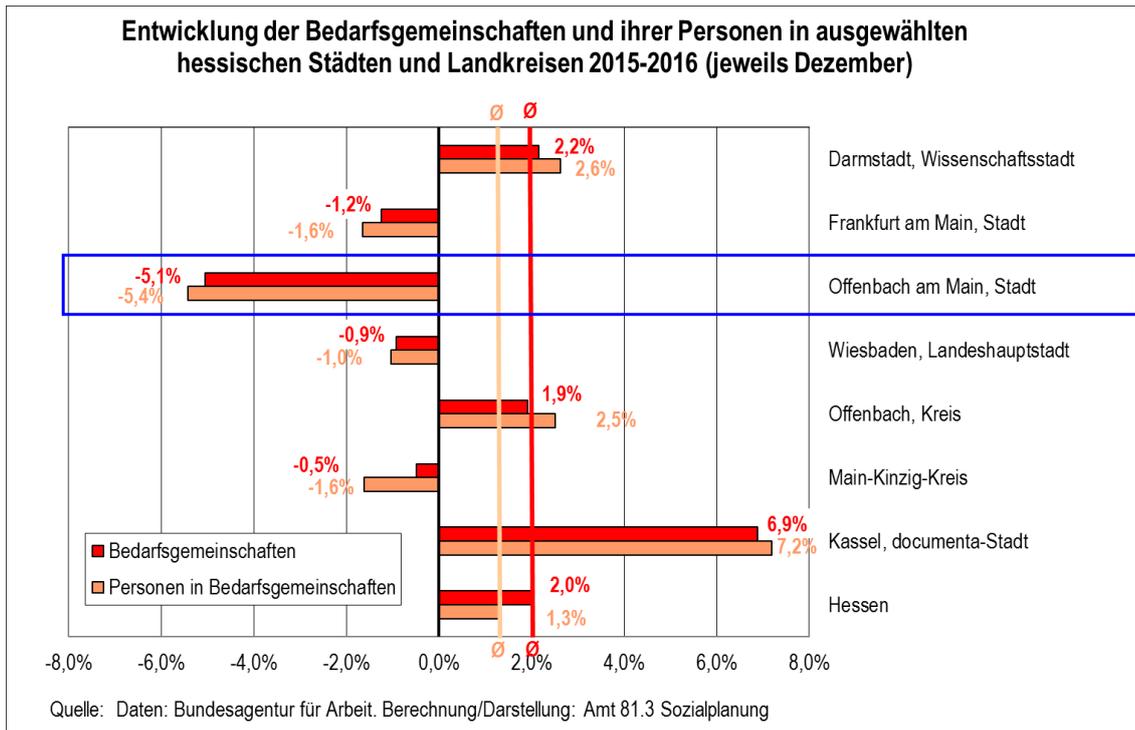


Abb. 10: Entwicklung Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte in Hessen

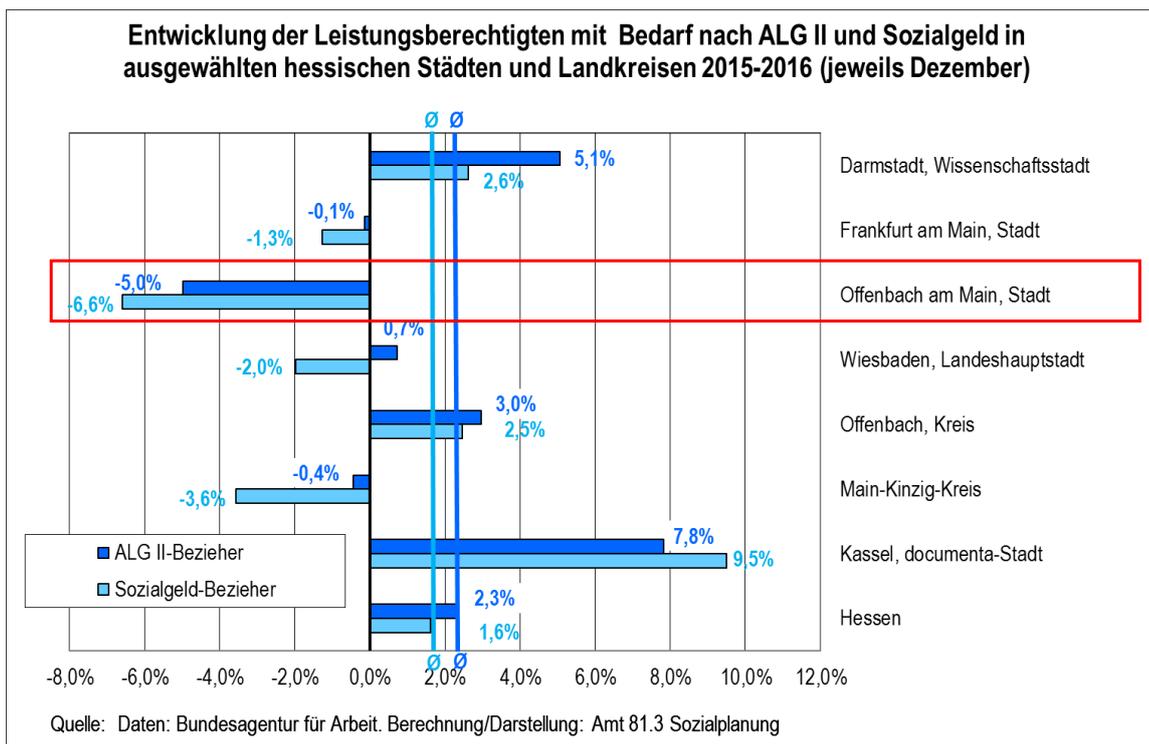


Abb. 11: Entwicklung Arbeitslosengeld II- und Sozialgeldempfänger in Hessen

2.5 Bewilligte Geldleistungen im SGB II

Die Zahlungsansprüche nach SGB II in Offenbach lagen im Jahr 2016 bei rund 103,2 Millionen Euro und damit geringfügig höher als im Jahr zuvor. Den größten Einzelposten bei den Geldleistungen bildeten mit rund 46 Prozent die Leistungen für Unterkunft und Heizung (vgl. Abb. 12).

Während vor allem die Ansprüche für die Regelleistungen und Leistungen für Unterkunft und Heizung sanken, waren es vor allem die Sozialversicherungsbeiträge, die für den Anstieg der Zahlungsansprüche insgesamt verantwortlich waren (vgl. Abb. 13, Tab. 35 und Tab. 36)¹¹.

Eine Bedarfsgemeinschaft hatte durchschnittlich einen Gesamtanspruch von 987 Euro pro Monat, etwa die Hälfte entfiel auf Leistungen für Unterkunft und Heizung (Abb. 14, Tab. 37 und Tab. 38).

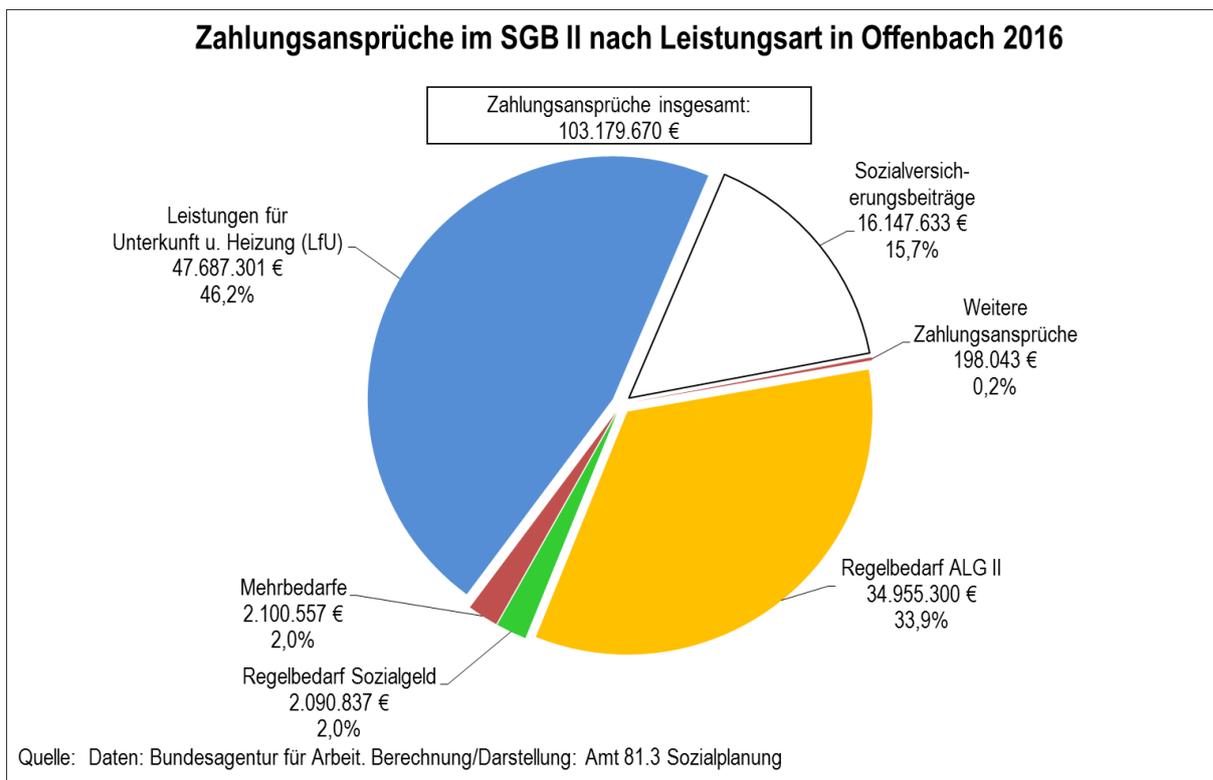


Abb. 12: Zahlungsansprüche im SGB II nach Leistungsart in Offenbach 2016

¹¹ In diesem Abschnitt werden Daten der SGB-II-Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu Grunde gelegt. Diese bauen auf den Meldungen der Jobcenter über die Datenschnittstelle X-Sozial auf und generieren überregional vergleichbare Daten. Es handelt sich hier um Daten zu den bewilligten Leistungen (= Zahlungsansprüche, siehe Glossar) im jeweiligen Bezugszeitraum. Diese können von den tatsächlichen Ausgaben in einem Jahr abweichen, z. B. wenn Bewilligung und Auszahlung in verschiedene Zeiträume fallen oder wenn bei den Auszahlungen Aufrechnungen mit Rückforderungen vorgenommen werden. So weichen auch die Daten der kassenwirksamen Ausgaben von den hier dargestellten Geldgrößen ab, wenn auch stets nur in einem kleinen Umfang von drei bis vier Prozent.

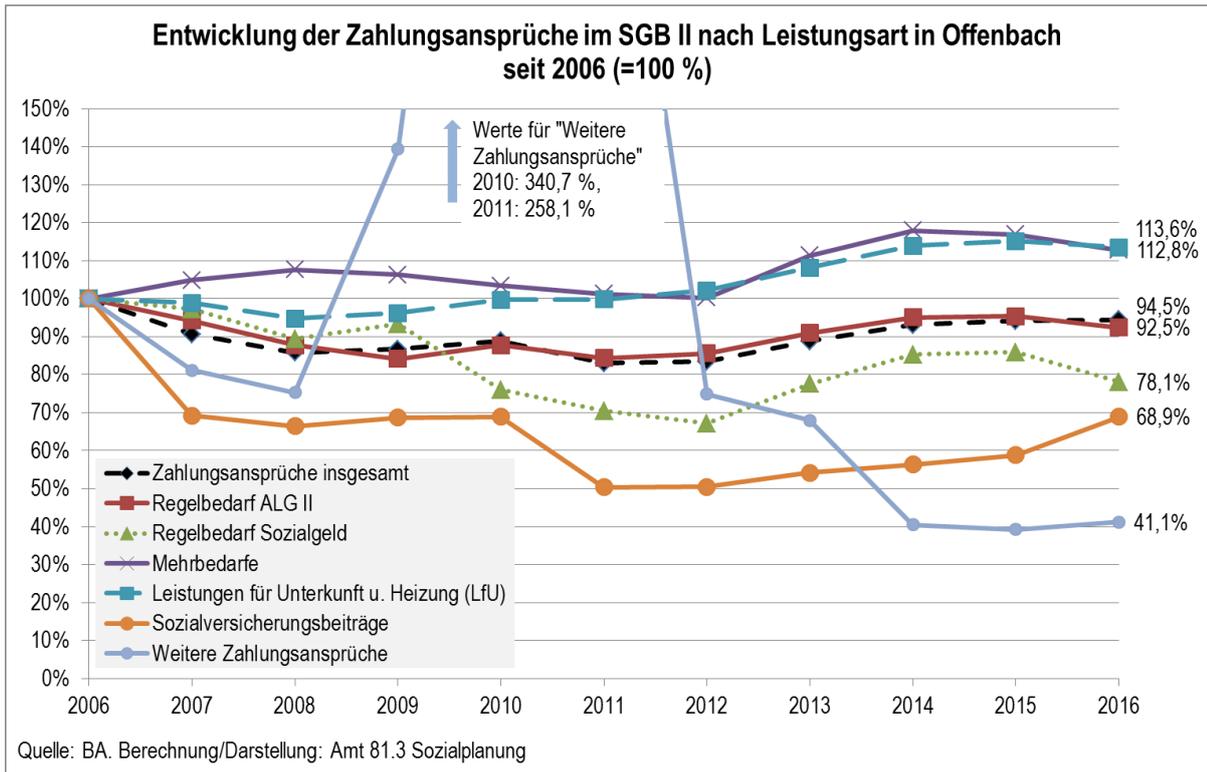


Abb. 13 Entwicklung der Zahlungsansprüche im SGB II nach Leistungsart in Offenbach

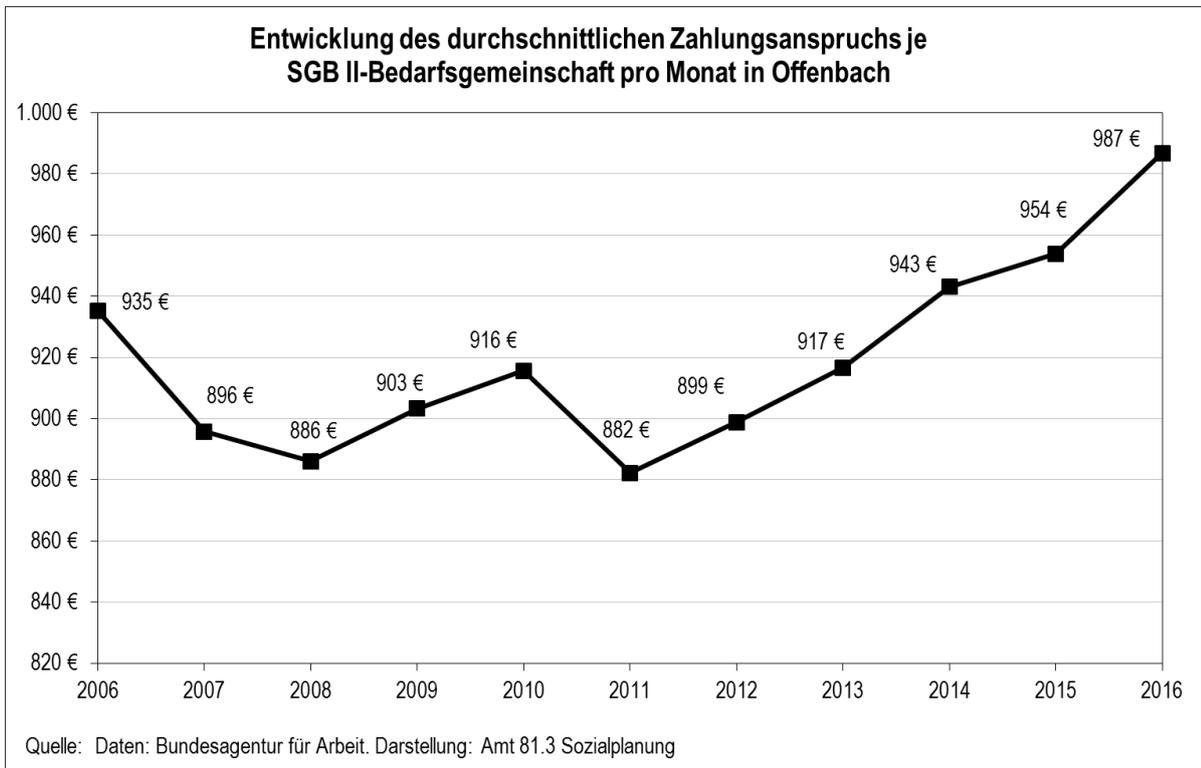


Abb. 14: Entwicklung des durchschnittlichen Zahlungsanspruchs je SGB II-Bedarfsgemeinschaft pro Monat in Offenbach

2.6 Zielvereinbarungen und Zielerreichung im SGB II

Zwischen Jobcenter *MainArbeit* und *Land Hessen* wurden wie in den vorherigen Jahren auch für das Jahr 2016 gemäß § 48b SGB II Ziele vereinbart. Darüber hinaus wurden auch Zielvereinbarungen getroffen zwischen der Geschäftsführung der *MainArbeit* und der politischen Führung der *Stadt Offenbach*. Die Ziele lauteten:

- Ausgaben für passive Leistungen zum Lebensunterhalt (ALG II sowie Sozialgeld): Maximal 58 Millionen Euro;
- Ausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung: Maximal 53 Millionen Euro;
- Integration in Erwerbsarbeit: Integrationsquote von mindestens 25 Prozent;
- Integration in Erwerbsarbeit von Alleinerziehenden: Integrationsquote von mindestens 21 Prozent;
- Langfristiger Leistungsbezug, gemessen an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die in den vergangenen zwei Jahren 21 oder mehr Monate im Leistungsbezug waren: einen Anstieg der Zahl der Langzeitbezieher vermeiden;
- Nachhaltigkeit von Integrationen, gemessen an der Integrationsquote von Aufnahmen einer Beschäftigung von mindestens zwölf Monaten Dauer: Mindestens 62 Prozent;
- Lernförderung im Rahmen von Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT): Eine Bewilligung in mindestens 450 Fällen;
- Inanspruchnahme von BuT-Leistungen als Quote der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen an allen antrags- und leistungsberechtigten Personen: mindestens 85 Prozent.

Nahezu alle Ziele wurden erreicht oder teilweise deutlich übererfüllt. Lediglich bei zwei Zielen konnten die angestrebten Zielmarken nicht erreicht werden. Die Zahl der Langzeitbezieher blieb entgegen der Zielvereinbarung höher als erwünscht.

Sowohl in Bezug auf die Gruppe vergleichbarer Jobcenter-Bezirke des Typs IIIb als auch in Bezug auf das Land Hessen und die Großstädte Hessens war das Jobcenter *MainArbeit* bei den quantitativ erfassbaren Ergebnissen auch in 2016 gut positioniert.

Bei der Inanspruchnahme der BuT-Leistungen wurden die Ziele nicht erreicht; in Hessen war der erreichte Prozentsatz gleichwohl der zweithöchste Wert (vgl. auch Tab. 55).

Zu den detaillierten Ergebnissen siehe Tab. 39¹².

¹² Der Bericht der Geschäftsführung mit ausführlichen Daten und Kommentierungen kann unter http://www.mainarbeit-offenbach.de/uploads/media/Bericht-Geschaeftsfuehrung-2016-19-02-Stand-April_01.pdf heruntergeladen werden.

3. Sozialhilfe (SGB XII)

3.1 Ausgewertete Leistungsbereiche und Datenbasis

Das SGB XII umfasst in den Kapiteln (Kap.) 3 bis 9 die Leistungsbereiche:

- Hilfe zum Lebensunterhalt (Kap. 3);
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kap. 4);
- Hilfen in besonderen Lebenslagen. Dazu zählen:
 - Hilfen zur Gesundheit (wie vorbeugende Gesundheitshilfe, Hilfe bei Krankheit, zur Familienplanung, bei Schwangerschaft, Mutterschaft, bei Sterilisation, Kap. 5);
 - Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Kap. 6);
 - Hilfe zur Pflege (wie Altenheimbetreuung, Kurzzeitpflege, Hospizbetreuung, Kap. 7);
 - Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Kap. 8);
 - Hilfen in anderen Lebenslagen (überwiegend einmalige Hilfen: Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes, Altenhilfe, Blindenhilfe, Bestattungskosten, Kap. 9).

Die Mehrzahl der Leistungsberechtigten bezieht Leistungen **außerhalb** von Einrichtungen¹³. Leistungsbezug **innerhalb** von Einrichtungen gibt es für Hilfe zur Pflege nach Kap. 7 und Kap. 8 SGB XII. Der Bereich Kapitel 8 wird hier nicht ausgewertet; die hierzu zählenden wenigen Leistungsberechtigten werden zum überwiegenden Teil vom *Landeswohlfahrtsverband* als überörtlichem Sozialhilfeträger versorgt. Der Leistungsbezug nach **Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)**¹⁴ wird am Ende dargestellt. Die folgenden Darstellungen beruhen auf Daten der Stabsstelle *Strategisches Controlling* des *Sozialamtes* der *Stadt Offenbach*¹⁵.

3.2 Leistungsberechtigte außerhalb von Einrichtungen

Im Dezember 2016 erhielten 3.617 Personen außerhalb von Einrichtungen Leistungen nach SGB XII (vgl. Abb. 14, Tab. 40). Die Altersgruppen jenseits der 64-Jährigen haben leicht zugenommen, die Altersgruppen der unter 65-Jährigen nahmen hingegen leicht ab (vgl. Abb. 15, Tab. 41). Über 78 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften erhielten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. 1.834 Personen (64,0 Prozent) erhielten Grundsicherung wegen Alters, 1.031 Personen (36,0 Prozent) wegen Erwerbsminderung (vgl. Abb. 16, Tab. 42).

¹³ Einbezogen werden hierbei Kontingentflüchtlinge (siehe auch Glossar). Sie erhalten Leistungen nur nach Kap. 4 SGB XII (hier fast ausschließlich in der Grundsicherung wegen Alters).

¹⁴ § 2 AsylbLG regelt unter anderem die Mindestaufenthaltsdauer für den Bezug von Leistungen nach SGB XII. Bis Februar 2015 galt eine vierjährige Aufenthaltsdauer, seit März 2015 sind es 15 Monate.

¹⁵ Die SGB XII-Daten unterscheiden sich von den SGB II-Daten in ihrem zeitlichen Bezugspunkt: Das *Sozialamt* erhebt die SGB XII-Daten zum Ende des Monats (im vorliegenden Bericht am 31.12. eines Jahres), die *BA* erhebt die SGB II-Daten zur Mitte eines jeden Monats, und hierbei variiert der Zähltag vom elften bis zum 16. Tag eines Monats.

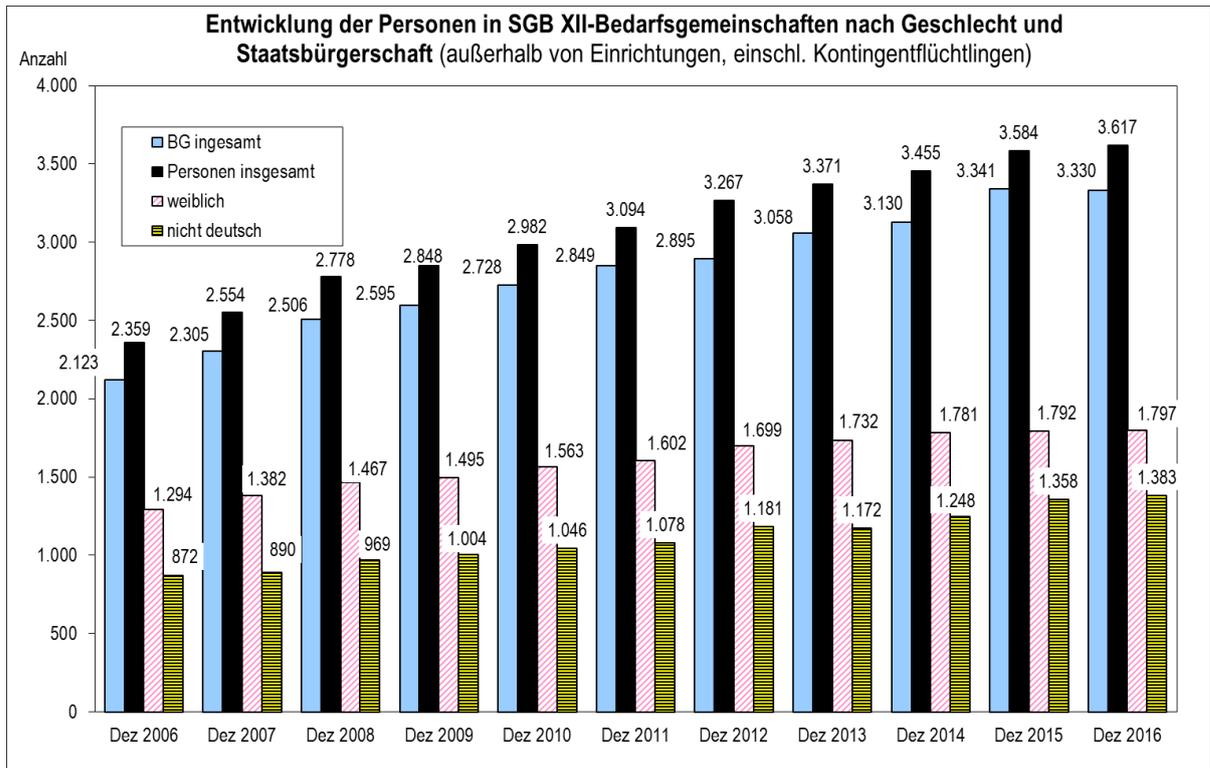


Abb. 15: Entwicklung der Personen in SGB XII-Bedarfsgemeinschaften nach Geschlecht und Staatsbürgerschaft
Quelle: Amt 50. Darstellung Amt 81.3

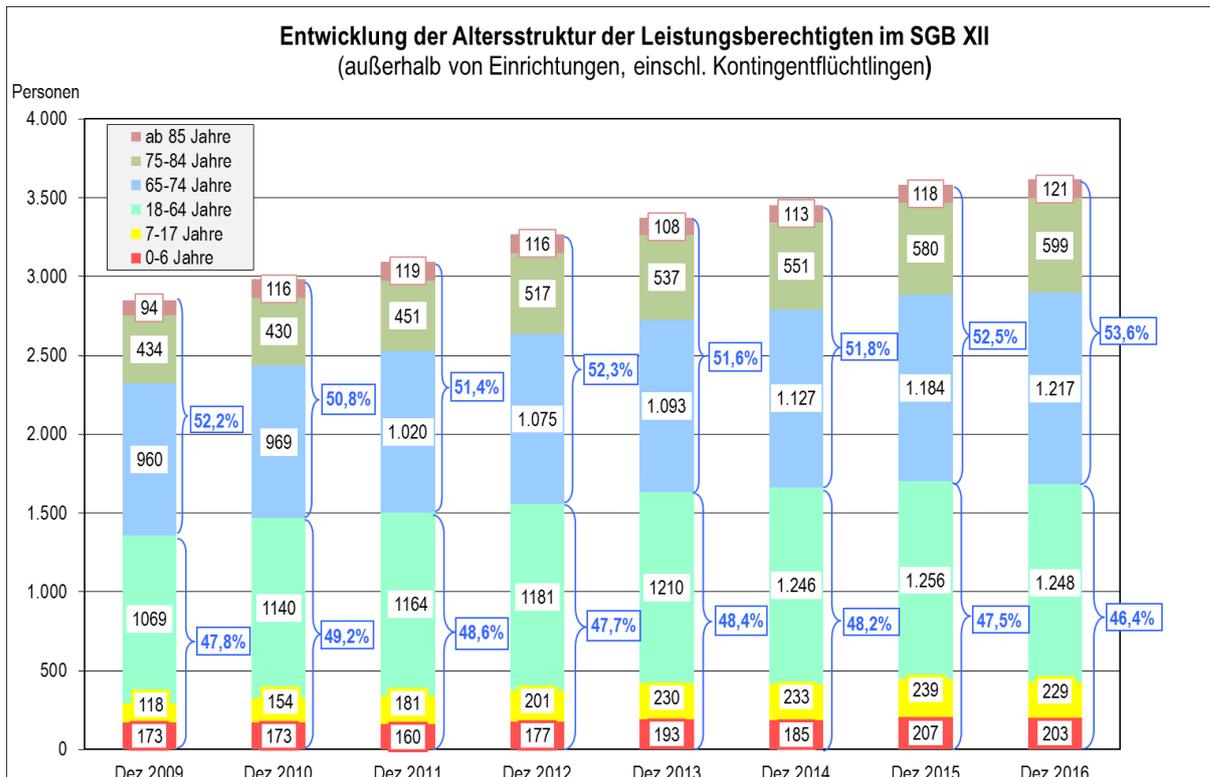


Abb. 16: Entwicklung der Altersstruktur der Leistungsberechtigten im SGB XII
Quelle: Amt 50. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

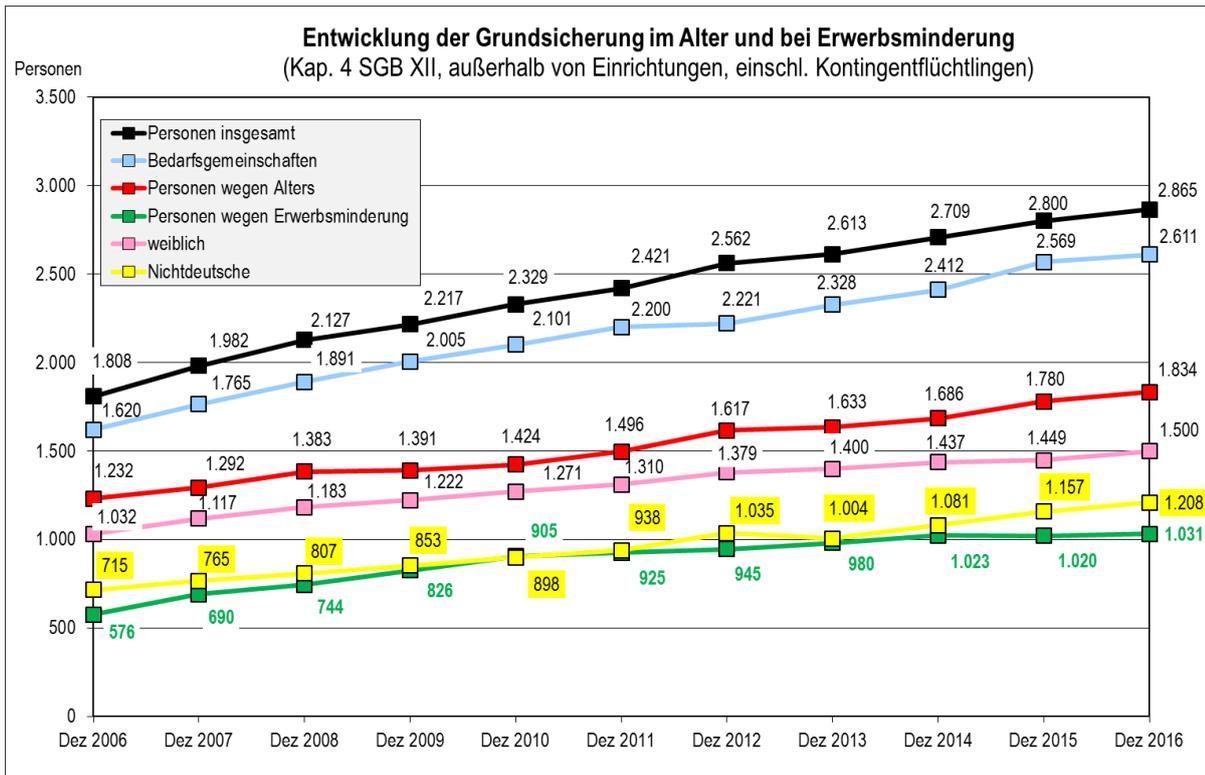


Abb. 17: Entwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
Quelle: Amt 50. Darstellung Amt 81.3

Die Zahl von Leistungsberechtigten für Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) sank im Dezember 2016 gegenüber dem Vorjahreswert um rund zehn Prozent. Grund hierfür ist eine Verfahrensänderung bei der Anerkennung von Ansprüchen auf Grundsicherung (vgl. Abb. 17, Tab. 43).

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigten mit **ausschließlich** Hilfen in besonderen Lebenssituationen (HbL, vgl. Abb. 18, Tab. 44) blieb im Dezember 2016 unter den Vorjahreswerten.

Auch die Gesamtzahl der Personen mit **zusätzlich** Hilfen in besonderen Lebenssituationen (vgl. Abb. 19, Tab. 45) lag (deutlich) niedriger als im Dezember des Vorjahres. Hier nahmen vor allem deutlich weniger Leistungsberechtigte der Grundsicherung zusätzliche HbL-Leistungen in Anspruch.

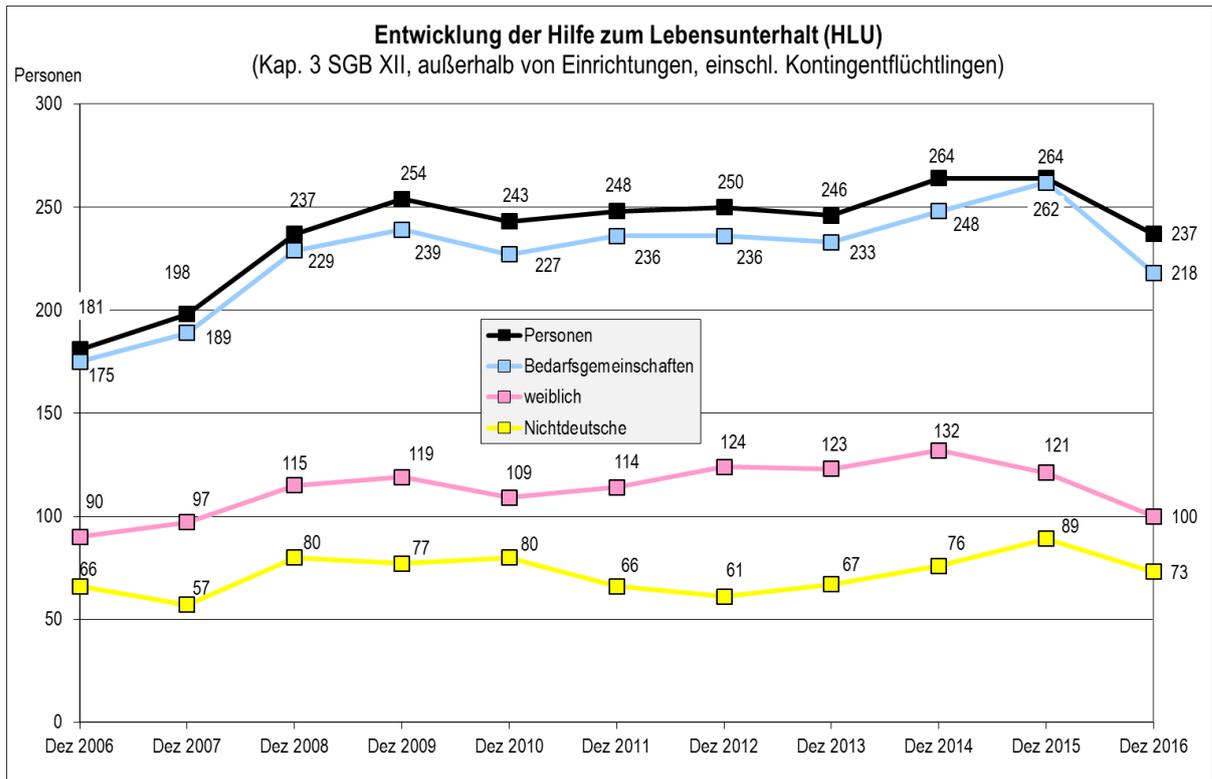


Abb. 18: Entwicklung der Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)
Quelle: Amt 50. Darstellung Amt 81.3

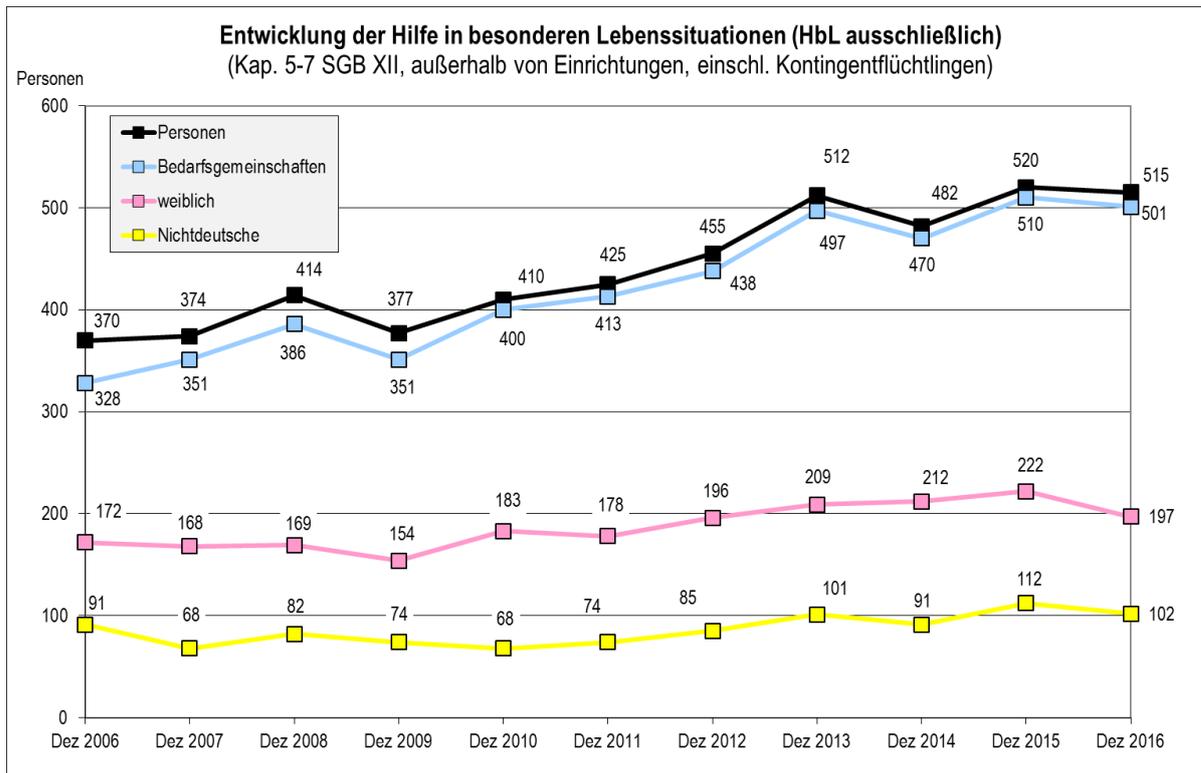


Abb. 19: Entwicklung der Hilfe in besonderen Lebenssituationen (HbL ausschließlich)
Quelle: Amt 50. Darstellung Amt 81.3

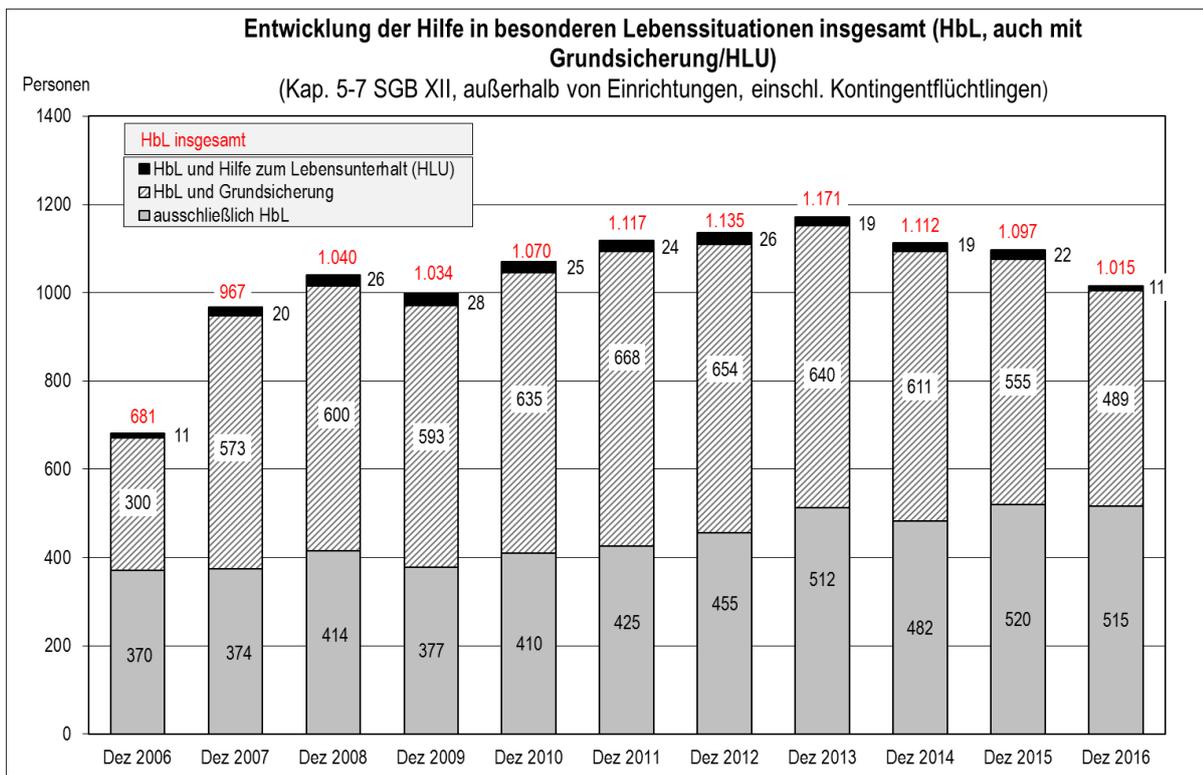


Abb. 20: Entwicklung der Hilfe in besonderen Lebenssituationen insgesamt (HbL, auch mit Grundsicherung/HLU)
Quelle: Amt 50. Darstellung Amt 81.3

3.3 Leistungsberechtigte innerhalb von Einrichtungen

Die Zahl der Leistungsberechtigten mit Hilfe zur Pflege nach Kap. 7 SGB XII innerhalb von Einrichtungen stieg im Dezember 2016 gegenüber dem Vorjahr erneut an. Es sind ausnahmslos Personen über 64 Jahre, der Großteil von ihnen 85 Jahre und älter (vgl. Abb. 20, Tab. 46).

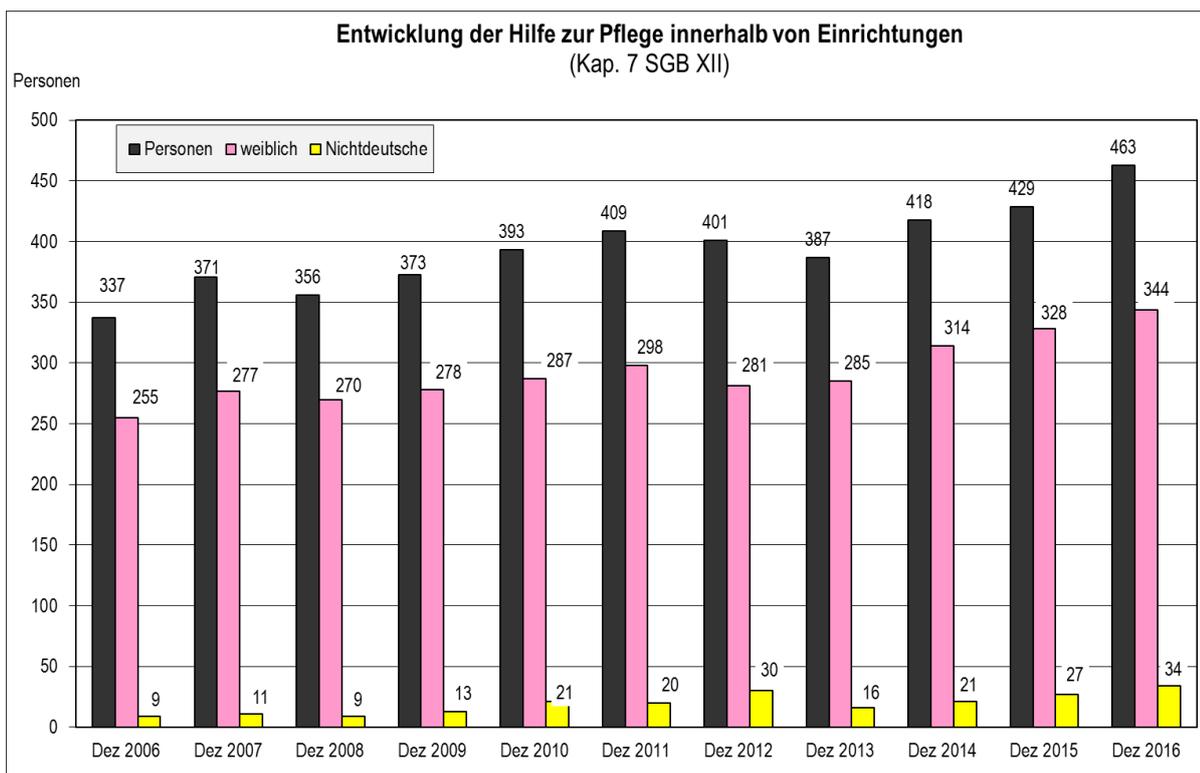


Abb. 21: Entwicklung der Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen
Quelle: Amt 50. Darstellung Amt 81.3

3.4 Leistungsberechtigte nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Die Zahl der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) stieg am Jahresende 2016 gegenüber dem Vorjahr auf 109 Personen leicht an. Hauptsächlich befinden sich Erwachsene im erwerbsfähigen Alter im Leistungsbezug. Zuweisungen erhält die Stadt derzeit nur im Rahmen von Familienzuführungen (vgl. Abb. 21, Tab. 47)¹⁶.

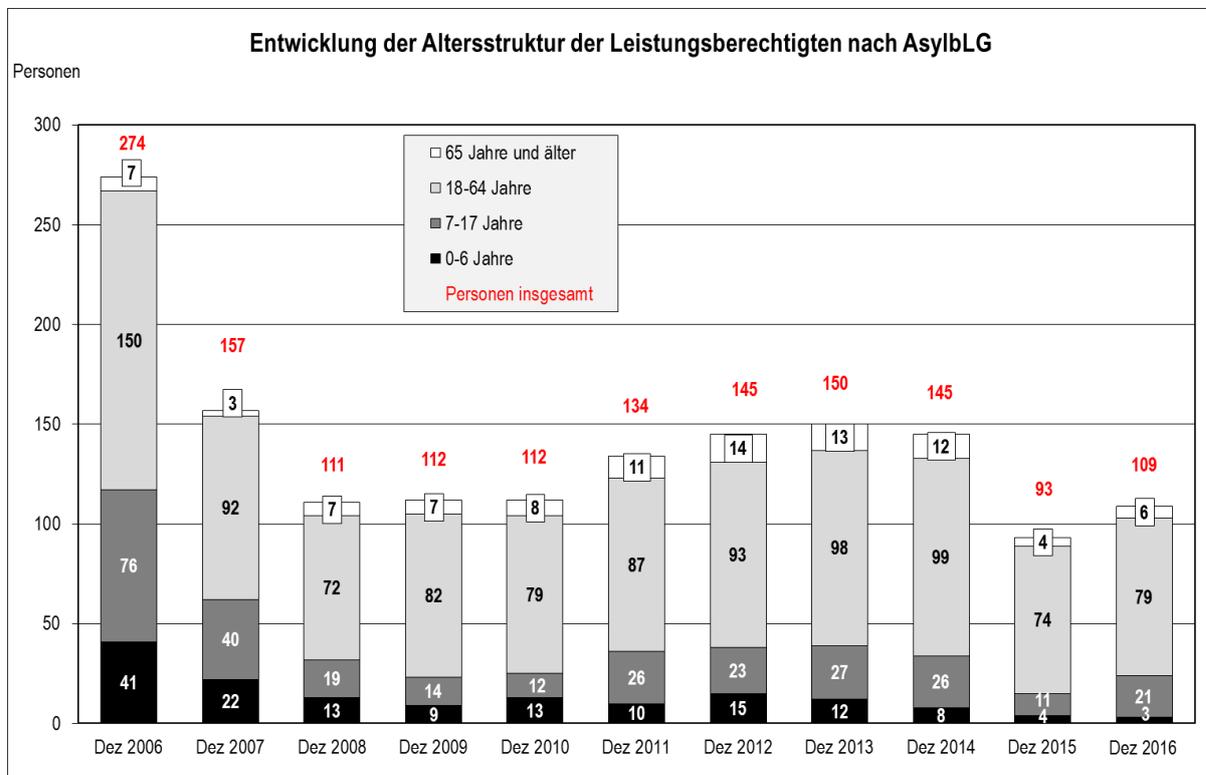


Abb. 22: Entwicklung der Altersstruktur der Leistungsberechtigten nach AsylbLG

Quelle: Amt 50. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

3.5 Ausgaben im SGB XII

Die Ausgaben für Leistungen außerhalb von Einrichtungen (einschließlich Kontingentflüchtlingsen) nach Kap. 3 bis 7 und 9 SGB XII betragen im Jahr 2016 rund 34,3 Millionen Euro, ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um knapp vier Prozent. Der Kostenanstieg betraf alle Leistungsarten. Den größten Anteil an den Ausgaben betraf die Grundsicherung mit 51,6 Prozent, gefolgt von den Hilfen in besonderen Lebenssituationen mit 44,3 Prozent (vgl. Abb. 22).

Die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen nach Kap. 7 SGB XII stiegen auf 6,2 Millionen Euro. Die Ausgaben nach AsylbLG sanken wegen gesetzlichen Änderungen bei der Bezugsdauer und bei der Kostenträgerschaft auf rund 860.000 Euro (vgl. Tab. 48 bis Tab. 53).

¹⁶ Nach hessischem Landesaufnahmegesetz besteht für alle Kommunen grundsätzlich unter bestimmten Voraussetzungen eine Pflicht zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen (§ 1 AufnG HE). Kreisfreien Städten und Landkreisen wird eine sogenannte Aufnahmequote zugeteilt, die sich an Einwohnerzahl und Ausländerquote der aufzunehmenden Gebietskörperschaft orientiert und bestimmt, wie hoch der Anteil der im AufnG HE definierten aufzunehmenden Personen ist.

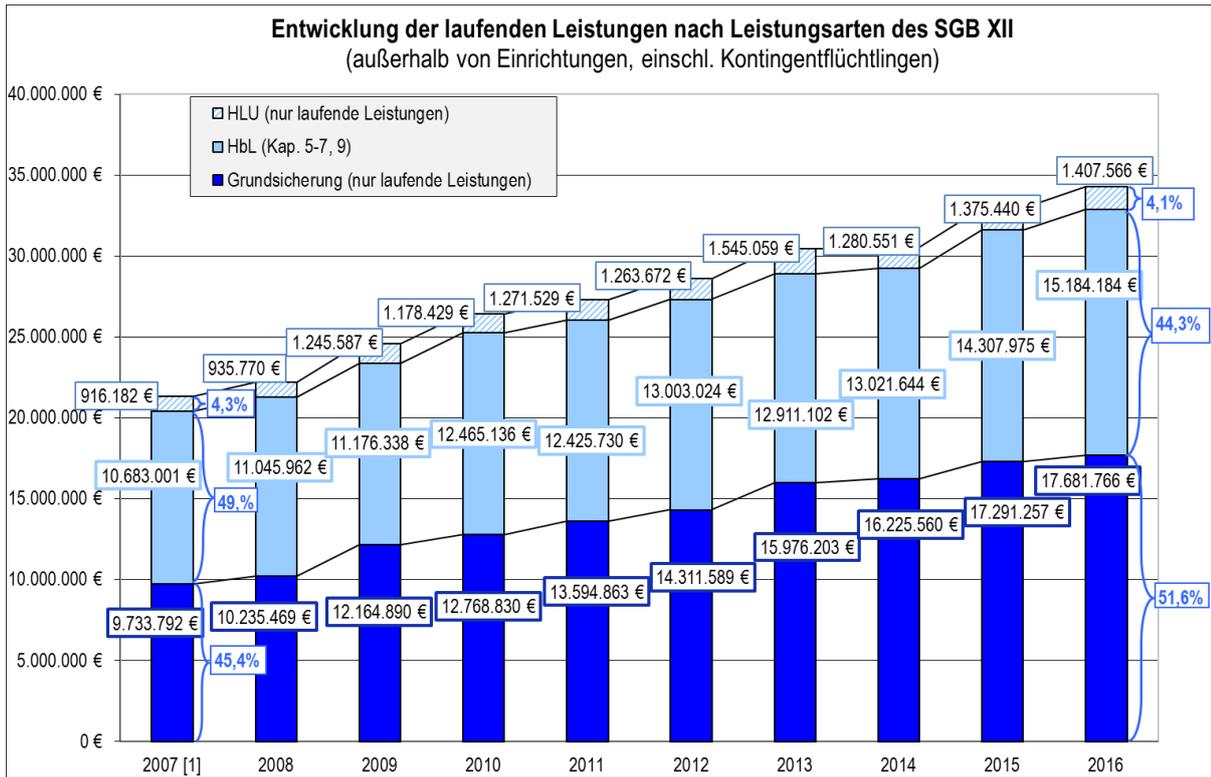


Abb. 23: Entwicklung der laufenden Leistungen nach Leistungsarten des SGB XII
Quelle: Amt 50. Berechnung/Darstellung Amt 81.3. [1] Rechnungsjahr 01.12.2006-30.11.2007

4. Leistungen für Bildung und Teilhabe

Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) werden auf Antrag nach SGB II¹⁷, SGB XII¹⁸, Bundeskindergeldgesetz (BKGG)¹⁹ sowie AsylbLG²⁰ gewährt²¹. Im Jahr 2016 waren 6.479 Personen – fast ausschließlich nach SGB II – anspruchsberechtigt²². Über 77,5 Prozent erhielten eine oder mehrere Leistungen (ohne Ansprüche auf Leistungen für den Schulbedarf, vgl. Tab. 54). Bei der Inanspruchnahme von Leistungen im Bereich des SGB II erreichte die Stadt Offenbach unter allen hessischen Kreisen und kreisfreien Städten den zweithöchsten Wert (vgl. Abb. 24, Tab. 55).

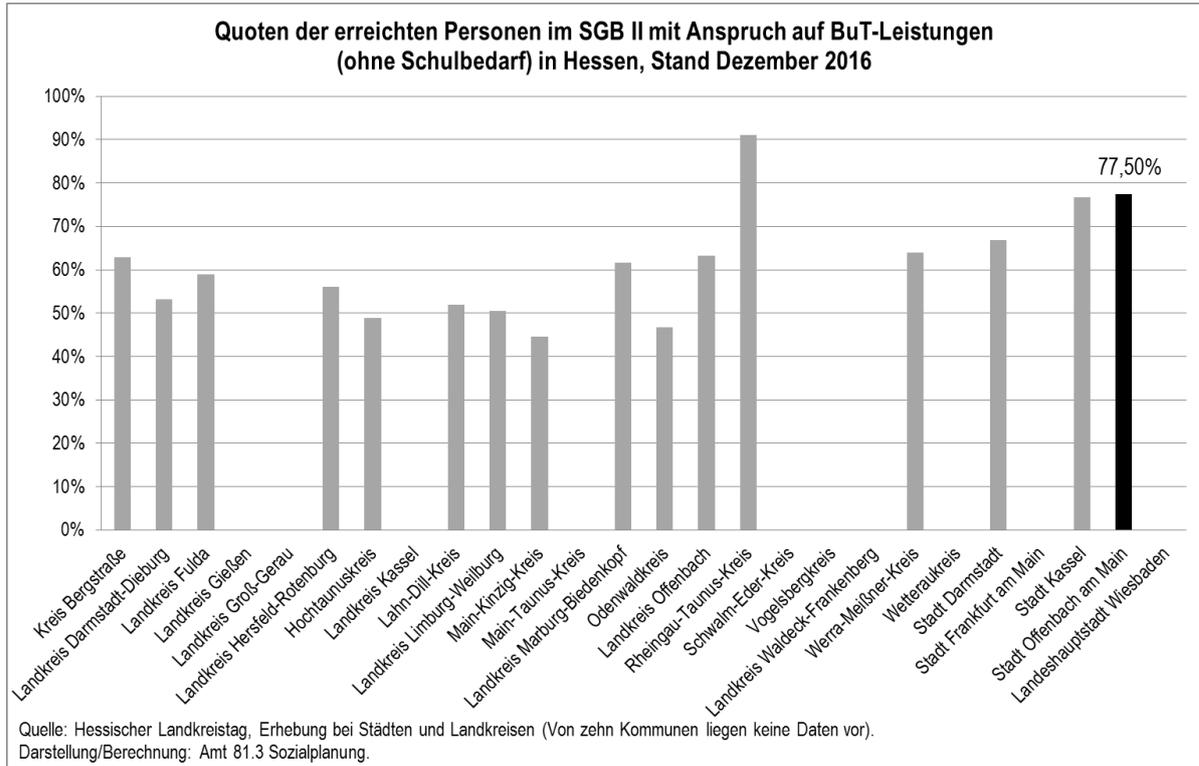


Abb. 24: Quoten der erreichten Personen mit Anspruch auf BuT-Leistungen in Hessen
Daten für einige Landkreise nicht verfügbar. Für zehn Kreise und kreisfreie Städte liegen keine Daten vor

Insgesamt beanspruchten im Jahr 2016 13.252 Personen mindestens eine der BuT-Leistungen, die meisten davon für Schulbedarf und Mittagsverpflegung. Außer bei der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen für die Ausflüge und Klassen- bzw. Kindergartenfahrten gab es gegenüber dem Vorjahr in allen Bereichen einen weiteren Anstieg bei der Inanspruchnahme (vgl. Abb. 25, Abb. 26, Tab. 56)²³. Die Ausgaben betrugen im Jahr 2016 insgesamt rund 2,2 Millionen Euro, davon entfielen etwa 45 Prozent auf die Mittagsverpflegung (vgl. Abb. 27, Tab. 57).

¹⁷ SGB II, §§ 28-30. Bei einzelnen Leistungsarten bestehen Altersgrenzen.

¹⁸ SGB XII, §§ 34-34b. Voraussetzung: Leistungen nach SGB XII oder AsylbLG und Besuch einer allgemein- oder berufsbildenden Schule oder Kindertageseinrichtung. Keine Altersgrenze.

¹⁹ BKGG, § 6b. Voraussetzungen: Kinderzuschlag oder Wohngeld, Altersgrenze: unter 25 Jahre.

²⁰ Im AsylbLG finden BuT keine explizite Erwähnung, Anlehnung an SGB XII.

²¹ Schulbedarf wird ohne Antrag von Amts wegen gewährt. Nur für sieben bis unter 15-jährige Kinder in Bedarfsgemeinschaften, bei Unter- oder Überschreiten dieses Alters nur mit Schulbescheinigung.

²² Nicht eingeschlossen sind hierbei die Personen mit Ansprüchen nach BKGG. Die Anspruchsberechtigten nach SGB II setzen sich zusammen aus allen drei bis 17-Jährigen im SGB II-Bezug sowie einer hessenweit einheitlichen Quote von 15,89 Prozent aller 18- bis 24-Jährigen im SGB II-Bezug.

²³ Gezählt wurden Personen, die in einem einzelnen Leistungsbereich mindestens einen Anspruch oder Antrag gestellt hatten. Bei Inanspruchnahme mehrerer Leistungsbereiche durch eine und dieselbe Person wird diese entsprechend mehrfach gezählt. Bei mehrfacher Inanspruchnahme eines einzelnen Leistungsbereichs zählt eine Person hingegen nur einfach.

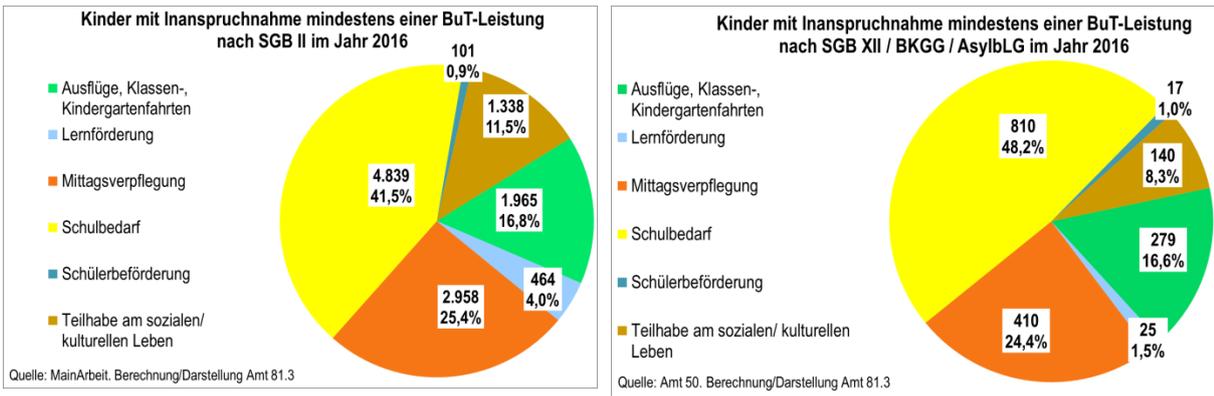


Abb. 25: Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe

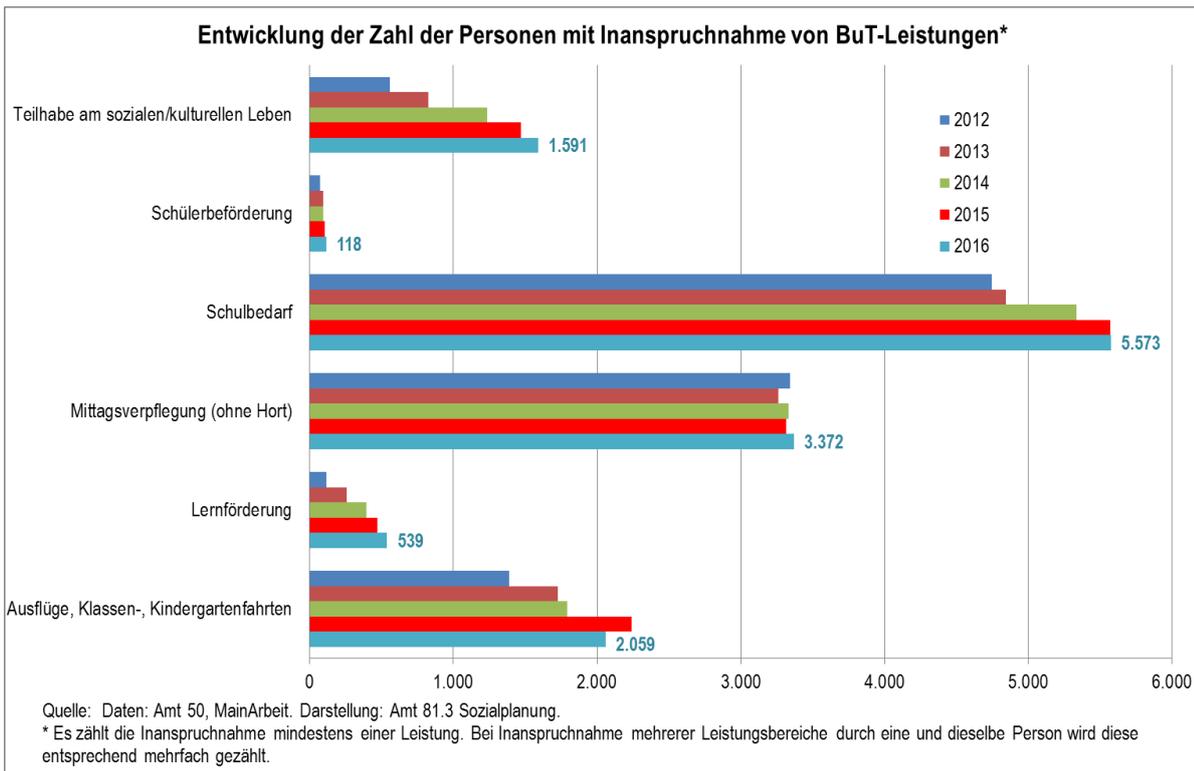


Abb. 26: Entwicklung der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen

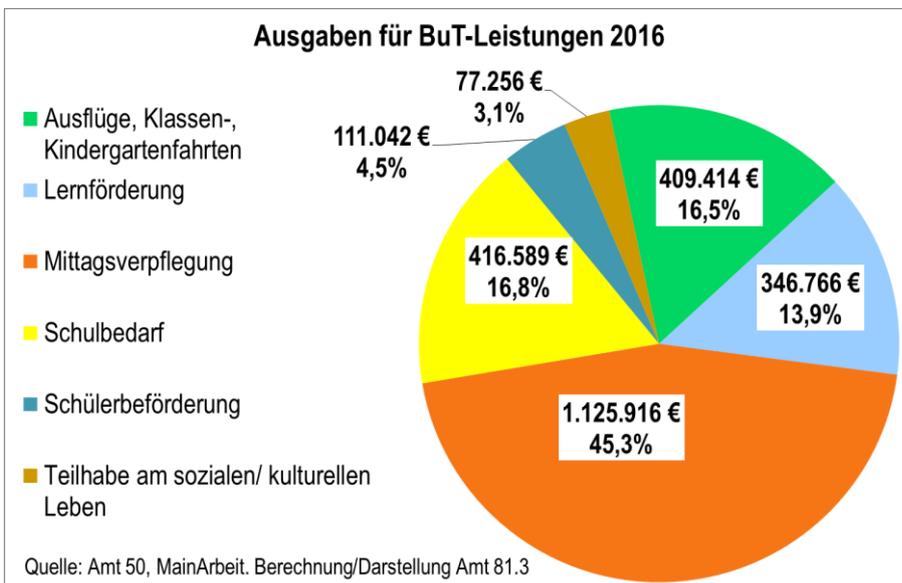


Abb. 27: Ausgaben für BuT-Leistungen

5. Kinder und Jugendliche im SGB II

5.1 Vorbemerkung

Die besondere Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen durch Einkommensarmut, Bedürftigkeit und Bezug von kompensierenden Leistungen des SGB II in der *Stadt Offenbach* wurde in den bisherigen Sozialberichten immer wieder hervorgehoben. Ein knappes Drittel der in Offenbach lebenden Kinder und Jugendlichen fällt in diese Kategorie. In dieser Ausgabe sollen Struktur und Entwicklung dieser Altersgruppe im SGB II näher beleuchtet werden. Offenbach weist in Hessen den höchsten Anteil von Leistungsberechtigten unter allen Kindern und Jugendlichen auf.

Zunächst ist festzuhalten, dass es „Kinderarmut“ als eigenständigen sozialen Tatbestand eigentlich nicht gibt. Die Armut von Kindern und Jugendlichen und ihre Abhängigkeit von den Transferleistungen des SGB II ist Ausdruck der Armut und Bedürftigkeit der Familie. Wenn man Kinderarmut betrachten will, muss man immer auch den familiären Kontext mit betrachten. Zugleich wird die nachhaltige Bekämpfung von Kinderarmut immer nur so weit gelingen, wie es gelingt Familien aus der Abhängigkeit von öffentlichen Sozialleistungen zu führen, also in erster Linie durch die Integration in Erwerbsarbeit mit einem auskömmlichen Einkommen. Aber unabhängig davon stellt sich die Frage, wie die negativen Folgen von Armut auf die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen vermieden oder zumindest abgemildert werden können. Dazu mehr weiter unten.

5.2 Struktur

Im Dezember 2016 waren in Offenbach 7.053 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren zum Bezug von SGB-II-Leistungen berechtigt. Davon waren 1.179 im Alter von unter drei Jahren, 1.296 im Alter zwischen drei und unter sechs Jahren, 3.646 zwischen sechs und unter 15 Jahren und 932 zwischen 15 und unter 18 Jahren. Die ersten drei genannten Altersgruppen sind nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte von Sozialgeld, die letztgenannte Gruppe gehört zu den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und hat Anspruch auf Arbeitslosengeld II. In groben Zügen entspricht diese Altersverteilung den durchschnittlichen Werten in Hessen und in Deutschland (vgl. Abb. 28, Tab. 58).

Unter den 8.432 Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2016 gab es in 3.698 bzw. 43,6 Prozent der Bedarfsgemeinschaften Kinder und Jugendliche, davon 1.547 Bedarfsgemeinschaft-

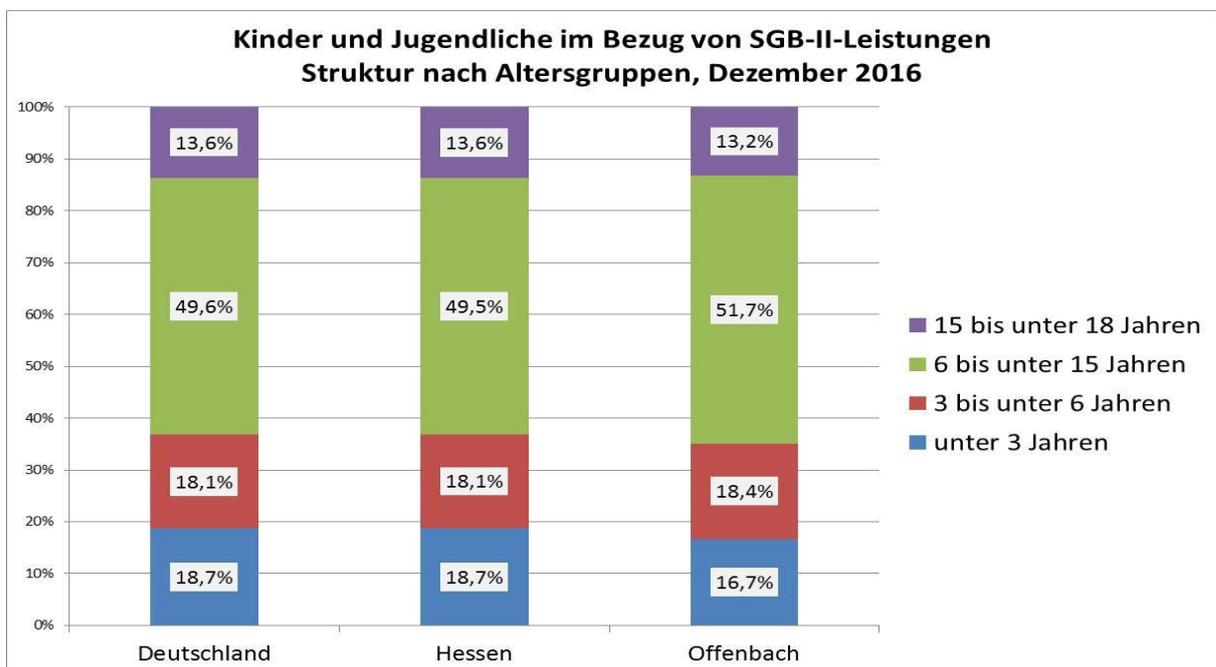


Abb. 28: Altersstruktur der Kinder und Jugendlichen im SGB II-Bezug im räumlichen Vergleich
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung: MainArbeit

ten mit einem Kind, 1.294 mit zwei Kindern und 857 mit drei oder mehr Kindern. Im überregionalen Vergleich weist Offenbach damit einen besonders hohen Anteil von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern auf. Der Durchschnitt in Hessen liegt bei 37,5 Prozent (vgl. Abb. 29, Tab. 59).

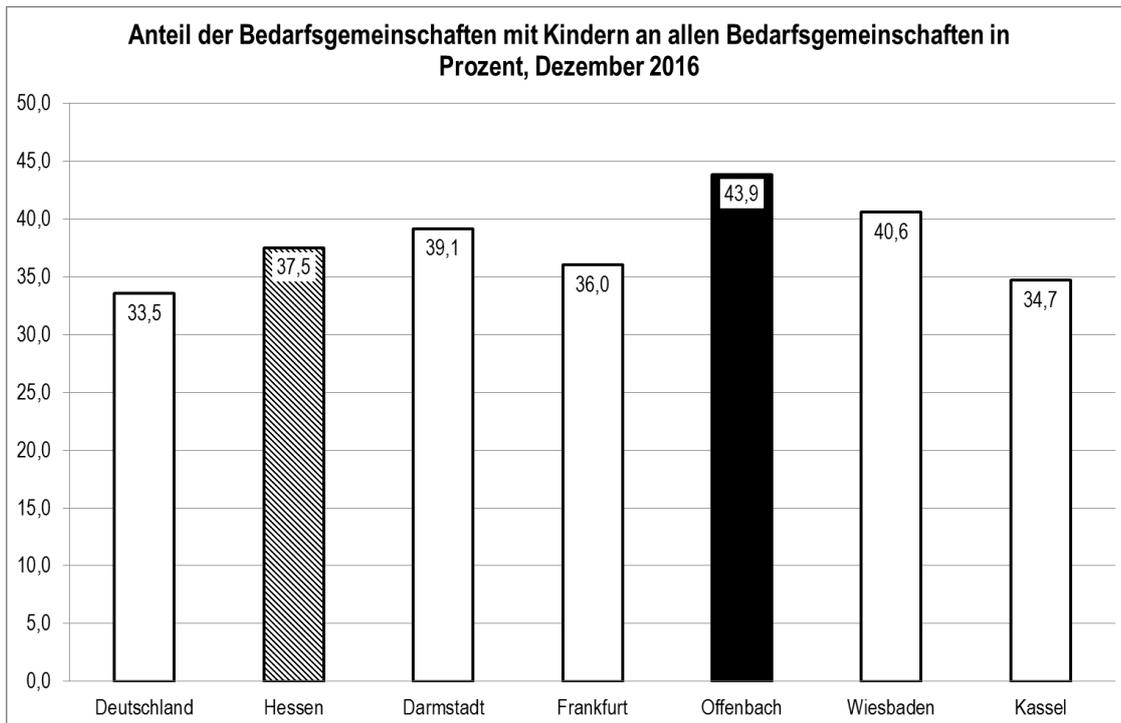


Abb. 29: Anteil der SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im regionalen Vergleich

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung: MainArbeit

Bedarfsgemeinschaften mit Kindern benötigen mehr Unterstützung als der Durchschnitt der Bedarfsgemeinschaften. So lag der Regelbedarf (einschließlich Kosten der Unterkunft) bei den Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2016 insgesamt bei durchschnittlich 1.286 Euro, in den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern jedoch bei durchschnittlich 1.825 Euro, bei Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr Kindern sogar bei durchschnittlich 2.417 Euro (vgl. Abb. 30, Tab. 60).

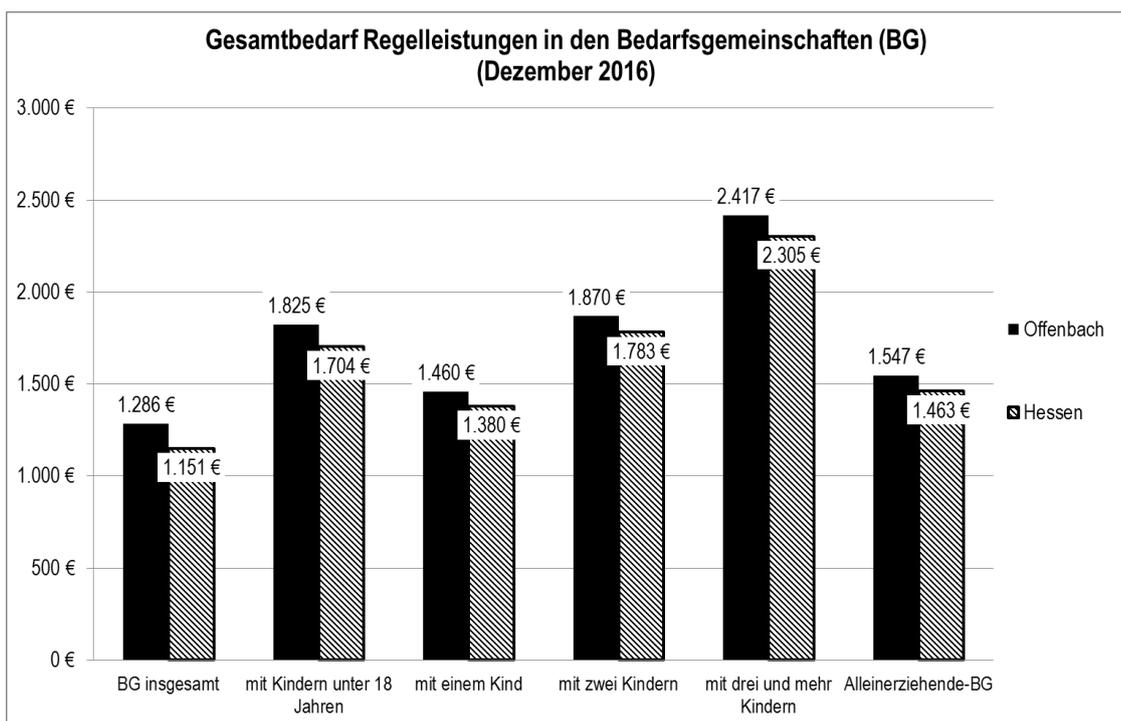


Abb. 30: Gesamtbedarf an Regelleistungen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Offenbach im räumlichen Vergleich

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung: MainArbeit

Viele Bedarfsgemeinschaften verfügen über ein anrechenbares Einkommen; im Durchschnitt waren es im Dezember 2016 445 Euro. Das durchschnittlich anrechenbare Einkommen bei Bedarfsgemeinschaften mit Kindern lag mit 798 Euro deutlich höher, bei Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr Kindern lag es sogar bei 1.088 Euro. Zu diesen Einkommen gehören Kindergeld, Unterhaltszahlungen, aber auch Erwerbseinkommen.

Das anrechenbare Einkommen ergibt sich nach Abzug von bestimmten Freibeträgen (vor allem bei Erwerbseinkommen) vom verfügbaren Haushaltsbudget. Das verfügbare Haushaltsbudget der Bedarfsgemeinschaften ist im Durchschnitt höher als der reine Regelbedarf. So lag das monatliche Haushaltsbudget im Durchschnitt aller Bedarfsgemeinschaften Ende 2016 bei 1.389 Euro, bei Familien mit Kindern insgesamt bei 1.990 Euro und bei Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr Kindern durchschnittlich bei 2.578 Euro (vgl. Abb. 31, Tab. 60). Wollte man dieses Budget mit dem von Haushalten von nicht Leistungsberechtigten vergleichen, wäre zu berücksichtigen, dass die genannten Beträge einem Einkommen nach allen Abzügen wie Steuern, Sozial- und Krankenversicherung und ähnlichem entsprechen.

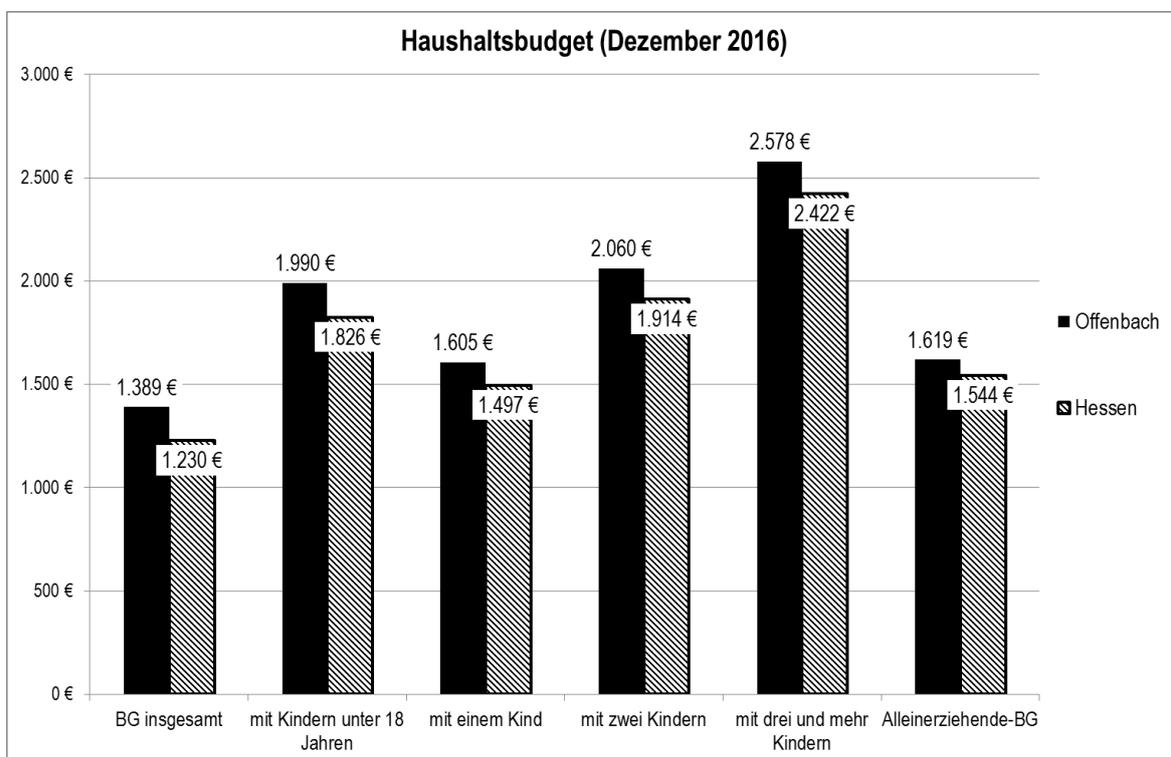


Abb. 31: Haushaltsbudgets in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Offenbach im Vergleich zu Hessen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung: MainArbeit

5.3 Entwicklung

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Bezug von SGB-II-Leistungen stieg in Offenbach in fast allen Altersgruppen bis zum Jahr 2015 bis auf eine Gesamtzahl von 7.517, fiel im Jahr 2016 jedoch sehr deutlich um 6,2 Prozent. In den Jahren 2011 bis 2015 stieg die Zahl der Kinder und Jugendlichen im SGB II (unter 18 Jahren) um rund zwölf Prozent, während die Bevölkerung in dieser Altersgruppe um 7,7 Prozent zunahm (vgl. Abb. 32, Tab. 61). Das verbesserte wirtschaftliche Umfeld hat dann in 2016 zu einer deutlichen Entspannung der Situation von Kindern und Jugendlichen geführt. Die Zahl der bedürftigen Kinder und Jugendlichen ging trotz weiterem Bevölkerungswachstum in der Stadt Offenbach zurück. Dies könnte als Hinweis darauf interpretiert werden, dass der vor allem durch die Zuwanderung von Familien aus dem Ausland getriebene Anstieg der Zahl der Kinder in der Grundsicherung ausläuft und sich das Problem der Kinderarmut mit einer verstärkten Erwerbsintegration im Bereich der Immigranten abmildert.

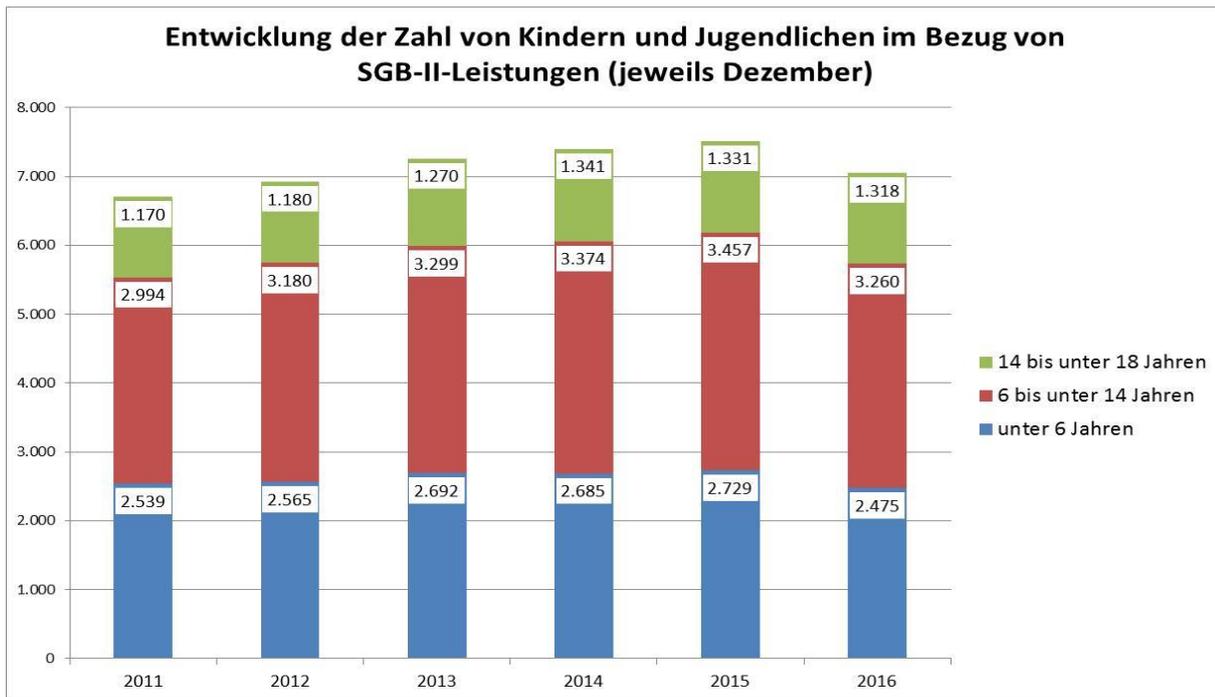


Abb. 32: Entwicklung der Zahl von Kindern und Jugendlichen im SGB II-Leistungsbezug in Offenbach
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung: MainArbeit

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern ging sehr deutlich zurück, am stärksten in der Gruppe der Bedarfsgemeinschaften mit einem Kind. Vergleicht man die Entwicklung in Offenbach mit Hessen und den anderen Großstädten, wird erkennbar, dass in Offenbach im Jahr 2016 eine besonders günstige Situation bestand. Die Änderungsraten sind höher als in Hessen und den Vergleichskommunen (vgl. Abb. 33, Tab. 62).

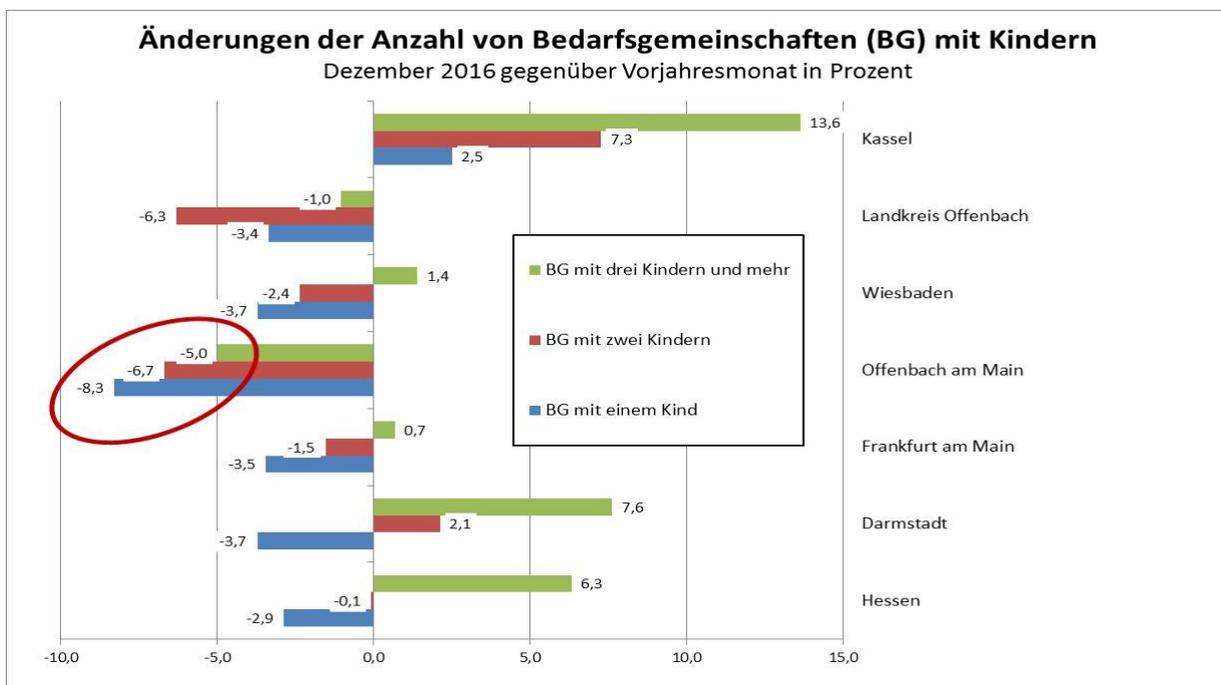


Abb. 33: Entwicklung der Zahl von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im regionalen Vergleich
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung: MainArbeit

Sehr bemerkenswert ist der starke Rückgang der Zahl von Kindern unter drei Jahren in den Bedarfsgemeinschaften (vgl. Abb. 34, Tab. 63).

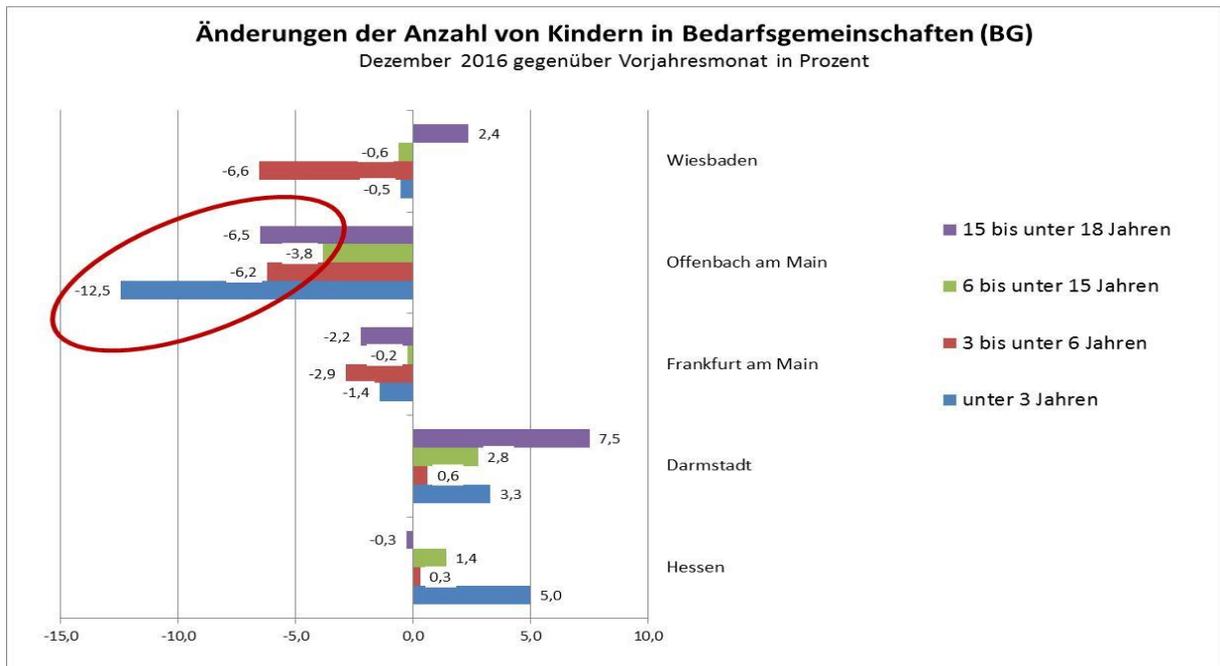


Abb. 34: Entwicklung der Altersstruktur von Kindern in Bedarfsgemeinschaften im regionalen Vergleich
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung: MainArbeit

Um die strukturelle Bedeutung der wirtschaftlichen Situation von Kindern und Jugendlichen zu beurteilen, ist der Bezug auf die Gesamtbevölkerung notwendig. Offenbach hat seit vielen Jahren eine besonders hohe SGB-II-Quote bei Kindern und Jugendlichen. Dies hat mit vielen Struktur Faktoren der Stadt zu tun, wie der nach wie vor überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit, aber auch den vielen, teilweise größeren, Familien im Leistungsbezug, den relativ hohen Mieten im Ballungsraum und der Tatsache, dass ein niedriges und teilweise auch mittleres Erwerbseinkommen oft nicht ausreicht, um eine größere Familie auskömmlich zu unterhalten. Die SGB-II-Quote bei den Leistungsberechtigten unter 18 Jahren lag Ende 2016 bei

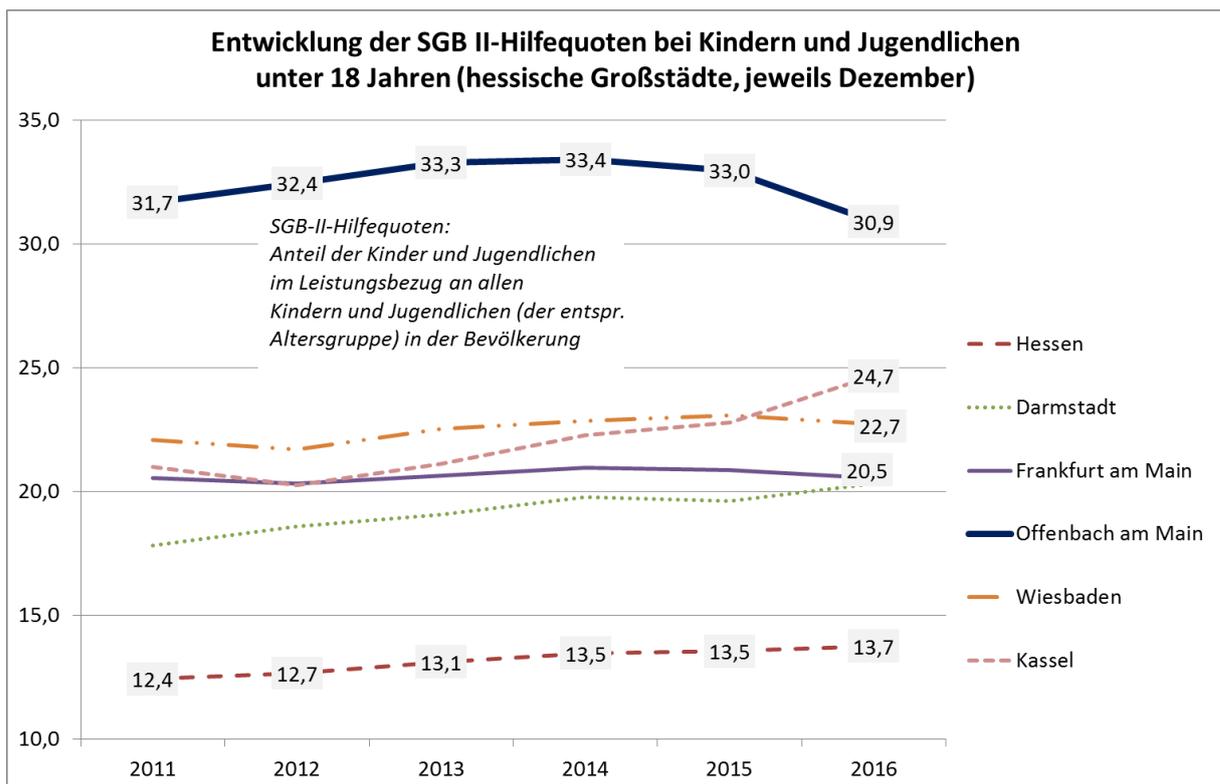


Abb. 35: Entwicklung der SGB II-Quoten von Jugendlichen unter 18 Jahren im regionalen Vergleich
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung: MainArbeit

30,9 Prozent (vgl. Abb. 35, Tab. 64)²⁴. Dies ist ohne Zweifel ein hoher Wert. Doch der Wert für 2016 lag deutlich unter denen der Vorjahre. Besonders auffallend ist dies bei den Kindern unter drei Jahren, wo die Quote auf 27,7 Prozent gesunken ist (vgl. Abb. 36, Tab. 65). Im regionalen Vergleich wird auch in diesem Betrachtungswinkel eine in Offenbach sehr günstige Entwicklung am aktuellen Rand des Jahres 2016 erkennbar.

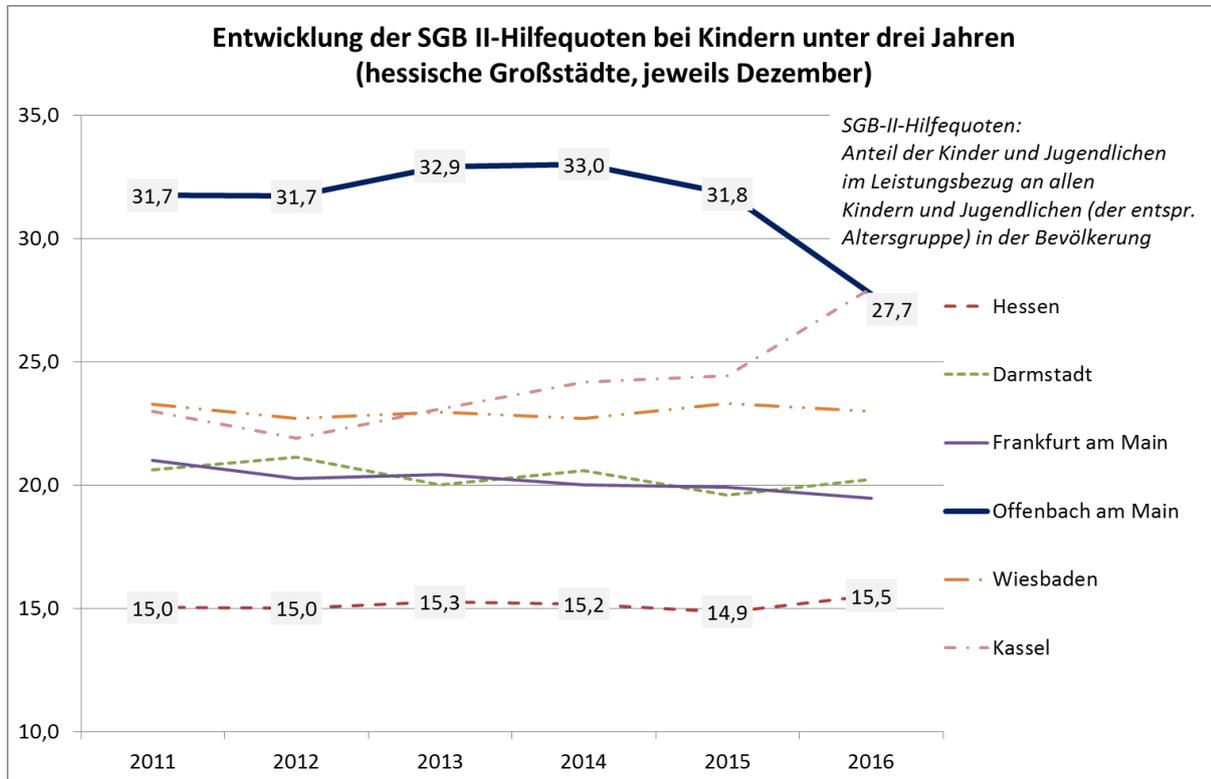


Abb. 36: Entwicklung der SGB II-Quoten von Kindern unter drei Jahren im regionalen Vergleich
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung: MainArbeit

Auch im bundesweiten Vergleich konnte sich Offenbach verbessern. Nahm es im Jahr 2011 in Bezug auf die Hilfequote der unter 18-Jährigen noch nach Berlin den zweiten Rang ein, lag es im Jahr 2016 auf Platz 6 (von 399 Jobcenter-Bezirken, vgl. Tab. 66). Bei der Hilfequote der unter-3-Jährigen verbesserte sich Offenbach von Platz 7 im Jahr 2011 auf Platz 28 im Jahr 2016 (vgl. Tab. 67). Das Problemniveau bleibt jedoch hoch. Es ist abzuwarten, ob sich die außergewöhnlich günstige Entwicklung des Jahres 2016 fortsetzt und Schritt für Schritt zu einer nachhaltigen Verbesserung der relativen Position der Stadt Offenbach führt.

5.4 Maßnahmen gegen Kinderarmut

Es wurde eingangs bereits darauf hingewiesen, dass es Kinderarmut als eigenständiges Problemfeld nicht gibt. Sie ist stets eingebettet in die Situation der Familien zu sehen, denen die benachteiligten Kinder angehören. Eine zielorientierte Politik zur Verbesserung der Situation wird deshalb bei den Familien und ihrer ökonomischen Situation ansetzen. Im Rahmen des SGB II hat die möglichst nachhaltige Integration von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Erwerbsarbeit und die Verbesserung der Einkommenssituation von erwerbstätigen Leistungsberechtigten deshalb auch in Bezug auf das Thema der Kinderarmut höchste Priorität. Das kommunale Jobcenter *MainArbeit* hat in dieser Hinsicht im Jahr 2016 wie in den

²⁴ Die Berechnung dieser Quoten wurde von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit vorgenommen. Dabei wird auf Bevölkerungszahlen zurückgegriffen, die zum Teil nicht ganz aktuell sind. So weist die Bundesagentur selbst inzwischen darauf hin, dass Quotenberechnungen wie die Arbeitslosenquote oder eben auch die SGB-II-Quote in wachsenden Städten, besonders solchen mit hohem Immigrantanteil, verzerrt sein können. Wenn die Bevölkerungszahl (der Nenner einer Quote) zu niedrig ausgewiesen wird, entsteht eine überhöhte Quote. Man muss also davon ausgehen, dass die SGB-II-Quote der Personen unter 18 Jahren tatsächlich etwas niedriger ist als hier angegeben. Berechnet mit den aktuellsten Daten der Bevölkerungsfortschreibung der Stadt von Ende 2016 ergibt sich eine SGB-II-Quote für diese Altersgruppe von 30,0 Prozent.

Vorjahren gute Ergebnisse erzielt und die Möglichkeiten, die das Gesetz bietet, wirksam genutzt (siehe dazu die Ausführungen in Kapitel 2, insbesondere 2.6).

Ein besonderes Augenmerk muss auf die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen gelegt werden, da die Stadt Offenbach einen hohen Anteil von Immigranten aufweist. Die Stadt hatte im Juni 2016 eine mit 57,8 Prozent deutlich über dem hessischen Durchschnitt von 56,8 Prozent liegende Beschäftigungsquote. Die Beschäftigungsquote der Männer war mit 63,9 Prozent (Hessen: 60,3 Prozent) ebenfalls überdurchschnittlich. Die Beschäftigungsquote der Ausländer erreichte mit 53,7 Prozent sogar den hessischen Spitzenwert²⁵.

Die Beschäftigungsquote der Frauen war mit 51,4 Prozent (Hessen: 53,1 Prozent) jedoch im unteren Bereich der hessischen Rangskala. Das Jobcenter *MainArbeit* hat deshalb seit Jahren einen Schwerpunkt bei Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbsbeteiligung von Frauen gelegt und damit weit überdurchschnittliche Aktivierungs- und Förderquoten erreicht. Die Situation bei der Integration von Frauen hat sich in den letzten Jahren verbessert. Es bleibt allerdings noch viel zu tun. Dabei spielen auch Faktoren außerhalb der Arbeitsförderung eine wichtige Rolle, etwa die Verfügbarkeit von passgenauen Kinderbetreuungsmöglichkeiten und nicht zuletzt auch kulturelle Komponenten beim Rollenverständnis von Frauen und ihrer Haltung zur Erwerbsarbeit sowie der ihres sozialen Umfeldes. Durch eine größere Erwerbsbeteiligung von Frauen könnten deutlich höhere Familieneinkommen generiert werden, die auch für die Kinder in diesen Familien die Lebenssituation wesentlich verbessern würden.

Das sind langfristige Ziele, für die Anstrengungen in verschiedenen Politikbereichen erforderlich sind. Kurzfristig geht es darum, die negativen Folgen der Armut für die Entwicklungschancen der Kinder und Jugendlichen zu mildern. Innerhalb des SGB II bieten dazu die Leistungen für Bildung und Teilhabe gewisse, wenn auch geringe Möglichkeiten (siehe dazu Kapitel 4). Daneben sind es vor allem gute Angebote für Bildung und Erziehung, die Benachteiligungen zu vermeiden und abzubauen zu helfen. Die Stadt Offenbach legt seit Jahren einen großen Schwerpunkt auf eine Verbesserung und kontinuierliche inhaltliche Weiterentwicklung dieser Angebote. Dazu sei hier auf die umfangreichen Daten in den regelmäßigen Berichten zu Erziehung und Bildung in Offenbach (EBO) verwiesen²⁶.

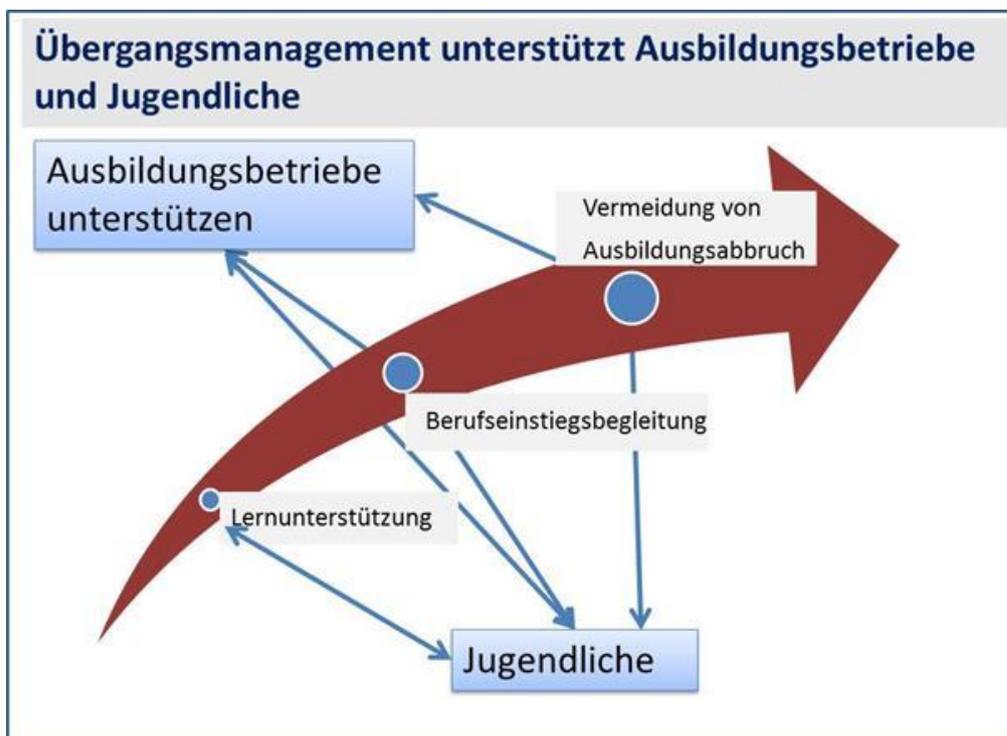


Abb. 37: Ansatzpunkte des Regionalen Übergangsmanagements in Offenbach
Quelle: Amt 81, Regionales Übergangsmanagement (Stand 2016)

²⁵ Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsquoten. Nürnberg, Februar 2016 und Februar 2017.

²⁶ Die Erziehungs- und Bildungsberichte stehen als Download zur Verfügung unter www.offenbach.de

Als weiteres Handlungsfeld für die Verhinderung von Benachteiligungen und die Verbesserung von Lebenschancen ist eine gelungene Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Hier hat die Arbeitsförderung der Stadt in Zusammenarbeit mit Schulen, Agentur für Arbeit, Kammern, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bildungsträgern, Unternehmen und vielen anderen ein Netzwerk aufgebaut, das im Rahmen verschiedenster Maßnahmen hilft, Misserfolg in der Schule und Jugendarbeitslosigkeit zu verringern. Grundprinzip und Angebote des in der Arbeitsförderung der Stadt aufgebauten „Regionalen Übergangsmanagements“ sind den beiden Schaubildern (Abb. 37, Abb. 38) dargestellt.

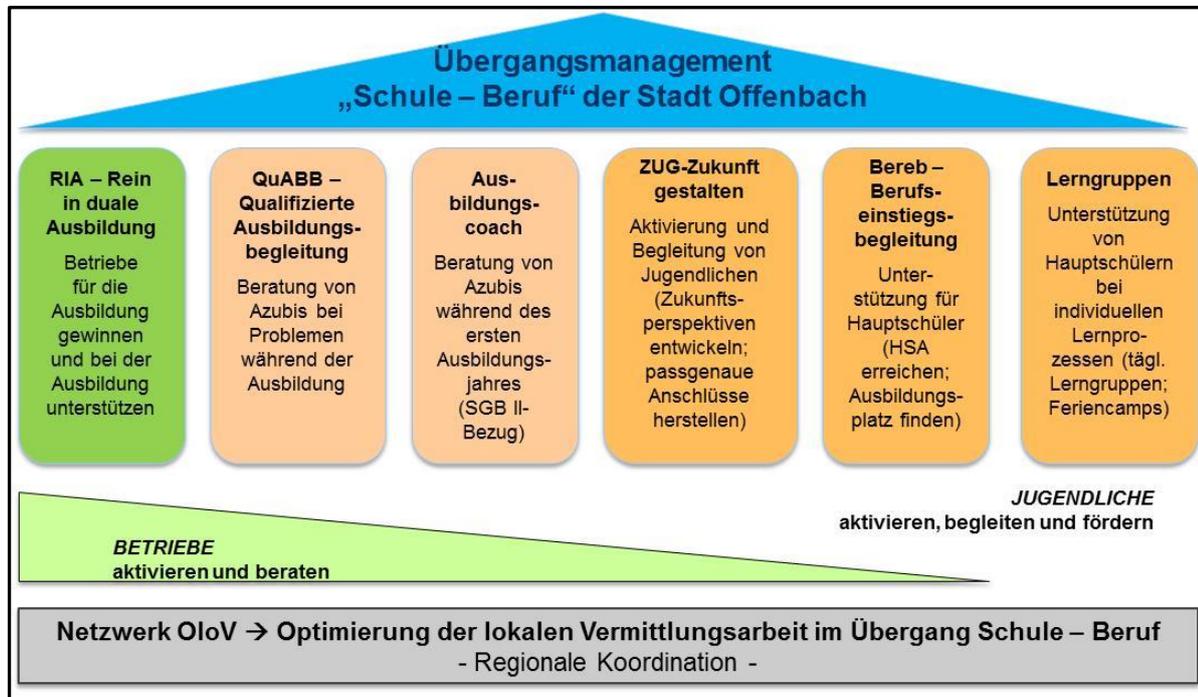


Abb. 38: Programmbausteine des Regionalen Übergangsmanagements in Offenbach
Quelle: Amt 81, Regionales Übergangsmanagement (Stand 2016)

Auch die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Quartieren der Stadt, die Vermeidung ethnisch segregierter Viertel und die Herstellung sozial gemischter Stadtteile, in denen arme Kinder nicht unter sich sind, sondern auch schichtübergreifendes soziales Lernen möglich ist, gehört zu einer kommunalen Strategie zu Verbesserung der Situation von Kindern. Verwiesen sei hier unter anderem auf die verschiedenen Projekte der sozialen Stadtentwicklung („HEGISS“²⁷) in benachteiligten Quartieren mit überdurchschnittlicher sozialer Belastung (Arbeitslosenquoten, SGB-II-Quoten). Dass diese Programme durchaus wirksam sind, kann man inzwischen nicht nur an Infrastrukturverbesserungen und dem verbesserten Image der geförderten Bereiche erkennen, sondern auch an überdurchschnittlichen Rückgängen der SGB-II-Quoten in den Innenstadtbezirken und einem Rückgang der sozialen und ethnischen Segregation²⁸ in Offenbach.

Es gibt für die Bekämpfung von Kinderarmut also eine Fülle von Ansatzpunkten in verschiedenen Handlungsbereichen, die im Zusammenspiel nachhaltige Wirkung zeigen können. Neben Maßnahmen, die – etwa im Bereich Bildung und Erziehung – direkt den Kindern und Jugendlichen zugutekommen, sind Maßnahmen besonders wichtig, die die ökonomische Position von Familien und deren kulturelles und soziales Kapital insgesamt verbessern.

²⁷ Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt. In Rahmen dieses Programms wurde die Entwicklung des Mathildenviertels über rund 15 Jahre gefördert. Aktuelle Planungsgebiete sind das „Senefelder-Quartier“ mit der südlichen Innenstadt. Zur Förderung beantragt wurde ein Programm für das Nordend.

²⁸ Zur sozialen Segregation siehe Abb. 9 auf Seite 9; zur Entwicklung der ethnischen Segregation siehe den Beitrag „Kann man Integration messen? Konzept und aktuelle Ergebnisse des Integrationsmonitorings für die Stadt Offenbach“; Stadt Offenbach: Statistik aktuell Nr. 18 (2017), als Download verfügbar unter www.offenbach.de.

6. Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Nach einer Definition des *Forschungsverbundes „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“* zählen zu den Wohnungsnotfällen Haushalte und Personen,

- a) die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen sind, also keine eigene mietrechtlich abgesicherte Wohnung oder ein Wohneigentum haben und zum Beispiel in Behelfsunterkünften, bei bekannten oder verwandten Personen unterkommen oder institutionell, unter anderem mit Kostenübernahme nach Sozialgesetzbuch, untergebracht sind;
- b) die unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht sind, zum Beispiel wegen einer Kündigung, einer Räumungsklage oder wegen Gewalt im Haushalt;
- c) die in unzumutbaren Wohnverhältnissen wohnen;
- d) die als Zugewanderte in gesonderten Unterkünften von Wohnungslosigkeit aktuell betroffen sind;
- e) die ehemals von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht waren, mit Normalwohnraum versorgt wurden und auf Unterstützung zur Prävention vor erneutem Wohnungsverlust angewiesen sind²⁹.

6.1 Aktuell von Wohnungslosigkeit Betroffene / ehemalige Wohnungslose mit Unterstützungsbedarf

Für Kreis der von akuter Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen hält das *Diakonische Werk*, unterstützt vom gesetzlich zuständigen *Landeswohlfahrtsverband* und der *Stadt Offenbach*, Möglichkeiten vor:

- Für eine Kurzzeitübernachtung volljähriger alleinstehender Männer ohne festen Wohnsitz gibt es in der Gerberstraße 15 zwei Wohnungen mit 13 Plätzen in sechs Zimmern. Hier übernachteten im Jahr 2016 durchschnittlich 187 Personen pro Monat (vgl. Tab. 68).
- In der Gerberstraße 19 gibt weitere drei Wohnungen für dezentrales, stationäres Wohnen für alleinstehende Männer mit insgesamt zwölf Zimmern und 20 Schlafplätzen.
- Für ehemals wohnungslose Menschen, die betreut werden müssen, wird mit Hilfe städtischer Mittel ein entsprechendes Angebot betreuten dezentralen Wohnens angeboten. Die Betreuungskapazitäten sind für zwölf Plätze ausgelegt.

6.2 Unmittelbar von Wohnungslosigkeit Bedrohte

Sozialamt/MainArbeit (Wohnraumhilfe)

Fälle von unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen und Haushalten werden sichtbar, wenn bei der *MainArbeit* oder dem *Sozialamt* Hinweise aus Bekanntgaben und Hinweisen von *Amtsgericht*, Vermietern, Energieversorgern und Schuldern eingehen (vgl. Tab. 69):

- Im Jahr 2016 gab es 95 Fälle drohender Wohnungslosigkeit bei Personen, die im Sozialamt vorstellig wurden. Seit Dezember 2014 ist die Zahl stark zurück gegangen, weil Hilfesuche von Personen, die Leistungen nach SGB II erhalten, seitdem bei der MainArbeit erfasst werden³⁰.
- In etwa der Hälfte der 95 Fälle kam es zu einer Beratung mit einer anschließenden Antragsaufnahme und Lösungssuche, teilweise mit Gewährung von Beihilfen oder Darlehen zur Überbrückung von Zahlungsrückständen. In den verbleibenden Fällen wurde entweder nicht auf das Beratungsangebot reagiert, es kam zu einem Verzicht auf Antragstellung nach einer ersten Beratung oder die Schuldner fanden selbst eine Lösung oder waren verzogen.
- Es fand eine Vermittlung an die *Zentrale Vermittlung von Unterkünften (ZVU)* des *Evangelischen Vereins für Wohnraumhilfe in Frankfurt am Main e. V.* in den Fällen statt, wo die

²⁹ Forschungsverbund „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“. Gesamtbericht 2005, Seite 8.

³⁰ Hinter jedem einzelnen dieser Fälle stehen durchschnittlich zwei bis drei Personen. Schwankungen bei der Zahl der Hinweise, wie sie in den vergangenen Jahren stattgefunden haben, müssen nicht unbedingt etwas mit tatsächlicher drohender Wohnungslosigkeit zu tun haben. Sie können auch Ergebnis von z.B. milden bzw. strengen Wintern oder Verzögerungen bei der Abwicklung von Mahnungen sein, deren Wirksamkeit unter Umständen in das jeweilig nächste Berechnungsjahr fällt.

jeweilige Wohnung nicht erhalten oder keine andere angemessene Wohnung gefunden werden konnte. Im Jahr 2016 wurden durch die ZVU pro Monat durchschnittlich 470 Leistungsberechtigte aus den Rechtskreisen SGB II, SGB XII oder AsylbLG in Offenbacher Hotels oder Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Dies ist eine Reduzierung um rund sieben Prozent gegenüber dem Jahr 2015 (507 Personen im Monatsdurchschnitt, vgl. Tab. 70).

- Die Gesamtzahl der Übernachtungen in Notunterkünften, die über die ZVU vermittelt wurden, lag im Jahr 2016 bei 169.613. Dies waren neun Prozent weniger als im Vorjahr. Knapp 91 Prozent davon waren Übernachtungen von Leistungsberechtigten im SGB II. Die Gründe für den gesunkenen Bedarf an Notunterkünften liegen zum einen an der insgesamt gesunkenen Zahl der Bedarfsgemeinschaften, zum anderen an der erfolgreichen Arbeit des externen Fallmanagements der CariJob gGmbH im Auftrag der MainArbeit, das seit Oktober 2014 eine umfänglichere Unterstützung bei der Wohnraumsuche gewährleistet (vgl. Tab. 71).

Ordnungsamt

Das *Ordnungsamt* wird in Fällen von aktueller oder unmittelbar drohender Wohnungslosigkeit tätig, wenn es nach den Vorgaben des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) Kenntnis von gerichtlich angeordneten Zwangsräumungen erhält und dementsprechend einschreitet sowie Einweisungen in Notunterkünfte vornimmt³¹. Im Jahr 2016 gab es 191 Räumungstermine mit 386 betroffenen Personen sowie 15 Einweisungen mit 36 Personen in Notunterkünfte (vgl. Tab. 72).

Frauenhaus

Das *Frauenhaus* wird vom Verein *Frauen helfen Frauen Offenbach e.V.* mit finanzieller Unterstützung der *Stadt Offenbach* und des *Landes Hessen* geführt. Hier werden Frauen mit ihren Kindern untergebracht, die sich aufgrund einer Gewalterfahrung an das Frauenhaus wenden oder von Behörden dorthin gebracht werden.

- Es gibt zwölf Zimmer mit 32 Schlafplätzen, jeweils mit einer Frau und einem oder mehreren Kindern in der Regel voll belegt. Die Belegungen dauern sehr häufig mehrere Monate.
- Der Großteil der untergebrachten Personen stammte nicht aus Offenbach. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Übernachtungstage von 8.057 im Jahr 2015 auf 8.311 im Jahr 2016 (vgl. Tab. 73).

6.3 Wohnungslosigkeit wegen unzumutbarer Wohnverhältnisse / bei Zugewanderten in gesonderten Unterkünften

Über den Bereich von Wohnungslosigkeit aufgrund unzumutbarer Wohnverhältnisse liegen keine gesicherten Angaben vor. Es gibt vereinzelte Hinweise von Überbelegungen von Wohnungen durch ausländische Zuwanderer, denen die Ordnungsbehörden nachgehen. Die Zahl von Wohnungen, die z. B. unzureichend mit Sanitäreinrichtungen ausgestattet sind und deren Bewohner nach der oben genannten Definition ebenfalls zu den Wohnungsnotfällen gezählt werden müssen, wird in der Baustatistik der Stadt nicht erfasst.

Wohnungsnotfälle bei zuwandernden Personen wie Spätaussiedlern und Flüchtlingen, die in gesonderten Unterkünften untergebracht werden, spielen in Offenbach keine nachweisbare Rolle. Dieser Personenkreis ist über das Stadtgebiet verteilt untergebracht. Die Erstaufnahmeeinrichtung des *Landes Hessen* für Flüchtlinge ist im Laufe des Jahres 2016 geschlossen worden. Ein Aufenthalt von Personen im weiteren Asylantragsverfahren in den Erstaufnahmeeinrichtungen galt nur vorübergehend bis zur Zuweisung eines Wohnsitzes an einem bestimmten Ort während des Asylverfahrens.

³¹ Notwendige Unterbringungen durch Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden nach § 31 HSOG (Platzverweisung) gab es seit 2006 nahezu keine.

6.4 Sozialstruktur der Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Über die Altersstruktur der im Wohnheim des *Diakonischen Werkes* untergebrachten Personen ist aus einer Stichtagserhebung im November 2016 bekannt, dass 90 Prozent von 20 Personen ein Alter zwischen 22 bis 50 Jahren hatten.

Zur Sozialstruktur auf Bundesebene geben Veröffentlichungen der *Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.* eine näherungsweise Auskunft³². Danach waren im Jahr 2015 bei einer Erhebung unter 33.256 wohnungslosen Personen in 176 Einrichtungen:

- 74,7 Prozent männlich,
- 19,7 Prozent war bis 24 Jahre alt, 6,4 Prozent 60 Jahre und älter,
- 85 Prozent waren alleinstehend,
- 8,4 Prozent hatten Kinder,
- 36,5 Prozent hatten einen Migrationshintergrund,
- 69,3 Prozent einen geringe, 9,7 Prozent eine hohe Bildungsqualifikation,
- 54,8 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung, vier Prozent einen fachschul- oder (fach-)hochschulbezogenen Berufsabschluss,
- 88 Prozent waren arbeitslos, von denen 48,4 Prozent länger als zwei Jahre
- 40,9 Prozent bezogen Leistungen nach SGB II, 3,5 Prozent nach SGB III und 6,1 Prozent nach SGB XII.

³² Vgl. hierzu http://www.bagw.de/media/doc/STA_Statistikbericht_2015_Tabellen.pdf (Stand 12.07.2017)

7. Fazit

Die Entwicklungen in den beiden Leistungsbereichen des Sozialgesetzbuches Zweites Buch sowie Zwölftes Buch verlaufen gegensätzlich.

Im Bereich des **SGB II** sank bis Dezember 2016 die Zahl der Leistungsberechtigten auf 18.768 Personen in 8.432 Bedarfsgemeinschaften. Hierbei setzte sich das Wachstum der Bevölkerung um knapp 2.000 Menschen fort. Damit sank die **SGB II-Quote** auf 16,7 Prozent und damit den niedrigsten Wert seit Einführung des SGB II (vgl. Tab. 74)³³. Differenziert nach Staatsangehörigkeit profitierte von dem Rückgang der SGB II-Quote die nichtdeutsche Bevölkerung stärker (minus 2,2 Prozentpunkte auf eine SGB II-Quote von 20,2 Prozent) als die deutsche Bevölkerung (minus 0,2 Prozentpunkte auf eine SGB II-Quote von 14,4 Prozent)³⁴.

Im Bereich **SGB XII** stieg die Zahl der Leistungsberechtigten außerhalb von Einrichtungen zum Jahresende 2016 geringfügig auf 3.617 Personen in 3.330 Bedarfsgemeinschaften. Dies entsprach 2,7 Prozent der Gesamtbevölkerung (vgl. Tab. 75). Fast vier Fünftel der Bedarfsgemeinschaften erhielten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Kap. 4 SGB XII. Nur in diesem Leistungsbereich gab es einen Anstieg bei den Leistungsberechtigten außerhalb von Einrichtungen. Die Zahl der Leistungsberechtigten bei den Hilfen zum Lebensunterhalt (Kap. 3 SGB XII) sank unter das Vorjahresniveau. Auch bei den Hilfen in besonderen Lebenssituationen (Kap. 5-7 SGB XII) gab es einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr.

Die Gesamtzahl aller SGB II- und der SGB XII-Leistungsberechtigten umfasste Ende des Jahres 2016 22.279 Personen. Trotz des starken Bevölkerungswachstums auf über 133.800 Einwohnerinnen und Einwohner sank die Quote aller Leistungsberechtigten im SGB II und SGB XII an der Gesamtbevölkerung auf 16,6 Prozent (vgl. Abb. 39, Tab. 75, Tab. 76).

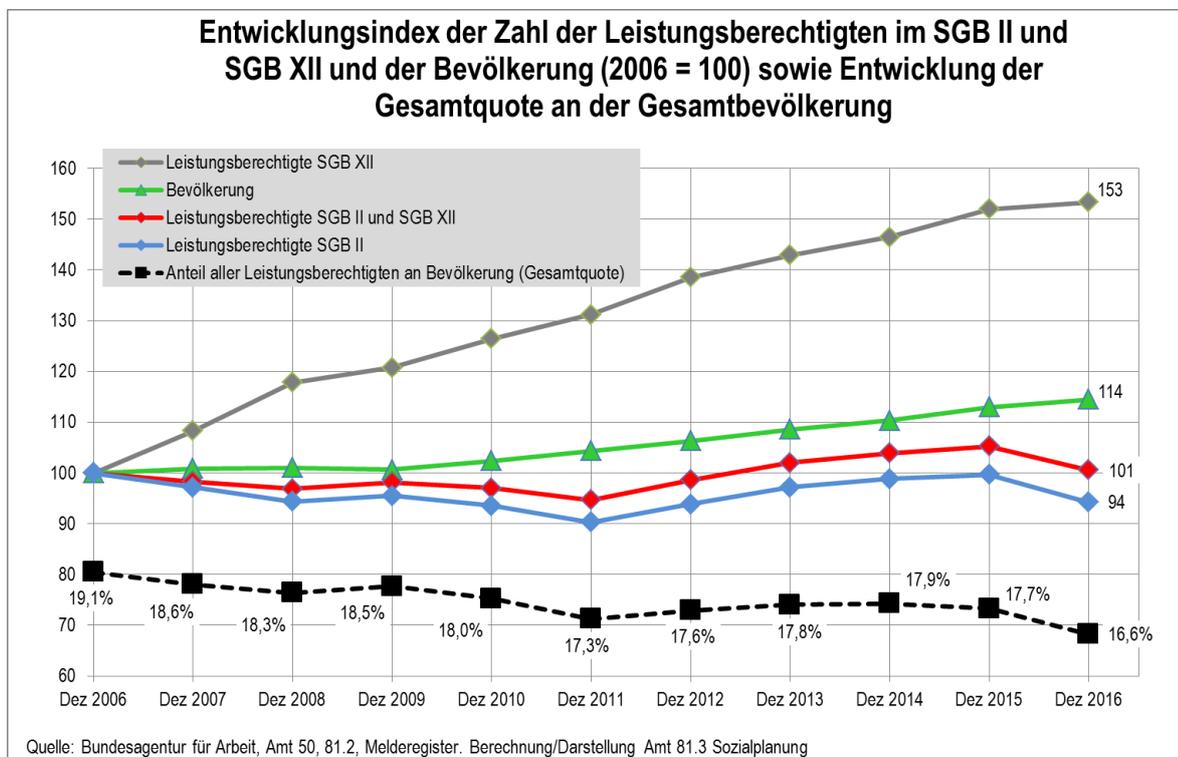


Abb. 39: Entwicklungsindex der Leistungsberechtigten im SGB II und SGB XII und der Bevölkerung sowie Entwicklung der Gesamtquote aller Leistungsberechtigten an der Gesamtbevölkerung

³³ Die SGB II-Quote eignet sich für einen Vergleich mit anderen Städten über SGB II-Vergleichstypen (siehe Glossar). Für die Bevölkerung als Bezugsgröße verwendet die BA Angaben des *Statistischen Bundesamtes*, demzufolge Offenbach am Jahresende 2016 eine SGB II-Quote von 18,1 Prozent hatte. Die im Sozialbericht berechnete SGB II-Quote für Offenbach (16,7 Prozent) bezieht sich hingegen auf das Melderegister der *Stadt Offenbach*, das gewöhnlich eine andere (zur Zeit der Berichtfassung höhere) Bevölkerungszahl ausweist.

³⁴ Siehe Hinweis in Fußnote 8 auf Seite 6.

Bei der Inanspruchnahme der Leistungen für **Bildung und Teilhabe** gab es erneut einen Anstieg. Über 13.200 Personen nahmen eine oder mehrere Leistungen in Höhe von insgesamt knapp 2,5 Millionen Euro in Anspruch. 2,2 Millionen Euro entfielen auf den Bereich des SGB II. Die Quote der Inanspruchnahme dieser aus Bundesmitteln refinanzierten Leistung (und damit der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter allen prinzipiell Anspruchsberechtigten, die durch diese Leistungen wirklich erreicht wurden) lag zwar mit 77,5 Prozent geringer als im Vorjahr, aber gleichwohl an zweithöchster Stelle unter allen hessischen Kreisen und kreisfreien Städten.

Die **Betroffenheit von Kindern durch (Einkommens-)Armut** kann im Leistungsbereich des SGB II nachvollzogen werden. In Offenbach gab es im Vergleich mit anderen kreisfreien Städten in Hessen mit 43,9 Prozent einen hohen Anteil von SGB II-Bedarfsgemeinschaften, die Kinder hatten. Die Zahl der Kinder im Leistungsbezug lag im Dezember 2016 bei 7.053 und damit um 6,2 Prozent niedriger als am Vorjahresende. Die SGB II-Quote der Kinder unter 18 Jahren sank im Dezember 2016 gegenüber dem Vorjahresende auf 30,9 Prozent. Das Haushaltsbudget liegt bei Bedarfsgemeinschaften ohne oder mit Kindern über dem hessischen Durchschnitt.

Die Zahl der Fälle von **Wohnungs- und Obdachlosigkeit** sank in den Fällen, bei denen über das *Sozialamt* oder die *MainArbeit* die *Zentrale Vermittlung von Unterkünften* tätig wurde. Die Übernachtungszahlen im Jahr 2016 sanken gegenüber dem Vorjahr um neun Prozent auf 169.613 Übernachtungen. Im Monatsdurchschnitt waren dies 470 Leistungsberechtigte. Die Zahl der Übernachtungen im Frauenhaus stieg 2016 gegenüber dem Vorjahr von 8.057 auf 8.311 Übernachtungen und damit um 3,2 Prozent.

8. Anhang

8.1 Glossar

(Quellen: BA, SGB II, SGB III, SGB XII)

Arbeitslose im SGB II	<p>Leistungsberechtigte im SGB II gelten als arbeitslos, wenn folgende drei Bedingungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sie stehen in keinem Beschäftigungsverhältnis oder arbeiten weniger als 15 Stunden pro Woche, • Sie suchen eine versicherungspflichtige zumutbare Beschäftigung und stehen dabei den Vermittlungsbemühungen zur Verfügung und • Sie haben sich bei einer <i>Agentur für Arbeit/</i> einem <i>Jobcenter</i> arbeitslos gemeldet. <p>Als nicht arbeitslos gelten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik; • Personen, die mindestens 15 Stunden pro Woche erwerbstätig sind, • nicht arbeiten dürfen oder können, ihre Verfügbarkeit einschränken, arbeitsunfähig erkrankt sind oder die Regelaltersgrenze erreicht haben, • sich als Nichtleistungsempfänger länger als drei Monate nicht mehr bei der zuständigen Agentur für Arbeit/Jobcenter gemeldet haben, • Schüler, Studenten und Schulabgänger, die nur eine Ausbildungsstelle suchen; arbeitserlaubnispflichtige Ausländer und deren Familienangehörige sowie Asylbewerber ohne Leistungsbezug, wenn ihnen der Arbeitsmarkt verschlossen ist.
Arbeitslosengeld I (SGB III)	<p>Das Arbeitslosengeld I wird Arbeitslosen als Lohnersatzleistung anstelle des ausfallenden Arbeitsentgeltes gezahlt. Der Leistungsanspruch beträgt 60 bzw. 67 Prozent (bei mindestens einem Kind) des zuletzt erhaltenen pauschalierten Nettoarbeitsentgeltes. Die Anspruchsdauer beträgt mindestens sechs bis zu maximal 24 Monate. Anspruchsvoraussetzungen sind Arbeitslosigkeit, die Erfüllung der Anwartschaftszeit sowie die Arbeitslosmeldung bei einer <i>Agentur für Arbeit</i>. Arbeitslose sind verpflichtet, im Rahmen der Eigenbemühungen alle Möglichkeiten der beruflichen Eingliederung zu nutzen.</p>
Arbeitslosengeld II (SGB II)	<p>Das Arbeitslosengeld II (ALG II) bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Rahmen der Grundsicherung. Diese Geldleistungen dienen der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts und setzen sich zusammen aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Leistungen aufgrund von Regelbedarfen nach einheitlichen pauschalierten Regelsätzen (Regelleistungen) • ggf. Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt • Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)
Bedarfsgemeinschaft (SGB II)	<p>Eine Bedarfsgemeinschaft bezeichnet Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft hat mindestens einen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, außerdem zählen dazu:</p> <ul style="list-style-type: none"> • weitere erwerbsfähige Leistungsberechtigte; • die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil eines unverheirateten, erwerbsfähigen Kindes, welches das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und der im Haushalt lebende Partner eines Elternteils; • die Person, die mit dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass anzunehmen ist, dass sie Verantwortung füreinander tragen und füreinander einstehen;

- Die dem Haushalt angehörenden, unverheirateten Kinder des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten oder seines Partners, wenn die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft ist enger gefasst, als derjenige der Haushaltsgemeinschaft. So zählen z. B. Kinder, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, Großeltern und Enkelkinder, sowie sonstige Verwandte und Verschwägerter nicht zur Bedarfsgemeinschaft.

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II)

Als erwerbsfähige Leistungsberechtigte gelten nach § 7 SGB II Personen, die

- das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a SGB II noch nicht vollendet haben;
- erwerbsfähig sind;
- hilfebedürftig sind.

Die Altersgrenze liegt bis zu den Geburtsjahrgängen 1946 und älter bei vollendeten 65 Jahren. Ab Geburtsjahr 1947 steigt sie sukzessive um je einen Monat bis zum Geburtsjahrgang 1964 auf das vollendete 67. Lebensjahr an.

Als erwerbsfähig gilt, wer nicht durch Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, mindestens drei Stunden täglich unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes erwerbsfähig zu sein.

Leistungsberechtigt ist, wer seine Eingliederung in Arbeit sowie seinen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der mit ihm in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, v. a. nicht durch Aufnahme einer zumutbaren Arbeit oder dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann, z. B. auch Jugendliche unter 18 Jahren.

Gesamtbevölkerung

Meint im vorliegenden Bericht die wohnberechtigte Bevölkerung mit Hauptwohnsitz.

Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

Sie soll die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen und denjenigen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kap. 4, SGB XII)

Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter (bis Geburtsjahr 1946 und älter ab 65 Jahre, ab Geburtsjahr 1947 bis 1964 sukzessiver Anstieg der gültigen Altersgrenze auf 67 Jahre) und bei dauerhafter Erwerbsminderung (ab dem 18. Lebensjahr).

Hilfe in besonderen Lebenssituationen (Kap. 5-9, SGB XII)

Hierzu zählen:

- Hilfe zur Gesundheit (Kap. 5);
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Kap. 6);
- Hilfe zur Pflege (Kap. 7);
- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Kap. 8);
- Hilfen in anderen Lebenslagen (Kap. 9).

Hilfe zum Lebensunterhalt (Kap. 3, SGB XII)

Diese Hilfe ist Personen zu leisten, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können. Zu einem notwendigen Lebensunterhalt gehören u.a. insbesondere Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens (SGB XII, § 27 und § 27a). Diese Hilfe wird in erster Linie folgenden Personengruppen gewährt:

- Kinder unter 15 Jahre, die sich in Familienpflege befinden;
- Personen mit Erwerbsminderung, bei denen die Erwerbsminderung vom Rententräger noch nicht festgestellt wurde;
- Personen mit vorgezogener Altersrente;

	<ul style="list-style-type: none"> • Personen mit befristeter Rente wegen Erwerbsminderung; • Personen, die sich vorübergehend in einer Einrichtung aufhalten und nur einen Barbetrag erhalten; • Kinder, deren Eltern oder ein Elternteil Leistungen nach einer anderen Rechtsgrundlage erhalten (z. B. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz).
Hilfe zur Pflege (Kap. 7, SGB XII)	Hilfe zur Pflege wird Personen gewährt, die wegen körperlichen, geistigen, oder seelischen Krankheit oder Behinderung nicht in der Lage sind die alltäglichen Verrichtungen und Versorgung eigenständig durchzuführen. Die Hilfe umfasst häusliche Pflege, Hilfsmittel, teilstationäre Pflege, Kurzzeitpflege und stationäre Pflege. Übernommen werden die verbleibenden Kosten nach Abzug der Leistungen des Pflegeversicherungsgesetzes bzw., wenn diese noch nicht greift, die gesamten Kosten der oben aufgeführten Leistungen. In diesem Bericht werden nur Leistungen der stationären Hilfe zur Pflege aufgeführt.
Integrationsquote	Integrationen in Erwerbsarbeit (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, voll qualifizierende berufliche Ausbildung oder Selbstständigkeit) in Relation zum durchschnittlichen Bestand an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.
Kontingentflüchtlinge	Kontingentflüchtlinge sind Flüchtlinge aus Krisenregionen, die im Rahmen internationaler humanitärer Hilfsaktionen aufgenommen werden. § 23 AufenthG eröffnet den obersten Landesbehörden bzw. dem Bundesministerium des Innern die Möglichkeit anzuordnen, dass für bestimmte Ausländergruppen aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird.
Laufende Leistungen im SGB XII	Es handelt sich bei den laufenden Leistungen in der Regel um Regelsätze, Krankenkassenbeiträge und laufende Leistungen der Unterkunft und Heizung. Nicht eingeschlossen sind: einmalige Unterkunftskosten (Wohnungsbeschaffung, Kautionen, etc.), Klassenfahrten, Wohnungserstausstattungskosten, Erstausstattung für Bekleidung.
Migrationshintergrund	<p>Die BA bezieht sich auf die Definition nach § 6 Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung (MighEV). Demnach liegt ein Migrationshintergrund vor, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> • die befragte Person nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder • der Geburtsort der befragten Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und eine Zuwanderung in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte oder • der Geburtsort mindestens eines Elternteiles der befragten Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt sowie eine Zuwanderung dieses Elternteils in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte. <p>Die Auswertungen des Offenbacher Melderegisters mit MIGRA Pro beruhen im Wesentlichen auf denselben Merkmalen, beschränken sich bei der Gruppe der Aussiedler jedoch auf sogenannte Russlanddeutsche.</p>
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II)	Alle Personen innerhalb einer BG, die noch nicht im erwerbsfähigen Alter sind (unter 15 Jahre) oder nicht in der Lage sind, mindestens drei Stunden täglich zu arbeiten, können als nicht erwerbsfähige Mitglieder einer BG bei Hilfebedürftigkeit Leistungen erhalten.
Regelaltersgrenze	„Die Altersgrenze stellt den Zeitpunkt dar, ab dem für eine Person kein Anspruch mehr auf Sozialleistungen nach dem SGB III bzw.

SGB II besteht und stattdessen unter den Anspruchsvoraussetzungen des SGB VI die Regelaltersrente geleistet wird.

Bisher lag die Altersgrenze bei 65 Jahren. Am 20.04.2007 wurde das "Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung" beschlossen. Dieses sieht eine sukzessive Anhebung der Altersgrenze von 65 auf 67 Jahre vor. Ab 01.01.2012 sind die ersten Personen des Geburtsjahrgangs 1947 von dieser Anhebung betroffen. Die letzte Anhebung der Altersgrenze findet für den Geburtsjahrgang 1964 am 01.01.2031 statt." (Quelle: http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_4236/Statistischer-Content/Grundlagen/Methodische-Hinweise/AST-MethHinweise/Anhebung-der-Altersgrenze.html, Stand 29.08.2017).

In den Berichten der *BA* ändert sich nun sukzessive die Nomenklatur: Eingeschränkte Altersklassen werden durch offene Altersklassen ersetzt. Aus "Personen von 15 bis unter 65 Jahren" werden "Personen von 15 Jahren und älter".

SGB II-Quote

Eine in der Regel von der *BA* ermittelte Prozentzahl, die den Anteil der leistungsberechtigten Personen im SGB II-Bezug (Regelleistungsberechtigte und Sonstige Leistungsberechtigte) an der 0 bis unter 65-jährigen Wohnbevölkerung mit Hauptwohnsitz ausdrückt. Zum Zeitpunkt der Berichtfassung lag noch keine offiziell abgestimmte Berechnungsgrundlage vor, die die neue Altersgrenze, das heißt die wachsende Zahl der Leistungsberechtigten über 64 Jahre berücksichtigt.

Die im vorliegenden Bericht angegebenen Quoten für die *Stadt Offenbach* sind – wo angegeben - auf der Basis der Bevölkerungszahlen laut Melderegister der Stadt Offenbach errechnet.

SGB II-Vergleichstyp

Vergleichstypen werden aufgrund von wissenschaftlichen Analysen vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der *BA* zusammengestellt. Innerhalb einer Vergleichsgruppe wird regelmäßig ein Ranking erstellt, aus dem hervorgeht, wie die SGB II-Kennzahlen bei vergleichbaren Rahmenbedingungen im Leistungsvergleich einzuordnen sind. Der Vergleichstyp IIIb, dem Offenbach und weitere 35 Städte sowie Berliner Stadtbezirke zugeschrieben werden, ist definiert von überwiegend Städten und verstäderten Regionen mit hohen Wohnkosten, Dienstleistungsarbeitsmärkten und geringer Arbeitsplatzdichte. Weitere Merkmale:

- Unterdurchschnittliche Saisonspanne
- Geringer Anteil an verarbeitendem Gewerbe
- Geringe Arbeitsplatzdichte
- Geringer Anteil an Kleinbetrieben
- Überdurchschnittlicher Anteil an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit verfestigtem Langzeitbezug
- Geringer Anteil älterer erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (50 Jahre und älter)
- Geringer Anteil an erwerbstätigen SGB-II-Beziehern
- Überdurchschnittlicher Anteil großer Bedarfsgemeinschaften
- Hohe Wohnkosten im SGB II
- Hoher Migrantanteil
- Hohes Bevölkerungswachstum

SGB III

Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) regelt das deutsche Arbeitsförderungsrecht inklusive Arbeitslosenversicherung.

Sozialgeld (SGB II)

Es handelt sich hier um die Geldleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts für nicht erwerbsfähige hilfebedürftige Angehörige (i.d.R. Kinder) und Partner, die mit einem Arbeitslosengeld II-Bezieher in einer Bedarfsgemeinschaft leben und keinen Anspruch auf Grundsicherung für Ältere oder wegen Erwerbsminderung haben.

Sozialhilfe (SGB XII)	<p>Aufgabe der Sozialhilfe ist es, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht (SGB XII, § 1, Satz 1). Die Sozialhilfe umfasst insgesamt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hilfe zum Lebensunterhalt; • Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung; • Hilfen zur Gesundheit, wie vorbeugende Gesundheitshilfe, Hilfe bei Krankheit, zur Familienplanung, bei Schwangerschaft und Mutterschaft, bei Sterilisation; • Eingliederungshilfe für behinderte Menschen; • Hilfe zur Pflege; • Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten; • Hilfen in anderen Lebenslagen, wie Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes, Altenhilfe, Blindenhilfe.
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	<p>Zu den registrierten Arbeitslosen werden zusätzlich die Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des SGB gelten, weil sie Teilnehmer an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme (z.B. berufliche Weiterbildung, Arbeitsgelegenheit, Bürgerarbeit) oder zeitweise arbeitsunfähig sind und deshalb die Kriterien des § 16 Abs. 1 SGB III nicht erfüllen.</p>
Unterbeschäftigung im weiteren Sinne	<p>Personen in Unterbeschäftigung im engeren Sinne plus Personen mit Gründungszuschuss, Einstiegsgeld in die Selbständigkeit und Alters- teilzeit, aber ohne Kurzarbeit.</p>
Unterbeschäftigungsquote	<p>Ist eine von der BA ermittelte Prozentzahl, die den Anteil der Personen in Unterbeschäftigung im weiteren Sinne in Bezug setzt zur Zahl aller zivilen Erwerbspersonen in einer erweiterten Bezugsgröße, das heißt plus Teilnehmer an entlastenden Maßnahmen, die keine Erwerbstätigkeit fördern, sowie Personen mit Sonderstatus.</p>
Zahlungsanspruch	<p>Ist der von den Jobcentern ermittelte Betrag, der den Personen einer Bedarfsgemeinschaft zusteht und tatsächlich der Bedarfsgemeinschaft gewährt wird. Er errechnet sich aus dem ermittelten Bedarf minus eines angerechneten Einkommens oder Vermögens (dies ist im Ergebnis der sogenannte Leistungsanspruch) minus Sanktionen.</p>

8.2 Tabellen zu Kapitel 1 (Einführung)

Tab. 1: Einwohner mit Migrationshintergrund am 31.12.2016 (Hauptwohnsitz)

Statistischer Bezirk	Einwohner insgesamt	Einwohner mit Migrationshintergrund						Deutsche ohne Migrationshintergrund
		Insgesamt		davon				
		absolut	in %	Nichtdeutsche	Deutsche	davon		
				Eingebürgerte	Aussiedler			
11 Hochschule f. Gestaltung	4 851	3 679	75,8	2 571	1 108	957	151	1 172
12 Wilhelmschule	8 075	6 110	75,7	4 587	1 523	1 348	175	1 965
13 Messehalle	10 409	7 599	73,0	5 153	2 446	2 090	356	2 810
14 Kaiserlei	3 082	2 016	65,4	1 377	639	550	89	1 066
15 Ledermuseum	10 865	6 877	63,3	4 347	2 530	2 098	432	3 988
16 Mathildenschule	8 715	6 688	76,7	4 819	1 869	1 613	256	2 027
21 Klinikum OF	5 412	3 309	61,1	2 172	1 137	920	217	2 103
22 Lauterborngeb.	12 877	8 818	68,5	4 375	4 443	3 384	1 059	4 059
23 Friedrichsweiher	8 106	5 155	63,6	3 428	1 727	1 434	293	2 951
24 Bachschule	6 670	4 078	61,1	2 496	1 582	1 258	324	2 592
25 Lichtenplatte	8 923	5 471	61,3	3 401	2 070	1 626	444	3 452
26 Bieberer Berg	2 651	1 290	48,7	695	595	464	131	1 361
31 Vorderw.-Rosenhöhe	4 454	2 598	58,3	1 525	1 073	807	266	1 856
32 Tempelsee	4 842	2 316	47,8	1 233	1 083	824	259	2 526
33 Bieber	15 699	7 420	47,3	3 536	3 884	2 584	1 300	8 279
41 Mühlheimer Str.	2 042	1 310	64,2	643	667	543	124	732
42 Waldheim	841	297	35,3	121	176	126	50	544
43 Bürgerl.	10 028	4 504	44,9	2 308	2 196	1 488	708	5 524
44 Rumpenheim	5 285	1 760	33,3	692	1 068	608	460	3 525
Gesamt	133 827	81 295	60,7	49 479	31 816	24 722	7 094	52 532

Quelle: Amt 81.2, Melderegister

Tab. 2: Sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung in Offenbach und Vergleichsregionen am **Wohnort**

Personengruppe	Regionen	31. Dez. 2016	30. Sep. 2016	30. Juni 2016	Veränderung gegenüber den Vorjahresstichtagen in Prozent			
					31. Dez. 2015	31. Dez. 2014	31. Dez. 2013	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	50.187	50.005	48.748	5,0	11,6	17,1	
	SGB II Vergleichstyp IIIb ø	128.249	128.100	125.529	3,2	7,1	9,4	
	Hessen	2.382.787	2.386.938	2.340.515	2,3	5,3	7,3	
	Deutschland	31.658.447	31.810.036	31.186.125	2,2	4,8	6,6	
geringfügig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	12.565	12.541	12.438	0,5	2,9	7,3	
	SGB II Vergleichstyp IIIb ø	29.429	29.314	29.454	1,0	0,9	1,3	
	Hessen	587.946	590.391	592.249	0,6	0,4	1,3	
	Deutschland	7.599.608	7.677.377	7.699.374	0,6	-0,2	0,0	
davon	ausschließlich geringfügig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	7.312	7.341	7.414	-2,4	-2,9	0,7
		SGB II Vergleichstyp IIIb ø	19.478	19.375	19.884	-1,0	-3,1	-3,9
		Hessen	378.018	379.359	388.512	-1,1	-3,0	-3,0
		Deutschland	4.921.779	4.965.627	5.088.002	-1,2	-3,9	-4,9
	im Nebenjob geringfügig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	5.253	5.200	5.024	4,9	12,1	18,0
		SGB II Vergleichstyp IIIb ø	9.951	9.938	9.571	5,2	9,9	13,2
		Hessen	209.928	211.032	203.737	3,7	7,0	10,3
		Deutschland	2.677.829	2.711.750	2.611.372	4,2	7,3	10,6

Quelle: BA

Tab. 3: Sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung in Offenbach und Vergleichsregionen am **Arbeitsort**

Personengruppe	Regionen	31. Dez. 2016	30. Sep. 2016	30. Juni 2016	Veränderung gegenüber den Vorjahresstichtagen in Prozent			
					31. Dez. 2015	31. Dez. 2014	31. Dez. 2013	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	46.733	46.546	45.970	1,0	2,8	5,1	
	SGB II Vergleichstyp IIIb ø	157.720	157.774	154.519	2,6	5,6	7,7	
	Hessen	2.502.202	2.507.125	2.457.858	2,3	4,8	6,9	
	Deutschland	31.848.915	32.009.204	31.373.691	2,3	4,8	6,6	
geringfügig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	11.773	11.858	11.770	-1,3	-1,0	3,9	
	SGB II Vergleichstyp IIIb ø	32.305	32.129	32.278	1,2	0,3	0,9	
	Hessen	594.625	597.930	602.198	0,5	-0,6	0,7	
	Deutschland	7.627.556	7.720.821	7.756.094	0,6	-0,6	-0,3	
davon	ausschließlich geringfügig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	7.278	7.366	7.403	-3,1	-4,6	-0,8
		SGB II Vergleichstyp IIIb ø	21.380	21.221	21.775	-0,7	-3,6	-4,1
		Hessen	381.158	383.275	394.583	-1,2	-4,1	-3,8
		Deutschland	4.946.366	5.005.490	5.141.164	-1,2	-4,3	-5,3
	im Nebenjob geringfügig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	4.495	4.492	4.367	1,7	5,6	12,7
		SGB II Vergleichstyp IIIb ø	10.925	10.907	10.503	5,0	8,9	12,4
		Hessen	213.467	214.655	207.615	3,6	6,4	9,9
		Deutschland	2.681.190	2.715.331	2.614.930	4,2	7,3	10,6

Quelle: BA

	Dez 12	Dez 13	Dez 14	Dez 15	Dez 16	2015-2016	2015-2016
Offenbach	124.261	126.934	128.974	132.068	133.827	1.759	1,3%
darunter 15 bis unter 65 Jahre	84.912	86.941	88.535	90.982	92.213	1.231	1,4%
Anteil	68,3%	68,5%	68,6%	68,9%	68,9%		
Deutsche	83.413	83.738	83.634	83.799	84.348	549	0,7%
darunter 15 bis unter 65 Jahre	51.150	51.151	51.022	51.244	51.813	569	1,1%
Anteil	61,3%	61,1%	61,0%	61,2%	61,4%		
Nichtdeutsche	40.848	43.196	45.340	48.269	49.479	1.210	2,5%
darunter 15 bis unter 65 Jahre	33.762	35.790	37.513	39.738	40.400	662	1,7%
Anteil	82,7%	82,9%	82,7%	82,3%	81,7%		

Quelle: Amt 81.2, Melderegister, Berechnungen 81.3 Sozialplanung

	Arbeitslose insgesamt SGB II/III	darunter Arbeitslose SGB II*	Arbeitslosenquote (ALQ)*	darunter ALQ* SGB II	Unterbeschäftigung im engeren Sinne insgesamt	darunter Unterbeschäftigung SGB II	Unterbeschäftigungsquote (UBQ)*	darunter UBQ* SGB II
Dez 2009	6.848	5.178	11,4%	8,6%	8.924	6.697	15,0%	11,0%
Dez 2010	6.010	4.671	10,0%	7,7%	9.107	7.474	13,8%	10,8%
Dez 2011	6.144	5.026	10,1%	8,3%	8.557	7.196	13,8%	11,1%
Dez 2012	6.278	4.600	10,3%	7,5%	9.046	7.122	14,6%	11,3%
Dez 2013	6.746	5.069	10,7%	8,1%	8.946	6.976	13,9%	10,7%
Dez 2014	6.889	5.176	10,8%	8,1%	9.126	7.093	14,0%	10,9%
Dez 2015	6.699	5.176	10,1%	7,8%	9.563	7.679	14,1%	11,3%
Dez 2016	6.616	5.237	9,7%	7,7%	9.084	7.331	12,9%	10,4%

Quelle: BA. * Monatsaktuelle (daher von endgültigen abweichende) Werte. Quote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. Unterbeschäftigungsquote mit erweitertem Bezug

8.3 Tabellen zu Kapitel 2 (SGB II)

Tab. 6: Personen in Bedarfsgemeinschaften – Basiszahlen (Jahresende)

	Bedarfsgemeinschaften (BG)	Personen in BG (PERS)	Leistungsberechtigte (LB)				Nicht Leistungsberechtigte (NLB)
			Regelleistungsberechtigte (RLB)		Sonstige Leistungsberechtigte (SLB)		
			Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF)			
Dez 2006	9.377	20.337	19.800	13.584	6.213	3	537
Dez 2007	8.921	19.756	19.234	12.977	6.257	*	520
Dez 2008	8.597	19.249	18.681	12.455	6.213	13	568
Dez 2009	8.768	19.502	18.903	12.565	6.295	43	599
Dez 2010	8.564	19.163	18.517	12.226	6.239	52	646
Dez 2011	8.207	18.540	17.878	11.689	6.122	67	662
Dez 2012	8.563	18.675	18.577	12.300	6.207	70	98
Dez 2013	8.795	19.336	19.233	12.513	6.654	66	103
Dez 2014	8.899	19.699	19.572	13.105	6.401	66	127
Dez 2015	8.881	19.844	19.740	13.141	6.512	87	104
Dez 2016	8.432	18.768	18.662	12.485	6.082	95	106

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. * keine Daten ausweisbar

Tab. 7: Personen in Bedarfsgemeinschaften – Basiszahlen (Jahresdurchschnitt)

	Bedarfsgemeinschaften (BG)	Personen in BG (PERS)	Leistungsberechtigte (LB)			Nicht Leistungsberechtigte (NLB)	
			Regelleistungsberechtigte (RLB)		Sonstige Leistungsberechtigte (SLB)		
			Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF)			
JD 2006	9.730	20.179	19.668	13.572	6.069	1	511
JD 2007	9.208	20.250	19.734	13.417	6.317	1	516
JD 2008	8.817	19.676	19.130	12.889	6.232	9	546
JD 2009	8.743	19.448	18.865	12.620	6.219	26	583
JD 2010	8.836	19.710	19.061	12.695	6.313	53	649
JD 2011	8.563	19.211	18.561	12.227	6.277	57	650
JD 2012	8.448	18.524	18.354	12.134	6.102	59	146
JD 2013	8.813	19.175	19.091	12.558	6.466	67	85
JD 2014	8.984	19.803	19.714	13.041	6.618	55	90
JD 2015	8.978	19.961	19.859	13.289	6.493	77	103
JD 2016	8.714	19.423	19.320	12.915	6.311	95	102

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 8: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Geschlecht und Alter (Jahresende)

	ELB weiblich	Anteil an allen ELB	ELB unter 25 Jahren	Anteil an allen ELB	darunter weiblich	Anteil	ELB 55 Jahre und älter	Anteil an allen ELB	darunter weiblich	Anteil
Dez 2006	6.959	51,2%	2.477	18,2%	1.394	56,3%	1.609	11,8%	733	45,6%
Dez 2007	6.719	51,8%	2.325	17,9%	1.291	55,5%	1.583	12,2%	716	45,2%
Dez 2008	6.580	52,8%	2.270	18,2%	1.278	56,3%	1.605	12,9%	748	46,6%
Dez 2009	6.590	52,4%	2.216	17,6%	1.235	55,7%	1.673	13,3%	778	46,5%
Dez 2010	6.436	52,6%	2.008	16,4%	1.136	56,6%	1.668	13,6%	778	46,6%
Dez 2011	6.236	53,3%	1.836	15,7%	1.031	56,2%	1.699	14,5%	806	47,4%
Dez 2012	6.527	53,1%	2.002	16,3%	1.081	54,0%	1.713	13,9%	810	47,3%
Dez 2013	6.689	53,5%	1.881	15,0%	1.015	54,0%	1.756	14,0%	837	47,7%
Dez 2014	7.000	53,4%	2.237	17,1%	1.171	52,3%	1.777	13,6%	854	48,1%
Dez 2015	7.054	53,7%	2.152	16,4%	1.155	53,7%	1.858	14,1%	916	49,3%
Dez 2016	6.674	53,5%	2.059	16,5%	1.084	52,6%	1.919	15,4%	954	49,7%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 9: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Geschlecht und Alter (Jahresdurchschnitt)

	ELB weiblich	Anteil an allen ELB	ELB unter 25 Jahren	Anteil an allen ELB	darunter weiblich	Anteil	ELB 55 Jahre und älter	Anteil an allen ELB	darunter weiblich	Anteil
JD 2006	6.886	50,7%	2.575	19,0%	1.418	55,1%	1.564	11,5%	693	44,3%
JD 2007	6.912	51,5%	2.445	18,2%	1.362	55,7%	1.593	11,9%	722	45,3%
JD 2008	6.745	52,3%	2.404	18,7%	1.339	55,7%	1.617	12,5%	742	45,9%
JD 2009	6.631	52,5%	2.301	18,2%	1.289	56,0%	1.651	13,1%	768	46,5%
JD 2010	6.635	52,3%	2.212	17,4%	1.235	55,8%	1.678	13,2%	776	46,2%
JD 2011	6.476	53,0%	2.010	16,4%	1.138	56,6%	1.715	14,0%	803	46,8%
JD 2012	6.480	53,4%	2.029	16,7%	1.106	54,5%	1.710	14,1%	807	47,2%
JD 2013	6.681	53,2%	1.957	15,6%	1.058	54,1%	1.765	14,1%	837	47,4%
JD 2014	6.958	53,4%	2.122	16,3%	1.125	53,0%	1.796	13,8%	857	47,7%
JD 2015	7.110	53,5%	2.257	17,0%	1.196	53,0%	1.851	13,9%	899	48,6%
JD 2016	6.914	53,5%	2.151	16,7%	1.138	52,9%	1.913	14,8%	950	49,7%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 10: Anteile von Altersgruppen von Frauen an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung

	15 bis unter 65 Jahre	15 bis unter 25 Jahre	55 bis unter 65 Jahre	Frauen insgesamt
Dez 2006	49,3%	51,2%	50,3%	50,7%
Dez 2007	49,2%	51,5%	50,8%	50,6%
Dez 2008	49,1%	51,0%	51,0%	50,5%
Dez 2009	49,3%	50,9%	51,2%	50,6%
Dez 2010	49,0%	51,0%	51,2%	50,4%
Dez 2011	48,9%	50,6%	51,0%	50,2%
Dez 2012	48,6%	50,2%	50,7%	49,9%
Dez 2013	48,2%	49,8%	50,3%	49,6%
Dez 2014	48,0%	49,5%	50,3%	49,6%
Dez 2015	47,6%	48,7%	49,8%	49,2%
Dez 2016	47,8%	49,1%	49,6%	49,4%

Quelle: Amt 81.2 (Melderegister). Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 11: Anteile von Altersgruppen an erwerbsfähiger Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre)

	Anteil 15 bis unter 25-Jährige	Anteil 55 bis unter 65-Jährige
Dez 2006	16,6%	17,0%
Dez 2007	16,5%	16,8%
Dez 2008	16,5%	16,7%
Dez 2009	16,7%	16,6%
Dez 2010	16,7%	16,6%
Dez 2011	16,9%	16,5%
Dez 2012	16,8%	16,2%
Dez 2013	16,6%	16,1%
Dez 2014	16,4%	16,1%
Dez 2015	16,3%	16,3%
Dez 2016	15,8%	16,6%

Quelle: Amt 81.2 (Melderegister). Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 12: Nicht-deutsche erwerbsfähige (ELB)/nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach Geschlecht (Jahresende)

	Nicht-deutsche ELB	Anteil an allen ELB	darunter weiblich	Anteil	Nicht-deutsche NEF	Anteil an allen NEF	darunter weiblich	Anteil
Dez 2006	6.654	49,0%	3.514	52,8%	2.412	38,8%	1.206	50,0%
Dez 2007	6.471	49,9%	3.447	53,3%	2.358	37,7%	1.196	50,7%
Dez 2008	6.235	50,1%	3.411	54,7%	2.225	35,8%	1.111	49,9%
Dez 2009	6.273	49,9%	3.410	54,4%	2.174	34,5%	1.059	48,7%
Dez 2010	6.277	51,3%	3.397	54,1%	2.103	33,7%	1.020	48,5%
Dez 2011	6.071	51,9%	3.312	54,6%	2.072	33,8%	992	47,9%
Dez 2012	6.532	53,1%	3.547	54,3%	2.033	32,8%	974	47,9%
Dez 2013	6.855	54,8%	3.789	55,3%	2.233	33,6%	1.075	48,1%
Dez 2014	7.412	56,6%	4.083	55,1%	2.178	34,0%	1.040	47,8%
Dez 2015	7.555	57,5%	4.157	55,0%	2.372	36,4%	1.125	47,4%
Dez 2016	7.065	56,6%	3.903	55,2%	2.030	33,4%	971	47,8%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 13: Nicht-deutsche erwerbsfähige (ELB)/ nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach Geschlecht (Jahresdurchschnitt)

	Nicht-deutsche ELB	Anteil an allen ELB	darunter weiblich	Anteil	Nicht-deutsche NEF	Anteil an allen NEF	darunter weiblich	Anteil
JD 2006	6.602	48,6%	3.432	52,0%	2.373	39,1%	1.188	50,1%
JD 2007	6.639	49,5%	3.516	53,0%	2.419	38,3%	1.213	50,1%
JD 2008	6.456	50,1%	3.473	53,8%	2.280	36,6%	1.146	50,3%
JD 2009	6.288	49,8%	3.416	54,3%	2.196	35,3%	1.076	49,0%
JD 2010	6.431	50,7%	3.466	53,9%	2.145	34,0%	1.041	48,5%
JD 2011	6.285	51,4%	3.410	54,3%	2.124	33,8%	1.027	48,4%
JD 2012	6.419	52,9%	3.481	54,2%	2.006	32,9%	963	48,0%
JD 2013	6.747	53,7%	3.700	54,8%	2.127	32,9%	1.017	47,8%
JD 2014	7.281	55,8%	4.006	55,0%	2.257	34,1%	1.089	48,2%
JD 2015	7.570	57,0%	4.150	54,8%	2.279	35,1%	1.092	47,9%
JD 2016	7.415	57,4%	4.086	55,1%	2.266	35,9%	1.081	47,7%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 14: Anteile von Altersgruppen Nicht-Deutscher an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung

	0 bis unter 3 Jahre	3 bis unter 7 Jahre	7 bis unter 15 Jahre	0 bis unter 15 Jahre	15 bis unter 65 Jahre	15 bis unter 25 Jahre	55 und älter	Nicht-Deutsche insgesamt
Dez 2006	14,1%	18,4%	38,5%	27,7%	35,2%	37,2%	26,8%	30,1%
Dez 2007	13,2%	17,9%	35,3%	25,8%	35,5%	36,7%	27,0%	30,2%
Dez 2008	12,6%	16,2%	32,9%	24,0%	36,1%	36,8%	27,6%	30,4%
Dez 2009	14,4%	15,4%	29,9%	22,6%	35,9%	36,4%	27,2%	29,9%
Dez 2010	14,7%	15,6%	27,3%	21,5%	37,1%	37,4%	27,7%	30,8%
Dez 2011	17,1%	16,8%	25,1%	21,1%	38,4%	38,2%	28,1%	31,8%
Dez 2012	17,5%	18,4%	23,3%	20,7%	39,8%	38,7%	28,5%	32,9%
Dez 2013	18,8%	20,1%	22,1%	20,9%	41,2%	39,5%	29,3%	34,0%
Dez 2014	20,9%	22,4%	21,7%	21,7%	42,4%	40,4%	29,9%	35,2%
Dez 2015	23,4%	24,6%	23,6%	23,8%	43,7%	40,9%	31,2%	36,5%
Dez 2016	24,6%	25,6%	24,6%	24,9%	43,8%	39,1%	31,7%	37,0%

Quelle: Amt 81.2 (Melderegister). Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 15: Altersgruppen und Anteile nicht erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (NEF)

	NEF insgesamt	0 bis unter 3 Jahre	Anteil	3 bis unter 7 Jahre	Anteil	7 bis unter 15 Jahre	Anteil	15 und älter	Anteil
Dez 2006	6.213	1.502	24,2%	1.713	27,6%	2.736	44,0%	262	4,2%
Dez 2007	6.257	1.471	23,5%	1.763	28,2%	2.726	43,6%	297	4,7%
Dez 2008	6.213	1.459	23,5%	1.774	28,6%	2.700	43,5%	280	4,5%
Dez 2009	6.295	1.403	22,3%	1.780	28,3%	2.773	44,1%	339	5,4%
Dez 2010	6.239	1.355	21,7%	1.753	28,1%	2.750	44,1%	381	6,1%
Dez 2011	6.122	1.186	19,4%	1.712	28,0%	2.818	46,0%	406	6,6%
Dez 2012	6.207	1.210	19,5%	1.720	27,7%	2.983	48,1%	294	4,7%
Dez 2013	6.654	1.290	19,4%	1.746	26,2%	3.169	47,6%	449	6,7%
Dez 2014	6.401	1.304	20,4%	1.774	27,7%	3.198	50,0%	125	2,0%
Dez 2015	6.512	1.318	20,2%	1.776	27,3%	3.269	50,2%	149	2,3%
Dez 2016	6.082	1.152	18,9%	1.704	28,0%	3.109	51,1%	117	1,9%

Quelle: BA/Statistik-Service Südwest. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 16: Anteile von Altersgruppen nicht erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (NEF) an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung

	NEF-Quote U15 (bis unter 15 Jahre)	NEF-Quote U3 (unter 3 Jahre)	NEF-Quote 3 bis unter 7 Jahre	NEF-Quote 7 bis unter 15 Jahre	NEF-Quote 15 bis unter 65 Jahre
Dez 2006	34,2%	39,9%	27,8%	35,2%	0,3%
Dez 2007	34,2%	39,7%	28,4%	35,1%	0,4%
Dez 2008	34,0%	39,9%	28,0%	34,9%	0,3%
Dez 2009	34,0%	38,6%	27,8%	35,6%	0,4%
Dez 2010	32,9%	36,5%	27,2%	34,5%	0,5%
Dez 2011	31,8%	31,6%	26,1%	34,9%	0,5%
Dez 2012	32,3%	31,8%	25,7%	35,9%	0,3%
Dez 2013	33,2%	33,3%	26,1%	36,9%	0,5%
Dez 2014	33,2%	33,6%	25,4%	37,2%	0,1%
Dez 2015	32,8%	32,7%	25,5%	36,6%	0,2%
Dez 2016	30,0%	27,2%	23,7%	34,5%	0,1%

Quelle: BA/Statistik-Service Südwest. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 17: Anteile der Nicht-Deutschen an den nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (NEF) nach Altersgruppen

	0 bis unter 15 Jahre	Anteil	0 bis unter 3 Jahre	Anteil	3 bis unter 7 Jahre	Anteil	7 bis unter 15 Jahre	Anteil	15 Jahre und älter	Anteil
Dez 2006	2.412	40,5%	417	27,8%	532	40,2%	1.325	42,4%	138	52,7%
Dez 2007	2.358	39,6%	364	24,7%	535	39,0%	1.298	41,6%	161	54,2%
Dez 2008	2.225	37,5%	310	21,2%	540	39,7%	1.230	39,5%	145	51,8%
Dez 2009	2.174	36,5%	269	19,2%	521	38,5%	1.219	38,1%	165	48,7%
Dez 2010	2.103	35,9%	259	19,1%	473	35,7%	1.171	36,8%	200	52,5%
Dez 2011	2.072	36,2%	234	19,7%	440	34,0%	1.184	36,6%	214	52,7%
Dez 2012	2.033	34,4%	250	20,7%	462	35,9%	1.163	34,0%	158	53,7%
Dez 2013	2.233	36,0%	279	21,6%	506	37,9%	1.219	34,0%	229	51,0%
Dez 2014	2.178	34,7%	310	23,8%	555	42,0%	1.242	34,0%	71	56,8%
Dez 2015	2.372	37,3%	376	28,5%	609	45,2%	1.308	35,4%	79	53,0%
Dez 2016	2.030	34,0%	350	30,4%	563	44,6%	1.055	29,7%	62	53,0%

Quelle: BA/Statistik-Service Südwest. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 18: Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern unter 18 Jahren (Jahresende)

	insgesamt	Anteil an allen BG	davon mit 1 Kind	Anteil	davon mit 2 Kindern	Anteil	davon mit 3 und mehr Kindern	Anteil
Dez 2015	3.976	44,8%	1.687	42,4%	1.387	34,9%	902	22,7%
Dez 2016	3.698	43,9%	1.547	41,8%	1.294	35,0%	857	23,2%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 19: Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) unter 15 Jahre nach Typen von Bedarfsgemeinschaften (BG)

	insgesamt	in Partner-BG	Anteil	in alleinerziehender BG	Anteil	davon in alleinerziehender BG mit								in sonstiger BG
						1 Kind	Anteil	2 Kindern	Anteil	3 Kindern	Anteil	4 und mehr Kindern	Anteil	
Dez 2006	5.951	3.785	63,6%	2.166	36,4%	719	33,2%	829	38,3%	412	19,0%	206	9,5%	0
Dez 2007	5.960	3.830	64,3%	2.130	35,7%	687	32,3%	793	37,2%	408	19,2%	242	11,4%	0
Dez 2008	5.933	3.731	62,9%	2.201	37,1%	707	32,1%	804	36,5%	415	18,9%	275	12,5%	1
Dez 2009	5.956	3.760	63,1%	2.193	36,8%	737	33,6%	804	36,7%	415	18,9%	237	10,8%	3
Dez 2010	5.858	3.777	64,5%	2.079	35,5%	703	33,8%	785	37,8%	378	18,2%	213	10,2%	2
Dez 2011	5.716	3.718	65,0%	1.996	34,9%	694	34,8%	786	39,4%	332	16,6%	184	9,2%	2
Dez 2012	5.913	3.628	61,4%	2.247	38,0%	764	34,0%	867	38,6%	430	19,1%	186	8,3%	38
Dez 2013	6.205	3.768	60,7%	2.391	38,5%	795	33,2%	923	38,6%	470	19,7%	203	8,5%	46
Dez 2014	6.276	3.876	61,8%	2.363	37,7%	799	33,8%	884	37,4%	466	19,7%	214	9,1%	37
Dez 2015	6.363	4.012	63,1%	2.314	36,4%	730	31,5%	880	38,0%	473	20,4%	231	10,0%	37
Dez 2016	5.965	3.806	63,8%	2.144	35,9%	686	32,0%	791	36,9%	432	20,1%	235	11,0%	15

Quelle: BA/Statistik-Service Südwest. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 20: Typen von Bedarfsgemeinschaften (BG)

	Gesamt	davon										Ø Personenzahl/BG
		Single-BG	Anteil	Alleinerziehenden-BG	Anteil	Partner-BG ohne Kinder	Anteil	Partner-BG mit Kindern		Nicht zuordnensbare BG	Anteil	
Dez 2006	9.388	4.276	45,5%	1.660	17,7%	1.167	12,4%	2.143	22,8%	131	1,4%	2,17
Dez 2007	8.927	4.006	44,9%	1.603	18,0%	1.067	12,0%	2.106	23,6%	139	1,6%	2,21
Dez 2008	8.592	3.787	44,1%	1.645	19,1%	1.007	11,7%	2.014	23,4%	144	1,7%	2,24
Dez 2009	8.748	3.904	44,6%	1.664	19,0%	999	11,4%	2.019	23,1%	182	2,1%	2,22
Dez 2010	8.544	3.816	44,7%	1.570	18,4%	954	11,2%	2.028	23,7%	196	2,3%	2,24
Dez 2011	8.207	3.631	44,2%	1.556	19,0%	895	10,9%	1.969	24,0%	180	2,2%	2,26
Dez 2012	8.541	4.089	47,9%	1.694	19,8%	625	7,3%	1.905	22,3%	246	2,9%	2,18
Dez 2013	8.785	4.086	46,5%	1.826	20,8%	652	7,4%	1.993	22,7%	237	2,7%	2,20
Dez 2014	8.890	4.106	46,2%	1.828	20,6%	680	7,6%	2.067	23,3%	217	2,4%	2,21
Dez 2015	8.868	4.046	45,6%	1.775	20,0%	686	7,7%	2.150	24,2%	221	2,5%	2,23
Dez 2016	8.432	3.906	46,3%	1.644	19,5%	641	7,6%	2.027	24,0%	212	2,5%	2,23

Quelle: BA, Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Anmerkung: Zur Aufsummierung der Anteile auf 100 Prozent fehlen weitere, hier nicht aufgeführte Arten von Bedarfsgemeinschaften

Tab. 21: Bevölkerung unter 65 Jahre (Bev) und Personen in Bedarfsgemeinschaften (PERS) nach ausgewählten Nationalitäten

	Dezember 2016		Dezember 2015		Dezember 2015-2016		Dezember 2007-2016	
	Bev	PERS	Bev	PERS	Bev	PERS	Bev	PERS
Offenbach*	112.079	18.768	110.389	19.802	1,5%	-5,2%	15,25%	-3,18%
Deutschland	66.740	9.584	66.029	9.790	1,1%	-2,1%	3,65%	-8,31%
Ausland gesamt	45.339	9.150	44.360	9.955	2,2%	-8,1%	37,97%	3,15%
Afghanistan	666	340	548	390	-21,8%	-1,8%	14,24%	-19,81%
Bulgarien	3.825	1.233	3.591	1.100	6,5%	12,1%	1008,70%	7606,25%
Griechenland	4.279	920	4.141	951	1,5%	-3,3%	32,97%	80,75%
Indien	425	91	412	89	3,2%	-3,3%	53,43%	-2,15%
Italien	3.531	871	3.471	946	1,7%	-7,9%	1,23%	-15,60%
Jugoslawien**	7.446	869	6.789	947	9,7%	1,8%	20,15%	-27,76%
Litauen	414	88	430	98	-3,7%	-10,2%	71,07%	131,58%
Marokko	1.029	359	1059	456	0,1%	-4,0%	-22,28%	-45,19%
Moldau	432	12	336	9	28,6%	33,3%	1100,00%	71,43%
Pakistan	756	308	788	331	-4,1%	-3,5%	13,00%	-31,56%
Polen	4.149	462	4.315	516	-8,9%	-10,5%	100,34%	90,91%
Portugal	765	103	762	122	0,4%	-15,6%	15,56%	22,62%
Rumänien	4.523	656	3.696	633	15,0%	3,6%	539,75%	480,53%
Spanien	738	173	704	167	4,8%	3,6%	97,86%	246,00%
Türkei	5.468	1.404	5.518	1.728	-0,9%	-18,8%	-18,62%	-39,35%
Ungarn	403	33	378	29	6,6%	13,8%	295,10%	175,00%

Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. * Enthält zusätzlich die Fälle „staatenlos“, „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. **in den Grenzen von 1989

Tab. 22: SGB II-Quoten (angenähert) nach ausgewählten Nationalitäten

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Offenbach	19,9%	19,3%	19,5%	18,8%	17,8%	18,1%	18,3%	18,3%	17,9%	16,7%
Deutschland	16,2%	15,9%	15,9%	15,4%	14,7%	15,2%	15,4%	15,2%	14,8%	14,4%
Ausland gesamt	27,0%	25,7%	26,1%	24,8%	22,9%	22,9%	23,0%	23,1%	22,4%	20,2%
Afghanistan	72,7%	75,9%	77,4%	80,3%	81,4%	77,7%	74,7%	72,4%	45,8%	51,1%
Bulgarien	4,6%	3,8%	4,5%	5,0%	6,8%	12,7%	19,3%	25,5%	30,6%	32,2%
Griechenland	15,8%	15,7%	16,6%	16,8%	15,9%	17,7%	21,1%	21,9%	22,6%	21,5%
Indien	33,6%	39,6%	40,0%	46,5%	36,0%	30,8%	27,0%	23,1%	21,6%	21,4%
Italien	29,6%	27,3%	26,7%	26,1%	24,3%	25,4%	26,4%	26,3%	27,3%	24,7%
Jugoslawien*	19,4%	16,8%	15,9%	15,2%	14,8%	16,1%	15,3%	15,1%	15,1%	11,7%
Litauen	15,7%	18,8%	18,4%	19,6%	15,2%	16,9%	18,1%	23,1%	22,8%	21,3%
Marokko	49,5%	50,6%	52,6%	52,8%	49,1%	46,2%	44,8%	44,9%	44,4%	34,9%
Moldau	19,4%	19,4%	12,5%	14,6%	23,1%	20,8%	23,1%	17,6%	2,7%	2,8%
Pakistan	67,3%	69,0%	72,7%	76,6%	72,5%	64,7%	56,9%	46,9%	42,0%	40,7%
Polen	11,7%	10,7%	11,1%	10,2%	9,8%	11,6%	12,1%	13,0%	11,3%	11,1%
Portugal	12,7%	12,3%	14,8%	13,3%	12,6%	14,8%	14,9%	14,8%	16,0%	13,5%
Rumänien	16,0%	12,5%	12,2%	11,4%	9,9%	10,7%	11,9%	14,8%	16,1%	14,5%
Spanien	13,4%	10,5%	12,5%	16,2%	15,6%	20,9%	19,6%	21,9%	23,7%	23,4%
Türkei	34,5%	34,2%	35,0%	34,4%	32,8%	33,0%	33,3%	32,4%	31,3%	25,7%
Ungarn	11,8%	8,2%	11,5%	5,0%	5,3%	7,9%	6,3%	7,6%	7,7%	8,2%

Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. *in den Grenzen von 1989

Tab. 23: Aufstocker und „Ergänzer“ unter den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB)

	mit ALG I (Aufstocker)	Anteil an allen ELB	mit Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit („Ergänzer“)	Anteil an allen ELB	davon mit Bruttoeinkommen aus			
					abhängiger Erwerbstätigkeit	Anteil	selbstständiger Erwerbstätigkeit	Anteil
Dez 2009	375	2,4%	3.430	27,3%	3.223	94,0%	226	6,6%
Dez 2010	295	2,4%	3.561	29,1%	3.325	93,4%	260	7,3%
Dez 2011	243	2,4%	3.518	30,1%	3.297	93,7%	239	6,8%
Dez 2012	351	2,4%	3.391	27,6%	3.126	92,2%	273	8,1%
Dez 2013	354	2,4%	3.562	28,5%	3.298	92,6%	279	7,8%
Dez 2014	319	2,4%	3.707	28,3%	3.481	93,9%	242	6,5%
Dez 2015	362	2,8%	3.788	28,8%	3.574	94,4%	231	6,1%
Dez 2016	296	2,4%	3.647	29,2%	3.515	96,4%	151	4,1%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 24: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) mit Bruttoeinkommen (BE) aus Erwerbstätigkeit

	ELB mit BE bis 450 Euro	Anteil an allen ELB mit BE	ELB mit 451 bis 850 Euro BE	Anteil an allen ELB mit BE	ELB mit BE mehr als 850 Euro	Anteil an allen ELB mit BE
Dez 2009	1.541	44,9%	840	24,5%	1.049	30,6%
Dez 2010	1.580	44,4%	881	24,7%	1.100	30,9%
Dez 2011	1.368	38,9%	802	22,8%	1.127	32,0%
Dez 2012	1.183	34,9%	827	24,4%	1.116	32,9%
Dez 2013	995	27,9%	1.031	28,9%	1.272	35,7%
Dez 2014*	1255	33,9%	984	26,5%	1.242	33,5%
Dez 2015	1.121	29,6%	1.029	27,2%	1.423	37,6%
Dez 2016	1.062	29,1%	1.053	28,9%	1.400	38,4%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. * bis 2013 Werte für Einkommensgrenzen bis 400 Euro, 401-800 Euro, 801 Euro und mehr

Tab. 25: Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Zahlungsanspruch nach Leistungsarten

	darunter					
	Regelbedarf ALG II	Anteil an allen BG	Leistungen für Unterkunft	Anteil an allen BG	Regelbedarf Sozialgeld	Anteil an allen BG
Dez 2006	8.428	89,8%	8.927	95,1%	2.116	22,5%
Dez 2007	7.961	89,2%	8.504	95,3%	2.039	22,8%
Dez 2008	7.578	88,2%	8.152	94,9%	1.898	22,1%
Dez 2009	7.755	88,6%	8.266	94,5%	2.032	23,2%
Dez 2010	7.513	87,9%	8.107	94,9%	1.844	21,6%
Dez 2011	7.180	87,5%	7.771	94,7%	1.654	20,2%
Dez 2012	7.514	88,0%	8.159	95,5%	1.698	19,9%
Dez 2013	7.692	87,6%	8.252	93,9%	1.868	21,3%
Dez 2014	7.834	88,1%	8.313	93,5%	1.839	20,7%
Dez 2015	7.717	87,0%	8.321	93,8%	1.865	21,0%
Dez 2016	7.337	87,0%	7.938	94,1%	1.678	19,9%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 26: Personen in Bedarfsgemeinschaften nach Statistischen Bezirken

Nr.	Statistischer Bezirk	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2015-2016	2007-2016
11	Hochschule f. Gestaltung	1.067	1.017	1.027	897	906	957	988	980	971	907	-6,6%	-15,0%
12	Wilhelmshule	1.711	1.678	1.555	1.499	1.447	1.573	1.606	1.566	1.754	1.606	-8,4%	-6,1%
13	Messehalle	2.020	1.999	1.992	1.980	1.874	1.964	2.024	2.028	2.025	1.927	-4,8%	-4,6%
14	Kaiserlei	418	373	370	320	285	293	335	357	346	331	-4,3%	-20,8%
15	Ledermuseum	1.431	1.452	1.473	1.450	1.395	1.431	1.472	1.502	1.495	1.358	-9,2%	-5,1%
16	Mathildenschule	1.761	1.541	1.535	1.515	1.408	1.456	1.611	1.644	1.689	1.673	-0,9%	-5,0%
21	Klinikum Offenbach	851	873	899	825	770	830	865	868	856	778	-9,1%	-8,6%
22	Lauterborn	2.162	2.103	2.159	2.246	2.175	2.167	2.236	2.264	2.224	2.053	-7,7%	-5,0%
23	Friedrichsweiher	1.156	1.160	1.177	1.138	1.064	1.128	1.157	1.233	1.278	1.251	-2,1%	8,2%
24	Bachschule	840	790	818	777	731	771	772	851	806	749	-7,1%	-10,8%
25	Lichtenplatte	973	967	996	1.027	990	1.004	1.029	1.093	1.128	1.109	-1,7%	14,0%
26	Bieberer Berg	274	271	268	306	286	285	332	326	355	324	-8,7%	18,2%
31	Vorderwald Rosenhöhe	695	644	654	652	650	631	671	668	622	594	-4,5%	-14,5%
32	Tempelsee	489	517	526	487	513	545	535	541	536	491	-8,4%	0,4%
33	Bieber	1.805	1.801	1.833	1.891	1.893	2.064	2.049	2.080	1.988	1.993	0,3%	10,4%
41	Mühlheimer Straße	280	252	262	271	267	283	280	264	263	227	-13,7%	-18,9%
42	Waldheim	40	42	58	31	38	46	52	65	53	50	-5,7%	25,0%
43	Bürgel	1.101	1.032	1.071	1.037	1.020	1.029	1.066	1.106	1.153	1.120	-2,9%	1,7%
44	Rumpenheim	192	176	191	202	180	185	206	212	231	206	-10,8%	7,3%
	Offenbach*	19.376	18.796	18.964	18.626*	17.950	18.672	19.321	19.684	19.684	18.768	-5,2%	-3,1%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember. *Abweichungen von gesamtstädtischen Werten an anderer Stelle sind bedingt durch unterschiedliche Erhebungsstichtage

Tab. 27: Bedarfsgemeinschafts (BG)-Typen / erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Statistischen Bezirken 2016

Nr.	Statistischer Bezirk	BG	mit 2 u. mehr Personen	Anteil an allen BG	mit Kindern	Anteil an allen BG	ELB	alleinerziehende ELB	Anteil an allen ELB	arbeitslose ELB	Anteil an allen ELB
11	Hochschule f. Gestaltung	392	222	56,6%	157	40,1%	599	64	10,7%	221	36,9%
12	Wilhelmschule	729	401	55,0%	282	38,7%	1 126	130	11,5%	429	38,1%
13	Messehalle	839	459	54,7%	360	42,9%	1 275	143	11,2%	446	35,0%
14	Kaiserlei	147	78	53,1%	62	42,2%	209	25	12,0%	75	35,9%
15	Ledermuseum	598	322	53,8%	241	40,3%	908	101	11,1%	308	33,9%
16	Mathildenschule	758	383	50,5%	284	37,5%	1 136	104	9,2%	458	40,3%
21	Klinikum Offenbach	340	185	54,4%	136	40,0%	516	56	10,9%	192	37,2%
22	Lauterborn	836	507	60,6%	377	45,1%	1 320	206	15,6%	466	35,3%
23	Friedrichsweiher	586	296	50,5%	223	38,1%	862	107	12,4%	290	33,6%
24	Bachschule	361	177	49,0%	130	36,0%	508	73	14,4%	198	39,0%
25	Lichtenplatte	509	273	53,6%	213	41,8%	728	101	13,9%	270	37,1%
26	Bieberer Berg	152	76	50,0%	55	36,2%	214	35	16,4%	78	36,4%
31	Vorderwald Rosenhöhe	320	129	40,3%	96	30,0%	419	53	12,6%	160	38,2%
32	Tempelsee	226	120	53,1%	98	43,4%	304	53	17,4%	116	38,2%
33	Bieber	847	491	58,0%	375	44,3%	1 270	212	16,7%	457	36,0%
41	Mühlheimer Straße	115	52	45,2%	32	27,8%	167	20	12,0%	59	35,3%
42	Waldheim	24	12	50,0%	9	37,5%	33	5	15,2%	13	39,4%
43	Bürgel	531	278	52,4%	219	41,2%	733	124	16,9%	273	37,2%
44	Rumpenheim	107	44	41,1%	35	32,7%	143	17	11,9%	59	41,3%
	Offenbach*	8.432	4.507	53,5%	3 386	40,2%	12 485	1 631	13,1%	4 573	36,6%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember. *einschließlich räumlich nicht zugeordneter Personen

Tab. 28: Bevölkerung 0 bis unter 65 Jahre nach Statistischen Bezirken

Nr.	Statistischer Bezirk	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2015-2016	2007-2016
11	Hochschule f. Gestaltung	3.568	3.586	3.469	3.629	3.769	3.878	3.962	3.981	4.099	4.282	4,5%	20,0%
12	Wilhelmschule	6.162	6.260	6.040	6.310	6.422	6.573	6.886	6.998	7.128	7.354	3,2%	19,3%
13	Messehalle	8.342	8.468	8.439	8.579	8.857	9.005	9.221	9.380	9.289	9.329	0,4%	11,8%
14	Kaiserlei**	1.485	1.536	1.547	1.605	1.661	1.628	1.736	1.931	2.990	2.810	-6,0%	89,2%
15	Ledermuseum	7.855	7.871	7.771	7.950	8.150	8.443	8.687	8.907	9.155	9.274	1,3%	18,1%
16	Mathildenschule	6.039	5.991	5.992	6.176	6.479	6.751	7.036	7.218	7.752	7.737	-0,2%	28,1%
21	Klinikum Offenbach	4.107	4.235	4.227	4.340	4.366	4.435	4.527	4.599	4.618	4.610	-0,2%	12,2%
22	Lauterborn	9.158	9.128	9.268	9.484	9.560	9.744	9.877	9.995	10.249	10.446	1,9%	14,1%
23	Friedrichsweiher	6.071	6.129	6.156	6.243	6.388	6.563	6.688	6.788	6.816	7.045	3,4%	16,0%
24	Bachschule	4.653	4.593	4.618	4.621	4.749	4.913	4.999	5.165	5.241	5.354	2,2%	15,1%
25	Lichtenplatte	6.213	6.306	6.295	6.395	6.507	6.734	6.917	6.927	7.195	7.334	1,9%	18,0%
26	Bieberer Berg	2.129	2.070	2.049	2.053	2.073	2.096	2.145	2.140	2.155	2.173	0,8%	2,1%
31	Vorderwald Rosenhöhe	3.417	3.418	3.374	3.423	3.517	3.545	3.597	3.687	3.644	3.664	0,5%	7,2%
32	Tempelsee	3.373	3.433	3.458	3.490	3.583	3.584	3.628	3.621	3.676	3.724	1,3%	10,4%
33	Bieber	11.574	11.484	11.386	11.678	11.752	11.929	11.961	12.036	12.621	12.255	1,5%	5,9%
41	Mühlheimer Straße	995	980	1.018	1.054	1.070	1.127	1.287	1.479	1.621	1.824	12,5%	83,3%
42	Waldheim	640	621	634	629	720	708	711	693	662	684	3,3%	6,9%
43	Bürgel	7.562	7.357	7.326	7.406	7.477	7.534	7.706	7.859	7.944	8.109	2,1%	7,2%
44	Rumpenheim	3.907	4.006	3.970	3.965	3.970	4.051	4.056	4.046	4.081	4.071	-0,2%	4,2%
	Offenbach*	97.250	97.472	97.037	99.030	101.070	103.241	105.627	107.450	110.389	112.079	1,5%	15,2%

Quelle: Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember. *einschließlich räumlich nicht zugeordneter Personen. ** Seit dem vierten Quartal 2015 müssen sich ausländische Flüchtlinge und Asylbewerber, die in einer Aufnahmeeinrichtung oder Durchgangsunterkunft wohnen, bei der zuständigen Meldebehörde anmelden. Zwei entsprechende Unterkünfte befanden sich im Dezember 2015 bis Mitte 2016 im Bezirk Kaiserlei.

Tab. 29: SGB II-Quoten nach Statistischen Bezirken

Nr.	Statistischer Bezirk	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
11	Hochschule f. Gestaltung	29,9%	28,4%	29,6%	24,7%	24,0%	24,7%	24,9%	24,6%	23,7%	21,2%
12	Wilhelmsschule	27,8%	26,8%	25,7%	23,8%	22,5%	23,9%	23,3%	22,4%	24,6%	21,8%
13	Messehalle	24,2%	23,6%	23,6%	23,1%	21,2%	21,8%	21,9%	21,6%	21,8%	20,7%
14	Kaiserlei	28,1%	24,3%	23,9%	19,9%	17,2%	18,0%	19,3%	18,5%	11,6%	11,8%
15	Ledermuseum	18,2%	18,4%	19,0%	18,2%	17,1%	16,9%	16,9%	16,9%	16,3%	14,6%
16	Mathildenschule	29,2%	25,7%	25,6%	24,5%	21,7%	21,6%	22,9%	22,8%	21,8%	21,6%
21	Klinikum Offenbach	20,7%	20,6%	21,3%	19,0%	17,6%	18,7%	19,1%	18,9%	18,5%	16,9%
22	Lauterborn	23,6%	23,0%	23,3%	23,7%	22,8%	22,2%	22,6%	22,7%	21,7%	19,7%
23	Friedrichsweiher	19,0%	18,9%	19,1%	18,2%	16,7%	17,2%	17,3%	18,2%	18,8%	17,8%
24	Bachschule	18,1%	17,2%	17,7%	16,8%	15,4%	15,7%	15,4%	16,5%	15,4%	14,0%
25	Lichtenplatte	15,7%	15,3%	15,8%	16,1%	15,2%	14,9%	14,9%	15,8%	15,7%	15,1%
26	Bieberer Berg	12,9%	13,1%	13,1%	14,9%	13,8%	13,6%	15,5%	15,2%	16,5%	14,9%
31	Vorderwald Rosenhöhe	20,3%	18,8%	19,4%	19,0%	18,5%	17,8%	18,7%	18,1%	17,1%	16,2%
32	Tempelsee	14,5%	15,1%	15,2%	14,0%	14,3%	15,2%	14,7%	14,9%	14,6%	13,2%
33	Bieber	15,6%	15,7%	16,1%	16,2%	16,1%	17,3%	17,1%	17,3%	16,5%	16,3%
41	Mühlheimer Straße	28,1%	25,7%	25,7%	25,7%	25,0%	25,1%	21,8%	17,8%	16,2%	12,4%
42	Waldheim	6,3%	6,8%	9,1%	4,9%	5,3%	6,5%	7,3%	9,4%	8,0%	7,3%
43	Bürgel	14,6%	14,0%	14,6%	14,0%	13,6%	13,7%	13,8%	14,1%	14,5%	13,8%
44	Rumpenheim	4,9%	4,4%	4,8%	5,1%	4,5%	4,6%	5,1%	5,2%	5,7%	5,1%
	Offenbach	19,9%	19,3%	19,5%	18,8%	17,8%	18,1%	18,3%	18,3%	17,9%	16,7%

Quelle: BA, Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember. SGB II-Quoten hier: Alle Personen in Bedarfsgemeinschaften gemessen an allen Bewohnern im Alter von 0 bis unter 65 Jahren. Die Werte der SGB II-Quoten sind nur angenähert ermittelt, weil sie auf der Basis aller Personen in den Bedarfsgemeinschaften beruhen, also einschließlich der Nicht-Leistungsberechtigten und nicht - wie standardmäßig - ausschließlich nur der Leistungsberechtigten.

Tab. 30: Segregationsindex und Anteil von SGB-II-Beziehern an der Gesamtbevölkerung

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Segregationsindex IS SGB II	16,5%	15,5%	14,9%	13,8%	12,9%	12,8%	13,1%	12,0%	13,0%	12,5%
Anteil SGB II-Bezieher an Gesamtbevölkerung	16,4%	15,9%	16,1%	15,6%	14,7%	15,0%	15,2%	15,3%	15,0%	14,0%

Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember

Tab. 31: Bedarfsgemeinschaften und ihre Personen in Hessen

	Bedarfsgemeinschaften				Personen in Bedarfsgemeinschaften			
	2015	2016	2015-2016	2006-2016	2015	2016	2015-2016	2006-2016
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	6.770	6.916	2,2%	7,0%	14.130	14.501	2,6%	11,3%
Frankfurt am Main, Stadt	38.791	38.307	-1,2%	1,8%	77.578	76.304	-1,6%	7,4%
Offenbach am Main, Stadt	8.881	8.432	-5,1%	-10,2%	19.844	18.768	-5,4%	-6,0%
Wiesbaden, Landeshauptstadt	15.526	15.382	-0,9%	6,9%	32.668	32.331	-1,0%	10,9%
Bergstraße	7.030	7.196	2,4%	-15,4%	14.097	14.170	0,5%	-14,4%
Darmstadt-Dieburg	7.515	7.656	1,9%	-3,5%	15.761	15.916	1,0%	-4,1%
Groß-Gerau	9.760	9.675	-0,9%	10,9%	21.982	21.858	-0,6%	15,2%
Hochtaunuskreis	4.673	5.056	8,2%	20,8%	9.614	10.332	7,5%	17,5%
Main-Kinzig-Kreis	11.963	12.193	1,9%	7,4%	24.262	24.871	2,5%	5,9%
Main-Taunus-Kreis	5.046	5.258	4,2%	26,2%	10.642	11.042	3,8%	27,7%
Odenwaldkreis	2.837	2.709	-4,5%	-2,0%	5.944	5.791	-2,6%	-2,7%
Offenbach	10.548	10.497	-0,5%	2,5%	23.308	22.930	-1,6%	1,8%
Rheingau-Taunus-Kreis	3.909	4.337	10,9%	15,7%	7.978	8.824	10,6%	8,8%
Wetteraukreis	7.907	8.236	4,2%	-6,4%	15.892	16.324	2,7%	-9,9%
Gießen	9.877	10.364	4,9%	-3,4%	18.921	19.673	4,0%	-8,4%
Lahn-Dill-Kreis	8.459	8.699	2,8%	-5,6%	16.756	17.379	3,7%	-8,9%
Limburg-Weilburg	5.304	5.334	0,6%	-16,0%	11.225	11.291	0,6%	-19,5%
Marburg-Biedenkopf	6.507	6.809	4,6%	-14,2%	12.374	13.143	6,2%	-13,7%
Vogelsbergkreis	2.412	2.550	5,7%	-39,8%	4.329	4.846	11,9%	-41,8%
Kassel, documenta-Stadt	11.474	12.264	6,9%	-20,3%	22.592	24.215	7,2%	-18,9%
Fulda	4.660	4.690	0,6%	-21,3%	9.241	9.367	1,4%	-24,2%
Hersfeld-Rotenburg	3.094	2.980	-3,7%	-23,6%	6.128	6.091	-0,6%	-21,4%
Kassel	5.736	5.792	1,0%	-20,3%	11.196	11.444	2,2%	-24,1%
Schwalm-Eder-Kreis	4.345	4.558	4,9%	-27,7%	8.288	8.830	6,5%	-32,5%
Waldeck-Frankenberg	4.040	4.021	-0,5%	-27,2%	7.638	7.571	-0,9%	-30,6%
Werra-Meißner-Kreis	3.607	3.612	0,1%	-26,0%	6.701	6.834	2,0%	-27,9%
Hessen	209.298	213.523	2,0%	35,0%	429.089	434.646	1,3%	34,0%

Quelle: BA, Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember

Tab. 32: Personen in Bedarfsgemeinschaften nach Bedarfsart in Hessen

	ALG II-Bezieher				Sozialgeld-Bezieher			
	2015	2016	2015-2016	2006-2016	2015	2016	2015-2016	2006-2016
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	8.953	9.406	5,1%	3,3%	4.495	4.613	2,6%	17,4%
Frankfurt am Main, Stadt	51.341	51.264	-0,1%	0,2%	22.495	22.210	-1,3%	11,6%
Offenbach am Main, Stadt	13.141	12.485	-5,0%	-8,4%	6.512	6.082	-6,6%	-4,0%
Wiesbaden, Landeshauptstadt	21.268	21.423	0,7%	9,4%	10.274	10.070	-2,0%	5,2%
Bergstraße	9.767	9.967	2,0%	-14,0%	3.698	3.648	-1,4%	-26,7%
Darmstadt-Dieburg	10.297	10.501	2,0%	-7,0%	4.788	4.850	1,3%	-8,7%
Groß-Gerau	14.271	14.238	-0,2%	9,7%	6.872	6.850	-0,3%	14,3%
Hochtaunuskreis	6.588	7.155	8,6%	16,1%	2.928	3.058	4,4%	16,5%
Main-Kinzig-Kreis	16.252	16.734	3,0%	6,7%	7.500	7.685	2,5%	-1,5%
Main-Taunus-Kreis	7.039	7.348	4,4%	24,3%	3.164	3.347	5,8%	22,4%
Odenwaldkreis	3.981	3.865	-2,9%	-2,7%	1.659	1.668	0,5%	-15,6%
Offenbach	15.251	15.183	-0,4%	2,0%	7.599	7.327	-3,6%	-4,0%
Rheingau-Taunus-Kreis	5.343	5.956	11,5%	8,1%	2.274	2.567	12,9%	-1,3%
Wetteraukreis	10.718	11.271	5,2%	-11,3%	4.141	4.228	2,1%	-21,7%
Gießen	13.056	13.728	5,1%	-10,8%	4.811	5.055	5,1%	-17,1%
Lahn-Dill-Kreis	11.304	9.848	-12,9%	-26,8%	4.497	3.971	-11,7%	-29,4%
Limburg-Weilburg	7.301	7.369	0,9%	-24,1%	3.053	3.101	1,6%	-28,4%
Marburg-Biedenkopf	8.350	8.853	6,0%	-17,0%	3.274	3.656	11,7%	-19,9%
Vogelsbergkreis	3.011	3.331	10,6%	-44,6%	1.002	1.166	16,4%	-49,7%
Kassel, documenta-Stadt	15.214	16.403	7,8%	-24,5%	6.103	6.683	9,5%	-17,9%
Fulda	6.079	6.252	2,8%	-25,4%	2.569	2.567	-0,1%	-35,5%
Hersfeld-Rotenburg	4.077	4.028	-1,2%	-25,5%	1.672	1.680	0,5%	-28,3%
Kassel	7.466	7.627	2,2%	-28,5%	3.055	3.206	4,9%	-27,2%
Schwalm-Eder-Kreis	5.595	5.951	6,4%	-36,4%	2.071	2.347	13,3%	-37,0%
Waldeck-Frankenberg	5.196	5.202	0,1%	-34,4%	1.867	1.842	-1,3%	-38,2%
Werra-Meißner-Kreis	4.583	4.668	1,9%	-33,6%	1.679	1.770	5,4%	-27,7%
Hessen	285.442	292.023	2,3%	29,0%	124.052	126.058	1,6%	28,6%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember

Tab. 33: Durchschnittliche Personenstärke und Relationen in Bedarfsgemeinschaften (BG) Hessens

	PERS/ BG 2015	PERS/ BG 2016	LB/BG 2006-2016	ALG II- Bezieher/BG 2015	ALG II- Bezieher/BG 2016	ALG II- Bezieher/BG 2006-2016	Sozialgeld- Bezieher/BG 2015	Sozialgeld- Bezieher/BG 2016	Sozialgeld- Bezieher/BG 2006-2016
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	2,09	2,10	3,5%	1,32	1,36	-4,9%	0,66	0,67	9,7%
Frankfurt am Main, Stadt	2,00	1,99	5,9%	1,32	1,34	-5,8%	0,58	0,58	9,7%
Offenbach am Main, Stadt	2,23	2,23	5,1%	1,48	1,48	2,1%	0,73	0,72	6,9%
Wiesbaden, Landeshauptstadt	2,10	2,10	3,8%	1,37	1,39	1,7%	0,66	0,65	-1,6%
Bergstraße	2,01	1,97	3,0%	1,39	1,39	-2,5%	0,53	0,51	-13,3%
Darmstadt-Dieburg	2,10	2,08	0,3%	1,37	1,37	-5,4%	0,64	0,63	-5,4%
Groß-Gerau	2,25	2,26	3,6%	1,46	1,47	-1,9%	0,70	0,71	3,1%
Hochtaunuskreis	2,06	2,04	-2,1%	1,41	1,42	-1,7%	0,63	0,60	-3,6%
Main-Kinzig-Kreis	2,03	2,04	-1,9%	1,36	1,37	-4,7%	0,63	0,63	-8,3%
Main-Taunus-Kreis	2,11	2,10	1,7%	1,39	1,40	-4,3%	0,63	0,64	-3,0%
Odenwaldkreis	2,10	2,14	-2,6%	1,40	1,43	1,2%	0,58	0,62	-13,9%
Offenbach	2,21	2,18	0,5%	1,45	1,45	-0,9%	0,72	0,70	-6,3%
Rheingau-Taunus-Kreis	2,04	2,03	-5,7%	1,37	1,37	-9,1%	0,58	0,59	-14,7%
Wetteraukreis	2,01	1,98	-2,4%	1,36	1,37	-4,3%	0,52	0,51	-16,4%
Gießen	1,92	1,90	-4,4%	1,32	1,32	-8,0%	0,49	0,49	-14,2%
Lahn-Dill-Kreis	1,98	2,00	-4,3%	1,34	1,13	-17,4%	0,53	0,46	-25,2%
Limburg-Weilburg	2,12	2,12	-4,2%	1,38	1,38	-7,9%	0,58	0,58	-14,7%
Marburg-Biedenkopf	1,90	1,93	-1,0%	1,28	1,30	-14,5%	0,50	0,54	-6,7%
Vogelsbergkreis	1,79	1,90	-8,7%	1,25	1,31	-10,5%	0,42	0,46	-16,3%
Kassel, documenta-Stadt	1,97	1,97	1,5%	1,33	1,34	-9,6%	0,53	0,54	3,1%
Fulda	1,98	2,00	-4,4%	1,30	1,33	-8,7%	0,55	0,55	-18,1%
Hersfeld-Rotenburg	1,98	2,04	-0,2%	1,32	1,35	-6,1%	0,54	0,56	-6,1%
Kassel	1,95	1,98	-5,9%	1,30	1,32	-7,3%	0,53	0,55	-8,6%
Schwalm-Eder-Kreis	1,91	1,94	-8,1%	1,29	1,31	-8,7%	0,48	0,51	-12,8%
Waldeck-Frankenberg	1,89	1,88	-4,2%	1,29	1,29	-11,4%	0,46	0,46	-15,0%
Werra-Meißner-Kreis	1,86	1,89	-4,4%	1,27	1,29	-8,3%	0,47	0,49	-2,3%
Hessen	2,05	2,04	-0,1%	1,36	1,37	-4,4%	0,59	0,59	-4,7%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember

Tab. 34: Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren in Hessen 2016

	BG mit Kindern unter 18 Jahre	davon mit 1 Kind	Anteil	davon mit 2 Kindern	Anteil	davon mit 3 und mehr Kindern	Anteil
Darmstadt, Wissenschafts-	2.707	1.214	44,8%	871	32,2%	622	23,0%
Frankfurt am Main, Stadt	13.797	6.306	45,7%	4.644	33,7%	2.847	20,6%
Offenbach am Main, Stadt	3.698	1.547	41,8%	1.294	35,0%	857	23,2%
Wiesbaden, Landeshaupt-	6.243	2.936	47,0%	2.069	33,1%	1.238	19,8%
Bergstraße	2.438	1.179	48,4%	764	31,3%	495	20,3%
Darmstadt-Dieburg	2.949	1.382	46,9%	948	32,1%	619	21,0%
Groß-Gerau	4.169	1.812	43,5%	1.356	32,5%	1.001	24,0%
Hochtaunuskreis	1.919	896	46,7%	614	32,0%	409	21,3%
Main-Kinzig-Kreis	4.788	2.223	46,4%	1.568	32,7%	997	20,8%
Main-Taunus-Kreis	2.098	992	47,3%	674	32,1%	432	20,6%
Odenwaldkreis	1.062	513	48,3%	331	31,2%	218	20,5%
Offenbach	4.505	2.038	45,2%	1.423	31,6%	1.044	23,2%
Rheingau-Taunus-Kreis	1.603	730	45,5%	542	33,8%	331	20,6%
Wetteraukreis	2.940	1.489	50,6%	897	30,5%	554	18,8%
Gießen	3.309	1.616	48,8%	1.029	31,1%	664	20,1%
Lahn-Dill-Kreis	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Limburg-Weilburg	2.079	934	44,9%	697	33,5%	448	21,5%
Marburg-Biedenkopf	2.308	1.099	47,6%	743	32,2%	466	20,2%
Vogelsbergkreis	860	432	50,2%	260	30,2%	168	19,5%
Kassel, documenta-Stadt	4.255	2.046	48,1%	1.343	31,6%	866	20,4%
Fulda	1.750	858	49,0%	532	30,4%	360	20,6%
Hersfeld-Rotenburg	1.124	516	45,9%	362	32,2%	246	21,9%
Kassel	2.137	1.114	52,1%	656	30,7%	367	17,2%
Schwalm-Eder-Kreis	1.592	759	47,7%	530	33,3%	303	19,0%
Waldeck-Frankenberg	1.319	659	50,0%	390	29,6%	270	20,5%
Werra-Meißner-Kreis	1.211	595	49,1%	393	32,5%	223	18,4%
Hessen	80.124	37.409	46,7%	25.989	32,4%	16.726	20,9%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember

Tab. 35: Zahlungsansprüche nach Leistungsart

	Gesamt	darunter					
		Regelbedarf ALG II	Regelbedarf Sozialgeld	Mehrbedarfe	Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)	Sozialversicherungsbeiträge	Weitere Zahlungsansprüche
2006	109.204.425 €	37.809.701 €	2.678.007 €	1.862.541 €	41.989.364 €	23.437.618 €	481.311 €
2007	98.974.256 €	35.638.520 €	2.604.559 €	1.952.472 €	41.515.426 €	16.229.805 €	390.453 €
2008	93.741.180 €	33.189.383 €	2.393.708 €	2.005.597 €	39.800.155 €	15.570.070 €	362.193 €
2009	94.763.446 €	31.816.887 €	2.499.657 €	1.980.854 €	40.395.811 €	16.105.282 €	670.727 €
2010	97.086.234 €	33.183.035 €	2.036.754 €	1.926.195 €	41.856.224 €	16.160.145 €	1.639.943 €
2011	90.644.629 €	31.888.762 €	1.887.002 €	1.886.766 €	41.915.343 €	11.810.036 €	1.242.101 €
2012*	91.118.423 €	32.364.166 €	1.797.323 €	1.866.345 €	42.897.116 €	11.833.260 €	360.206 €
2013	96.937.009 €	34.386.209 €	2.076.524 €	2.073.697 €	45.399.090 €	12.695.513 €	326.975 €
2014*	101.661.544 €	35.960.519 €	2.285.234 €	2.196.600 €	47.831.270 €	13.197.021 €	194.899 €
2015	102.864.789 €	36.068.705 €	2.300.296 €	2.176.776 €	48.346.642 €	13.783.321 €	189.048 €
2016	103.179.670 €	34.955.300 €	2.090.837 €	2.100.557 €	47.687.301 €	16.147.633 €	198.043 €

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. * Für Januar und Februar 2012 sowie Januar 2014 standen keine Daten der BA zur Verfügung. Ersatzweise wurde für die Berechnung der Durchschnittswert der übrigen Monatswerte des jeweiligen Jahres genommen.

Tab. 36: Entwicklungsindex der Zahlungsansprüche nach Leistungsart

	Gesamt	darunter					
		Regelbedarf ALG II	Regelbedarf Sozialgeld	Mehrbedarfe	Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)	Sozialversicherungsbeiträge	Weitere Zahlungsansprüche
2006	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
2007	90,6%	94,3%	97,3%	104,8%	98,9%	69,2%	81,1%
2008	85,8%	87,8%	89,4%	107,7%	94,8%	66,4%	75,3%
2009	86,8%	84,2%	93,3%	106,4%	96,2%	68,7%	139,4%
2010	88,9%	87,8%	76,1%	103,4%	99,7%	68,9%	340,7%
2011	83,0%	84,3%	70,5%	101,3%	99,8%	50,4%	258,1%
2012*	83,4%	85,6%	67,1%	100,2%	102,2%	50,5%	74,8%
2013	88,8%	90,9%	77,5%	111,3%	108,1%	54,2%	67,9%
2014*	93,1%	95,1%	85,3%	117,9%	113,9%	56,3%	40,5%
2015	94,2%	95,4%	85,9%	116,9%	115,1%	58,8%	39,3%
2016	94,5%	92,5%	78,1%	112,8%	113,6%	68,9%	41,1%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung.

Tab. 37: Anteile der Zahlungsansprüchen nach Leistungsart an Gesamtzahlungsansprüchen

	Regelbedarf ALG II	Regelbedarf Sozialgeld	Leistungen für Unterkunft u. Heizung (LfU)	Sozialversicherungsbeiträge	Weitere Zahlungsansprüche
2006	34,6%	2,5%	38,5%	21,5%	0,4%
2007	36,0%	2,6%	41,9%	16,4%	0,4%
2008	35,4%	2,6%	42,5%	16,6%	0,4%
2009	33,6%	2,6%	42,6%	17,0%	0,7%
2010	34,2%	2,1%	43,1%	16,6%	1,7%
2011	35,2%	2,1%	46,2%	13,0%	1,4%
2012*	35,5%	2,0%	47,1%	13,0%	0,4%
2013	35,5%	2,1%	46,8%	13,1%	0,3%
2014*	35,4%	2,2%	47,0%	13,0%	0,2%
2015	35,1%	2,2%	47,0%	13,4%	0,2%
2016	33,9%	2,0%	46,2%	15,7%	0,2%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. *Für Januar und Februar 2012 sowie Januar 2014 standen keine Daten der BA zur Verfügung. Ersatzweise wurde für die Berechnung der Durchschnittswert der übrigen Monatswerte des jeweiligen Jahres genommen

Tab. 38: Durchschnittlicher Zahlungsanspruch je Bedarfsgemeinschaft pro Monat

	Zahlungsansprüche mit dieser Leistungsart			Insgesamt
	Regelbedarf ALG II	Regelbedarf Sozialgeld	Leistungen für Unterkunft/Heizung	
2006	357 €	104	381 €	935 €
2007	359 €	104	395 €	896 €
2008	353 €	102	396 €	886 €
2009	354 €	108	407 €	903 €
2010	355 €	91 €	418 €	916 €
2011	354 €	92 €	432 €	882 €
2012	361 €	90 €	445 €	899 €
2013	368 €	93 €	458 €	917 €
2014	377 €	98 €	474 €	943 €
2015	381 €	101	480 €	954 €
2016	381 €	98 €	485 €	987 €

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 39: Ziele und Zielerreichung 2016 für die Umsetzung des SGB II in Offenbach

	Zielwert 2015	Erreichter Wert	Zielabweichung	Zielerreichung
Ausgaben für passive Leistungen zum Lebensunterhalt	Max. 58 Mio. €	56,2 Mio. €	- 3,1 %	Ja
Ausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung	Max. 53 Mio. €	51,9 Mio. €	- 2 %	Ja
Integration in Erwerbstätigkeit	Mind. 25 %	26,9 %	+ 1,9 %-Punkte	Ja
Integration in Erwerbsarbeit von Alleinerziehenden	Mind. 21 %	23,6 %	+ 2,6 %-Punkte	Ja
Langfristiger Leistungsbezug	Max. + 0 %	+ 0,5 %	+ 0,5 %-Punkte	Nein
Nachhaltigkeit der Integrationen	Mind. 62 %	68,5 %	+ 6,5 %	Ja
Lernförderung im Rahmen der BuT-Leistungen	Mind. 450	514	+ 14,2 %	Ja
Inanspruchnahme BuT-Leistungen	Mind. 85 %	77,5 %	- 12,5 %-Punkte	Nein

Quelle: MainArbeit: Geschäftsjahr 2016 – Bericht der Geschäftsführung. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

8.4 Tabellen zu Kapitel 3 (SGB XII)

Tab. 40: Bedarfsgemeinschaften/Personen nach Geschlecht/Staatsbürgerschaft

	Bedarfs- gemeinschaften	Personen	darunter			
			weiblich	Anteil	nichtdeutsch	Anteil
Dez 2006	2.123	2.359	1.294	54,9%	872	37,0%
Dez 2007	2.305	2.554	1.382	54,1%	890	34,8%
Dez 2008	2.506	2.778	1.467	52,8%	969	34,9%
Dez 2009	2.595	2.848	1.495	52,5%	1.004	35,3%
Dez 2010	2.728	2.982	1.563	52,4%	1.046	35,1%
Dez 2011	2.849	3.094	1.602	51,8%	1.078	34,8%
Dez 2012	2.895	3.267	1.699	52,0%	1.181	36,1%
Dez 2013	3.058	3.371	1.732	51,4%	1.172	34,8%
Dez 2014	3.130	3.455	1.781	51,5%	1.248	36,1%
Dez 2015	3.341	3.584	1.792	50,0%	1.358	37,9%
Dez 2016	3.330	3.617	1.797	49,7%	1.383	38,2%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen

Tab. 41: Altersstruktur der Leistungsberechtigten

	0-6 Jahre	7-17 Jahre	18-64 Jahre	Anteil 0-64 Jahre	65-74 Jahre	75-84 Jahre	ab 85 Jahre	Anteil 65 und älter
Dez 2006	110	101	811	43,3%	1.250		85	56,6%
Dez 2007	137	104	921	45,5%	1.286		106	54,5%
Dez 2008	173	104	1.027	46,9%	1.367		107	53,1%
Dez 2009	173	118	1.069	47,8%	960	434	94	52,2%
Dez 2010	173	154	1.140	49,2%	969	430	116	50,8%
Dez 2011	160	181	1.164	48,6%	1.020	451	119	51,4%
Dez 2012	177	201	1.181	47,7%	1.075	517	116	52,3%
Dez 2013	193	230	1.210	48,4%	1.093	537	108	51,6%
Dez 2014	185	233	1.246	48,2%	1.127	551	113	51,8%
Dez 2015	207	239	1.256	47,5%	1.184	580	118	52,5%
Dez 2016	203	229	1.248	46,4%	1.217	599	121	53,6%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen

Tab. 42: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kap. 4 SGB XII)

	BG	Anteil an allen BG	Personen	davon wegen				darunter				Personen auch mit HbL*
				Alters	Anteil	Erwerbs- minderung	Anteil	weiblich	Anteil	nicht- deutsch	Anteil	
Dez 2006	1.620	76,3%	1.808	1.232	68,1%	576	31,9%	1.032	57,1%	715	39,5%	300
Dez 2007	1.765	76,6%	1.982	1.292	65,2%	690	34,8%	1.117	56,4%	765	38,6%	573
Dez 2008	1.891	75,5%	2.127	1.383	65,0%	744	35,0%	1.183	55,6%	807	37,9%	600
Dez 2009	2.005	77,3%	2.217	1.391	62,7%	826	37,3%	1.222	55,1%	853	38,5%	593
Dez 2010	2.101	77,0%	2.329	1.424	61,1%	905	38,9%	1.271	54,6%	898	38,6%	635
Dez 2011	2.200	77,2%	2.421	1.496	61,8%	925	38,2%	1.310	54,1%	938	38,7%	668
Dez 2012	2.221	76,7%	2.562	1.617	63,1%	945	36,9%	1.379	53,8%	1.035	40,4%	654
Dez 2013	2.328	76,1%	2.613	1.633	62,5%	980	37,5%	1.400	53,6%	1.004	38,4%	640
Dez 2014	2.412	77,1%	2.709	1.686	62,2%	1.023	37,8%	1.437	53,0%	1.081	39,9%	611
Dez 2015	2.569	76,9%	2.800	1.780	63,6%	1.020	36,4%	1.449	51,8%	1.157	41,3%	555
Dez 2016	2.611	78,4%	2.865	1.834	64,0%	1.031	36,0%	1.500	52,4%	1.208	42,2%	489

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen. *Hilfe in besonderen Lebenssituationen

Tab. 43: Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU, Kap. 3 SGB XII)

	BG	Anteil an allen BG	Personen	darunter				Personen auch mit HbL*
				weiblich	Anteil	nichtdeutsch	Anteil	
Dez 2006	175	8,2%	181	90	49,7%	66	36,5%	11
Dez 2007	189	8,2%	198	97	49,0%	57	28,8%	20
Dez 2008	229	9,1%	237	115	48,5%	80	33,8%	26
Dez 2009	239	9,2%	254	119	46,9%	77	30,3%	28
Dez 2010	227	8,3%	243	109	44,9%	80	32,9%	25
Dez 2011	236	8,3%	248	114	46,0%	66	26,6%	24
Dez 2012	236	8,2%	250	124	49,6%	61	24,4%	26
Dez 2013	233	7,6%	246	123	50,0%	67	27,2%	19
Dez 2014	248	7,9%	264	132	50,0%	76	28,8%	19
Dez 2015	262	7,8%	264	121	45,8%	89	33,7%	22
Dez 2016	218	6,5%	237	100	42,2%	73	30,8%	11

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen. *Hilfe in besonderen Lebenssituationen

Tab. 44: Hilfen in besonderen Lebenssituationen (ausschließlich Kap. 5-7 SGB XII)

	BG	Anteil an allen BG	Personen	darunter			
				weiblich	Anteil	nicht-deutsch	Anteil
Dez 2006	328	15,4%	370	172	46,5%	91	24,6%
Dez 2007	351	15,2%	374	168	44,9%	68	18,2%
Dez 2008	386	15,4%	414	169	40,8%	82	19,8%
Dez 2009	351	13,5%	377	154	40,8%	74	19,6%
Dez 2010	400	14,7%	410	183	44,6%	68	16,6%
Dez 2011	413	14,5%	425	178	41,9%	74	17,4%
Dez 2012	438	15,1%	455	196	43,1%	85	18,7%
Dez 2013	497	16,3%	512	209	40,8%	101	19,7%
Dez 2014	470	15,0%	482	212	44,0%	91	18,9%
Dez 2015	510	15,3%	520	222	42,7%	112	21,5%
Dez 2016	501	15,0%	515	197	38,3%	102	19,8%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen

Tab. 45: Hilfen in besonderen Lebenssituationen insgesamt

	Personen	Anteil an allen Personen	davon		
			HbL+ Grundsicherung	HbL + HLU	ausschließlich HbL
Dez 2006	681	28,9%	300	11	370
Dez 2007	967	37,9%	573	20	374
Dez 2008	1.040	37,4%	600	26	414
Dez 2009	1.034	36,3%	593	28	377
Dez 2010	1.070	35,9%	635	25	410
Dez 2011	1.117	36,1%	668	24	425
Dez 2012	1.135	34,7%	654	26	455
Dez 2013	1.171	34,7%	640	19	512
Dez 2014	1.112	32,2%	611	19	482
Dez 2015	1.097	30,6%	555	22	520
Dez 2016	1.015	28,1%	489	11	515

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen

Tab. 46: Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen (nur Kap. 7 SGB XII)

	Personen	darunter						
		weiblich	Anteil	nicht-deutsch	Anteil	Alter 65-74 Jahre	Alter 75-84 Jahre	Alter 85 Jahre und älter
Dez 2006	337	255	75,7%	9	2,7%	k.A.	k.A.	k.A.
Dez 2007	371	277	74,7%	11	3,0%	k.A.	k.A.	k.A.
Dez 2008	356	270	75,8%	9	2,5%	k.A.	k.A.	k.A.
Dez 2009	373	278	74,5%	13	3,5%	k.A.	k.A.	k.A.
Dez 2010	393	287	73,0%	21	5,3%	k.A.	k.A.	k.A.
Dez 2011	409	298	72,9%	20	4,9%	k.A.	k.A.	k.A.
Dez 2012	401	281	70,1%	30	7,5%	92	136	173
Dez 2013	387	285	73,6%	16	4,1%	81	140	166
Dez 2014	418	314	75,1%	21	5,0%	88	145	184
Dez 2015	429	328	76,5%	27	6,3%	88	139	194
Dez 2016	463	344	74,3%	34	7,3%	92	171	200

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 47: Altersstruktur der Leistungsberechtigten nach AsylbLG

	BG	Personen	davon im Alter von						
			0-6 Jahre	7-17 Jahre	18-64 Jahre	Anteil 0-64 Jahre	65-84 Jahre	ab 85 Jahre	Anteil 65 und älter
Dez 2006	134	274	41	76	150	97,4%	6	1	2,6%
Dez 2007	81	157	22	40	92	98,1%	3	0	1,9%
Dez 2008	75	111	13	19	72	93,7%	7	0	6,3%
Dez 2009	83	112	9	14	82	93,8%	7	0	6,3%
Dez 2010	82	112	13	12	79	92,9%	8	0	7,1%
Dez 2011	99	134	10	26	87	91,8%	11	0	8,2%
Dez 2012	104	145	15	23	93	90,3%	14	0	9,7%
Dez 2013	108	150	12	27	98	91,3%	12	1	8,7%
Dez 2014	104	145	8	26	99	91,7%	11	1	8,3%
Dez 2015	76	93	4	11	67	95,7%	4	0	4,3%
Dez 2016	96	103	3	21	71	94,5%	6	0	5,5%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 48: Ausgaben SGB XII (Kap. 3-4 [laufende Leistungen], Kap. 5-7, 9)

	Ausgaben insgesamt	davon		
		HLU (laufende Leistungen)	Grundsicherung (laufende Leistungen)	HbL
2007[1]	21.453.715 €	916.182 €	9.733.792 €	10.683.001 €
2008	22.217.202 €	935.770 €	10.235.469 €	11.045.962 €
2009	24.586.816 €	1.245.587 €	12.164.890 €	11.176.338 €
2010	26.412.396 €	1.178.429 €	12.768.830 €	12.465.136 €
2011	27.292.122 €	1.271.529 €	13.594.863 €	12.425.730 €
2012	28.578.286 €	1.263.672 €	14.311.589 €	13.003.024 €
2013	30.432.364 €	1.545.059 €	15.976.203 €	12.911.102 €
2014	30.527.756 €	1.280.551 €	16.225.560 €	13.021.644 €
2015	32.974.672 €	1.375.440 €	17.291.257 €	14.307.975 €
2016	34.273.515 €	1.407.566 €	17.681.766 €	15.184.184 €

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen.

[1] Rechnungsjahr 01.12.06.-30.11.07)

Tab. 49: Ausgaben Grundsicherung

	Grundsicherung (laufende Leistungen)	darunter: Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU)	Anzahl Personen [2]	durchschnittlich pro Person/Monat	darunter: durchschnittliche KdU/Person/Monat
2007 [1]	9.733.792 €	5.875.374 €	1.982	409 €	247 €
2008	10.235.469 €	6.080.227 €	2.127	401 €	238 €
2009	12.164.890 €	7.074.859 €	2.217	457 €	266 €
2010	12.768.830 €	7.493.074 €	2.329	457 €	268 €
2011	13.594.863 €	7.979.020 €	2.421	468 €	275 €
2012	14.311.589 €	8.312.606 €	2.562	466 €	270 €
2013	15.976.203 €	8.428.604 €	2.613	510 €	269 €
2014	16.225.560 €	8.830.533 €	2.709	499 €	272 €
2015	17.291.257 €	9.666.779 €	2.800	515 €	288 €
2016	17.681.766 €	10.122.829 €	2.865	514 €	294 €

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen. [1] Rechnungsjahr (01.12.06-30.11.07); [2] Stichtag jeweils 31.12, Ausgabenwerte pro Monat sind rechnerische Annäherungen

Tab. 50: Ausgaben Hilfe in besonderen Lebenssituationen (HbL, Kap. 5-7, 9)

	HbL Kap. 5-7 einschließlich Mischfälle	Anzahl Personen Kap. 5-7 [2]	durchschnittlich pro Person/Monat	HbL Kap. 9
2007 [1]	10.340.333 €	967	931 €	342.668 €
2008	10.789.441 €	1.040	885 €	256.521 €
2009	10.904.312 €	1.034	692 €	272.026 €
2010	12.180.646 €	1.070	809 €	284.490 €
2011	12.148.846 €	1.117	906 €	276.884 €
2012	12.639.716 €	1.135	928 €	363.308 €
2013	12.630.569 €	1.171	899 €	280.532 €
2014	12.804.272 €	1.112	960 €	217.372 €
2015	14.111.507 €	1.097	1.072 €	196.468 €
2016	14.978.081 €	1.015	1.230 €	206.102 €

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen. [1] Rechnungsjahr (01.12.06-30.11.07); [2] Stichtag jeweils 31.12. Werte pro Monat sind rechnerische Annäherungen

Tab. 51: Ausgaben Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU)

	HLU (laufende Leistungen)	darunter: Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU)	Anzahl Personen [2]	durchschnittlich pro Person/Monat	darunter: durchschnittliche KdU Person/Monat
2007 [1]	916.182 €	410.715 €	198	386 €	173 €
2008	935.770 €	443.589 €	237	329 €	156 €
2009	1.245.587 €	612.745 €	254	409 €	201 €
2010	1.178.429 €	613.536 €	243	404 €	210 €
2011	1.271.529 €	662.391 €	248	427 €	223 €
2012	1.263.672 €	664.226 €	250	421 €	221 €
2013	1.545.059 €	697.659 €	246	523 €	236 €
2014	1.280.551 €	390.666 €	264	404 €	123 €
2015	1.375.440 €	393.191 €	264	434 €	124 €
2016	1.407.566 €	456.036 €	237	495 €	160 €

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen. [1] Rechnungsjahr (01.12.06-30.11.07); [2] Jeweils Stichtag 31.12., Werte pro Monat sind rechnerische Annäherungen

Tab. 52: Ausgaben Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen

2007*	4.895.162 €
2008	4.122.001 €
2009	4.225.080 €
2010	4.269.261 €
2011	4.368.458 €
2012	4.799.896 €
2013	5.025.895 €
2014	4.911.013 €
2015	5.100.709 €
2016	6.215.183 €

Quelle: Amt 50, Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung.
*Rechnungsjahr 01.12.06-30.11.07

Tab. 53: Ausgaben nach AsylbLG

2007*	1.330.981 €
2008	1.087.445 €
2009	823.363 €
2010	964.881 €
2011	1.037.930 €
2012	1.446.940 €
2013	1.645.663 €
2014	1.623.885 €
2015	1.189.836 €
2016	861.311 €

Quelle: Amt 50, Berechnung 81.3 Sozialplanung. *Rechnungsjahr 01.12.06-30.11.07

8.5 Tabellen zu Kapitel 4 (Leistungen für Bildung und Teilhabe)

	Anspruchsberechtigte	Anspruchnehmende inklusive Schulbedarf	Quote	Anspruchnehmende ohne Schulbedarf	Quote
SGB II	6.382	6.902	100,0%	4.949	77,5%
SGB XII	75	75	100,0%	27	36,0%
Asyl	22	22	100,0%	4	18,2%
BKGG	-	1.018	-	683	-
Summe ohne BKGG	6.479	6.999	100,0%	4.980	76,9%
Summe inkl. BKGG	-	8.017	-	5.663	-

Quelle: Amt 50, MainArbeit. * Rechnerisch höhere Quoten werden bei 100 Prozent gekappt. Der Grund für ihr Zustandekommen liegt in einer methodischen Einschränkung bei der Berechnung der Schülerzahlen (hessenweit einheitliche Schülerquote, jährlich einmal im Februar ermittelt)

	SGB II				SGB XII			
	Anspruchsberechtigte inklusive Schulbedarf	Quote inklusive Schulbedarf	Anspruchsberechtigte ohne Schulbedarf	Quote ohne Schulbedarf	Anspruchsberechtigte inklusive Schulbedarf	Quote inklusive Schulbedarf	Anspruchsberechtigte ohne Schulbedarf	Quote ohne Schulbedarf
Kreis Bergstraße	3.682	97,45%	2.378	62,94%	31	100,00%	21	67,74%
Landkreis Darmstadt-Dieburg	4.354	94,20%	2.458	53,20%	63	100,00%	25	50,00%
Landkreis Fulda	2.901	94,00%	1.817	59,00%	58	100,00%	44	76,00%
Landkreis Gießen	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Landkreis Groß-Gerau	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Landkreis Hersfeld-	1.759	96,00%	1.031	56,00%	30	100,00%	14	54,00%
Hochtaunuskreis	2.555	86,17%	1.447	48,80%	30	96,77%	8	25,81%
Landkreis Kassel	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Lahn-Dill-Kreis	4.514	93,00%	2.507	52,00%	46	83,00%	33	60,00%
Landkreis Limburg-Weilburg	2.372	80,76%	1.483	50,47%	136	100,00%	22	55,00%
Main-Kinzig-Kreis	6.024	81,11%	3.305	44,50%	56	100,00%	51	96,20%
Main-Taunus-Kreis	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Landkreis Marburg-Biedenkopf	3.686	86,53%	2.628	61,69%	55	71,43%	43	55,84%
Odenwaldkreis	1.607	89,83%	937	46,79%	69	25,46%	43	15,87%
Landkreis Offenbach	7.397	100,00%	4.544	63,31%	68	100,00%	24	48,00%
Rheingau-Taunus-Kreis	1.845	82,00%	2.046	91,00%	22	100,00%	19	86,00%
Schwalm-Eder-Kreis	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	42	93,33%	20	44,44%
Vogelsbergkreis	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Landkreis Waldeck-	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	41	10,65%	20	5,19%
Werra-Meißner-Kreis	1.724	99,65%	1.106	63,93%	89	100,00%	38	77,55%
Wetteraukreis	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	49	74,20%	33	50,00%
Stadt Darmstadt	3.770	97,40%	2.588	66,80%	102	100,00%	60	62,50%
Stadt Frankfurt am Main	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Stadt Kassel	5.790	93,92%	4.723	76,61%	160	100,00%	105	78,36%
Stadt Offenbach am Main	6.902	100,00%	4.949	77,50%	75	100,00%	27	36,00%
Landeshauptstadt Wiesbaden	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Hessen	60.882		39.947		1.222		650	

Quelle: Hessischer Landkreistag, Erhebung bei den Städten und Landkreisen

Tab. 56: Entwicklung der Zahl der Personen mit Inanspruchnahme mindestens einer Leistung für Bildung und Teilhabe in Offenbach

	SGB II					SGB XII					AsylbLG					BKGG				
	2012	2013	2014	2015	2016	2012	2013	2014	2015	2016	2012	2013	2014	2015	2016	2012	2013	2014	2015	2016
Ausflüge, Klassen-, Kindergartenfahrten	1.188	1.507	1.571	1.965	1.780	9	10	13	13	13	1	4	1	3	2	188	205	209	259	264
Lernförderung	106	248	377	464	514	0	1	0	1	4	2	2	0	0	0	9	7	16	6	21
Mittagsverpflegung (ohne Hort)	3.077	2.942	2.994	2.958	2.962	3	8	12	21	24	1	4	1	6	2	259	307	322	329	384
Schulbedarf	4.162	4.118	4.646	4.839	4.763	43	47	56	90	60	57	44	25	25	22	482	632	608	614	728
Schülerbeförderung	60	80	84	101	101	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12	17	11	7	17
Teilhabe soziales/kulturelles Leben	427	694	1085	1338	1451	3	2	9	9	6	0	0	0	1	0	129	131	141	120	134
Summen *	9.020	9.589	10.757	11.665	11.571	58	68	90	134	107	61	54	27	35	26	1.079	1.299	1.307	1.335	1.548

	Quersummen					Anteil einer Leistung an allen Leistungen				
	2012	2013	2014	2015	2016	2012	2013	2014	2015	2016
Ausflüge, Klassen-, Kindergartenfahrten	1.386	1.726	1.794	2.240	2.059	14%	16%	15%	17%	16%
Lernförderung	117	258	393	471	539	1%	2%	3%	4%	4%
Mittagsverpflegung (ohne Hort)	3.340	3.261	3.329	3.314	3.372	33%	30%	27%	25%	25%
Schulbedarf	4.744	4.841	5.335	5.568	5.573	46%	44%	44%	42%	42%
Schülerbeförderung	72	97	95	108	118	1%	1%	1%	1%	1%
Teilhabe soziales/kulturelles Leben	559	827	1235	1468	1.591	6%	8%	10%	11%	12%
Summen *	10.218	11.010	12.181	13.169	13.252	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: Amt 50, MainArbeit. *Bei Inanspruchnahme mehrerer Leistungsbereiche durch eine und dieselbe Person wird diese mehrfach gezählt

Tab. 57: Ausgaben im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets 2016 in Offenbach

	SGB II	SGB XII	AsylbLG	BKGG	Summen
Ausflüge, Klassen-, Kindergartenfahrten	355.121,48 €	1.704,90 €	0,00 €	52.587,46 €	409.414 €
Lernförderung	329.842,18 €	1.960,00 €	0,00 €	14.963,74 €	346.766 €
Mittagsverpflegung (ohne Hort)	1.004.436,65 €	7.688,40 €	0,00 €	113.790,51 €	1.125.916 €
Schulbedarf	409.771,94 €	0,00 €	1.530,00 €	5.286,85 €	416.589 €
Schülerbeförderung	47.272,72 €	3.370,00 €	379,00 €	60.020,00 €	111.042 €
Teilhabe am sozialen/kulturellen Leben	65.170,06 €	541,80 €	583,00 €	10.960,80 €	77.256 €
Summen	2.211.615,03 €	15.265,10 €	2.492,00 €	257.609,36 €	2.486.981 €

Quelle: Amt 50, MainArbeit

8.6 Tabellen zu Kapitel 5 (Kinder und Jugendliche im SGB II)

Tab. 58: Altersstruktur der Kinder und Jugendlichen im SGB II-Bezug im räumlichen Vergleich Dezember 2016

	Gesamt	davon im Alter von							
		unter 3 Jahren	Anteil	3 bis unter 6 Jahren	Anteil	6 bis unter 15 Jahren	Anteil	15 bis unter 18 Jahren	Anteil
Deutschland	1.993.704	372.956	18,7%	361.006	18,1%	988.351	49,6%	271.392	13,6%
Hessen	146.728	27.456	18,7%	26.601	18,1%	72.655	49,5%	20.017	13,6%
Offenbach	7.053	1.179	16,7%	1.296	18,4%	3.646	51,7%	932	13,2%

Quelle: BA, Berechnungen MainArbeit

Tab. 59: Anteil der SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern im regionalen Vergleich im Dezember 2016

	BG insgesamt	BG mit mindestens einem Kind	Anteil
Deutschland	3.253.130	1.091.394	33,5%
Hessen	213.523	80.124	37,5%
Darmstadt	6.916	2.707	39,1%
Frankfurt	38.307	13.797	36,0%
Offenbach	8.432	3.698	43,9%
Wiesbaden	15.382	6.243	40,6%
Kassel	12.264	4.255	34,7%

Quelle: Quelle: BA, Berechnungen MainArbeit

Tab. 60: Gesamtbedarf an Regelleistungen und Haushaltsbudgets in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) in Offenbach im räumlichen Vergleich Dezember 2016

	Gesamtbedarf Regelleistungen		Haushaltsbudget	
	Offenbach	Hessen	Offenbach	Hessen
BG insgesamt	1.286 €	1.151 €	1.389 €	1.230 €
mit Kindern unter 18 Jahren	1.825 €	1.704 €	1.990 €	1.826 €
mit einem Kind	1.460 €	1.380 €	1.605 €	1.497 €
mit zwei Kindern	1.870 €	1.783 €	2.060 €	1.914 €
mit drei und mehr Kindern	2.417 €	2.305 €	2.578 €	2.422 €
Alleinerziehenden-BG	1.547 €	1.463 €	1.619 €	1.544 €

Quelle: Quelle: BA, Berechnungen MainArbeit

Tab. 61: Entwicklung der Zahl von Kindern und Jugendlichen im SGB II-Leistungsbezug und in der Bevölkerung in Offenbach

	Dez 2011	Dez 2012	Dez 2013	Dez 2014	Dez 2015	Dez 2016
	im SGB II-Leistungsbezug					
unter 6 Jahren	2.539	2.565	2.692	2.685	2.729	2.475
6 bis unter 14 Jahren	2.994	3.180	3.299	3.374	3.457	3.260
14 bis unter 18 Jahren	1.170	1.180	1.270	1.341	1.331	1.318
Summe	6.703	6.925	7.261	7.400	7.517	7.053
in der Bevölkerung						
unter 6 Jahren	7.490	7.590	7.769	7.813	8.014	8.204
6 bis unter 14 Jahren	10.500	10.664	10.917	11.102	11.393	11.662
14 bis unter 18 Jahren	3.478	3.556	3.606	3.575	3.713	3.651
Summe	21.468	21.810	22.292	22.490	23.120	23.517

Quelle: Quelle: BA, Amt 81.2 Melderegister, Berechnungen MainArbeit

Tab. 62: Entwicklung der Zahl von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im regionalen Vergleich Dezember 2015 bis 2016

	BG mit Kindern insgesamt	BG mit einem Kind	Veränderung zu Dez 2015 in Prozent	BG mit zwei Kindern	Veränderung zu Dez 2015 in Prozent	BG mit drei Kindern und mehr	Veränderung zu Dez 2015 in Prozent
Hessen	80.124	37.409	-2,9	25.989	-0,1	16.726	6,3
Darmstadt	2.707	1.214	-3,7	871	2,1	622	7,6
Frankfurt	13.797	6.306	-3,5	4.644	-1,5	2.847	0,7
Offenbach am Main	3.698	1.547	-8,3	1.294	-6,7	857	-5,0
Wiesbaden	6.243	2.936	-3,7	2.069	-2,4	1.238	1,4
Offenbach Kreis	4.505	2.038	-3,4	1.423	-6,3	1.044	-1,0
Kassel	4.255	2.046	2,5	1.343	7,3	866	13,6

Quelle: Quelle: BA, Berechnungen MainArbeit

Tab. 63: Entwicklung der Altersstruktur von Kindern in Bedarfsgemeinschaften im regionalen Vergleich Dezember 2015 bis 2016

	im Alter von in Prozent			
	unter 3 Jahren	3 bis unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren	15 bis unter 18 Jahren
Hessen	5,0	0,3	1,4	-0,3
Darmstadt	3,3	0,6	2,8	7,5
Frankfurt	-1,4	-2,9	-0,2	-2,2
Offenbach am Main	-12,5	-6,2	-3,8	-6,5
Wiesbaden	-0,5	-6,6	-0,6	2,4
Kreis Offenbach	0,7	-6,3	-3,1	-3,4
Kassel	6,4	6,5	5,2	-2,1

Quelle: Quelle: BA, Berechnungen MainArbeit

Tab. 64: SGB II-Quoten von Kindern unter 18 Jahren

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Hessen	12,4 %	12,7 %	13,1 %	13,5 %	13,5 %	13,7 %
Darmstadt	17,8 %	18,6 %	19,1 %	19,8 %	19,6 %	20,3 %
Frankfurt am Main	20,5 %	20,3 %	20,6 %	21,0 %	20,8 %	20,5 %
Offenbach am Main	31,7 %	32,4 %	33,3 %	33,4 %	33,0 %	30,9 %
Wiesbaden	22,1 %	21,7 %	22,5 %	22,9 %	23,1 %	22,7 %
Kreis Offenbach	13,8 %	13,5 %	13,8 %	14,0 %	14,4 %	13,9 %
Kassel	21,0 %	20,3 %	21,1 %	22,3 %	22,8 %	24,7 %

Quelle: BA, Berechnungen MainArbeit

Tab. 65: SGB II-Quoten von Kindern unter drei Jahren

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Hessen	15,0 %	15,0 %	15,3 %	15,2 %	14,9 %	15,5 %
Darmstadt	20,6 %	21,1 %	20,0 %	20,6 %	19,6 %	20,2 %
Frankfurt am Main	21,0 %	20,3 %	20,4 %	20,0 %	19,9 %	19,5 %
Offenbach am Main	31,7 %	31,7 %	32,9 %	33,0 %	31,8 %	27,7 %
Wiesbaden	23,3 %	22,7 %	23,0 %	22,7 %	23,3 %	23,0 %
Kreis Offenbach	15,9 %	15,1 %	15,5 %	14,9 %	15,3 %	15,4 %
Kassel	23,0 %	21,9 %	23,1 %	24,2 %	24,4 %	28,0 %

Quelle: BA

Tab. 66: Entwicklung der bundesweiten Rangfolge der SGB II-Quoten von Kindern unter 18 Jahren (Basis: 399 Jobcenter)

RANG	2011	SGB-II-Quote Kinder unter 18 Jahre	RANG	2016	SGB-II-Quote Kinder unter 18 Jahre
1	Berlin, Stadt	32,4 %	1	Gelsenkirchen, Stadt	39,6 %
2	Offenbach am Main, Stadt	31,7 %	2	Bremerhaven, Stadt	35,2 %
3	Halle (Saale), Stadt	29,9 %	3	Halle (Saale), Stadt	32,7 %
4	Gelsenkirchen, Stadt	29,8 %	4	Essen, Stadt	32,7 %
5	Bremerhaven, Stadt	29,5 %	5	Mönchengladbach, Stadt	31,2 %
6	Essen, Stadt	28,0 %	6	Offenbach am Main, Stadt	30,9 %
7	Brandenburg an der Havel, St.	27,6 %	7	Duisburg, Stadt	30,6 %
8	Frankfurt (Oder), Stadt	27,5 %	8	Berlin, Stadt	30,5 %
9	Uckermark	27,3 %	9	Kiel, Landeshauptstadt	29,7 %
10	Mönchengladbach, Stadt	26,3 %	10	Herne, Stadt	29,7 %

Quelle: BA

Tab. 67: Entwicklung der bundesweiten Rangfolge der SGB II-Quoten von Kindern unter 3 Jahren (Basis: 399 Jobcenter)

RANG	2011	SGB-II-Quote Kinder unter 3 Jahre	RANG	2016	SGB-II-Quote Kinder unter 3 Jahre
1	Gelsenkirchen, Stadt	36,4 %	1	Gelsenkirchen, Stadt	44,8 %
2	Bremerhaven, Stadt	34,8 %	2	Bremerhaven, Stadt	41,6 %
3	Halle (Saale), Stadt	33,8 %	3	Pirmasens, kreisfreie Stadt	38,0 %
4	Berlin, Stadt	32,6 %	4	Wilhelmshaven, Stadt	36,8 %
5	Brandenburg an der Havel, St.	32,3 %	5	Mönchengladbach, Stadt	35,0 %
6	Essen, Stadt	31,8 %	6	Frankfurt (Oder), Stadt	34,8 %
7	Offenbach am Main, Stadt	31,7 %	7	Halle (Saale), Stadt	34,8 %
8	Mönchengladbach, Stadt	31,7 %	8	Duisburg, Stadt	34,3 %
9	Frankfurt (Oder), Stadt	31,3 %	9	Essen, Stadt	34,3 %
10	Uckermark	30,9 %	10	Herne, Stadt	32,9 %
11	Duisburg, Stadt	30,5 %	11	Bremen, Stadt	32,8 %
				(...)	
			28	Offenbach am Main, Stadt	27,7 %

Quelle: BA

8.7 Tabellen zu Kapitel 6 (Wohnungs- und Obdachlosigkeit)

Jan 16	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	Mai 16	Jun 16	Jul 16	Aug 16	Sep 16	Okt 16	Nov 16	Dez 16	Summe	Durchschnitt/Monat
192	206	181	188	176	182	134	169	172	199	208	241	2.248	187

Quelle: Diakonisches Werk Offenbach-Dreieich-Rodgau. Übernachtungsgäste konnten maximal zweimal drei Tage/Monat übernachten

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Eingegangene Hinweise im Sozialamt	1.266	1.073	1.202	909	783	142	95
Fälle von Beratung mit anschließender Antragsaufnahme	510	382	454	286	180*	k.A.	48

Quelle: Amt 50. *Wert ohne Beratungen wegen Energiezahlungsrückständen; Seit 22.12.2014 ohne Anträge von Leistungsberechtigten nach SGB II

	Gesamt																davon in							
																	Gemeinschaftsunterkünften				Hotels			
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016			
SGB II	189	206	243	323	373	452	424	151	155	163	173	182	199	217	38	51	80	150	191	253	206			
SGB XII**	15	15	19	22	18	19	19	4	5	7	7	8	8	26	11	10	12	15	11	11	18			
AsylbLG	18	23	27	31	31	35	25	15	18	23	20	20	22	18	3	5	4	11	10	13	7			
Gesamt*	221	244	289	374	422	507	470	170	178	194	200	210	230	244	52	65	96	175	212	280	226			

Quelle: ZVU, MainArbeit. *Keine Spaltensummen, sondern Durchschnitt von zwölf Monatssummen, daher sind Rundungsdifferenzen möglich. Ohne Notfallunterbringung des Ordnungsamtes. Basis im SGB II sind die Stichtagswerte am jeweiligen Monatsersten. ** im Bereich HLU und Grundsicherung. Berechnung Amt 81.3

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesamt *	81.187	89.245	106.227	138.150	155.014	186.433	169.613
darunter SGB II-Leistungsberechtigte	69.646	75.482	89.251	118.996	137.268	166.221	153.755

Quelle: ZVU, MainArbeit.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Angeordnete Räumungen	195	174	212	221	253	228	232	235	232	224	191
Von Räumung betroffene Personen	372	304	372	379	449	448	441	456	408	455	386
Einweisungen in Notunterkünfte	3	*	*	*	*	11	6	6	5	11	15
Von Einweisung betroffene Personen	6	*	*	*	3	24	49	49	14	17	36

Quelle: Amt 32. *Aus Datenschutzgründen nicht ausgewiesen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Zimmer/Schlafplätze im Frauenhaus	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32
Untergebrachte Frauen aus Offenbach	17	15	9	11	5	11	8	11	1	3	4
Übernachtungen im Frauenhaus	8.758	8.277	8.223	8.292	8.088	7.596	8.999	8.996	9.473	8.057	8.311
Außerhalb Offenbachs Untergebrachte (aus Offenbach/anderen Kommunen)	107	*	*	125	157	170	220	215	125	125	151

Quelle: Frauen helfen Frauen e.V. im Rahmen des Hessischen Sozialmonitors *keine Angaben vorhanden

8.8 Tabellen zu Kapitel 7 (Zusammenfassung)

Tab. 74: SGB II-Quoten Offenbach

	Sozialbericht Offenbach (Basis: Melderegister)	Bundesagentur für Arbeit (Basis: Statistisches Bundesamt)		Bundesagentur für Arbeit (Basis: Statistisches Bundesamt)
Dez 2006	20,5%	20,4%	JD 2006	20,1%
Dez 2007	19,8%	19,9%	JD 2007	20,3%
Dez 2008	19,2%	19,0%	JD 2008	19,5%
Dez 2009	19,5%	19,3%	JD 2009	19,2%
Dez 2010	18,7%	18,6%	JD 2010	19,3%
Dez 2011	17,7%	18,9%	JD 2011	19,1%
Dez 2012	18,0%	19,2%	JD 2012	19,2%
Dez 2013	18,2%	19,5%	JD 2013	19,6%
Dez 2014	18,2%	19,5%	JD 2014	19,8%
Dez 2015	17,9%	19,1%	JD 2015	19,5%
Dez 2016	16,7%	18,1%	JD 2016	18,7%

Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81 Sozialplanung

Tab. 75: Leistungsberechtigte (LB) im SGB II/SGB XII, Bevölkerung und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	LB SGB II und XII	davon				Gesamtbevölkerung	Anteil aller LB an Gesamtbevölkerung	Erwerbsfähige Bevölkerung (15-64 Jahre)	Anteil Erwerbsfähiger an Gesamtbevölkerung	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort	Beschäftigungsquote (Anteil Beschäftigte an Erwerbsfähigen)
		SGB II	Anteil an Gesamtbevölkerung	SGB XII	Anteil an Gesamtbevölkerung						
Dez 2006	22.159	19.800	16,9%	2.359	2,0%	116.923	19,0%	79.098	67,6%	37.195	47,0%
Dez 2007	21.788	19.234	16,3%	2.554	2,2%	117.899	18,5%	79.836	67,7%	38.288	48,0%
Dez 2008	21.459	18.681	15,8%	2.778	2,4%	118.103	18,2%	80.036	67,8%	39.091	48,8%
Dez 2009	21.751	18.903	16,1%	2.848	2,4%	117.718	18,5%	79.536	67,6%	38.580	48,5%
Dez 2010	21.499	18.517	15,5%	2.982	2,5%	119.734	18,0%	81.235	67,8%	39.190	48,2%
Dez 2011	20.972	17.878	14,7%	3.094	2,5%	121.970	17,2%	83.080	68,1%	40.753	49,1%
Dez 2012	21.844	18.577	14,9%	3.267	2,6%	124.261	17,6%	84.912	68,3%	41.824	49,3%
Dez 2013	22.604	19.233	15,2%	3.371	2,7%	126.934	17,8%	86.941	68,5%	42.845	49,3%
Dez 2014	23.027	19.572	15,2%	3.455	2,7%	128.974	17,9%	88.535	68,6%	44.970	50,8%
Dez 2015	23.324	19.740	14,9%	3.584	2,7%	132.068	17,7%	90.982	68,9%	47.784	52,5%
Dez 2016	22.279	18.662	13,9%	3.617	2,7%	133.827	16,6%	92.213	68,9%	48.748*	53,5%*

Quelle: BA, Amt 50, Amt 81.2. Berechnung Amt 81.3. * Werte von Juni 2016 (letztes verfügbares Datum)

Tab. 76: Entwicklungsindex von Leistungsberechtigten im SGB II und SGB XII sowie Bevölkerung

	Gesamtbevölkerung	Leistungsberechtigte SGB II	Leistungsberechtigte SGB XII	Leistungsberechtigte SGB II und SGB XII	Anteil aller Leistungsberechtigten an Bevölkerung (Gesamtquote)	Bevölkerung
Dez 2006	116.923	100	100	100	19,1%	100
Dez 2007	117.899	97	108	98	18,6%	101
Dez 2008	118.103	94	118	97	18,3%	101
Dez 2009	117.718	95	121	98	18,5%	101
Dez 2010	119.734	93	126	97	18,0%	102
Dez 2011	121.970	90	131	94	17,3%	104
Dez 2012	124.261	94	138	98	17,7%	106
Dez 2013	126.934	97	143	102	17,9%	109
Dez 2014	128.974	99	146	104	17,9%	110
Dez 2015	132.068	99	152	105	17,7%	113
Dez 2016	133.827	94	153	101	16,6%	114

Quelle: BA, Amt 50, Amt 81.2. Berechnung Amt 81.3.

8.9 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungen

Seite

Abb. 1: Personengruppen im SGB II seit der Revision im Jahr 2016	4
Abb. 2: Entwicklung der Zahl der SGB II-Leistungsberechtigten in Offenbach	5
Abb. 3: Kinder unter 15 Jahren nach Typen der Bedarfsgemeinschaft	5
Abb. 4: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit eigenem Bruttoeinkommen („Ergänzer“)	6
Abb. 5: Entwicklung der Personen in Bedarfsgemeinschaften und der Bevölkerung nach Nationalitäten	7
Abb. 6: Personen in Bedarfsgemeinschaften und (angenäherte) SGB II-Quoten nach Nationalitäten	7
Abb. 7: Entwicklung Leistungsberechtigte / Bevölkerung unter 65 Jahren in Statistischen Bezirken	8
Abb. 8: Über- und unterdurchschnittliche SGB II-Quoten nach Statistischen Bezirken	9
Abb. 9: Innerstädtische Segregation im Bezug von SGB II-Leistungen	9
Abb. 10: Entwicklung Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte in Hessen	10
Abb. 11: Entwicklung Arbeitslosengeld II- und Sozialgeldempfänger in Hessen	10
Abb. 12: Zahlungsansprüche im SGB II nach Leistungsart in Offenbach 2016	11
Abb. 13 Entwicklung der Zahlungsansprüche im SGB II nach Leistungsart in Offenbach	12
Abb. 14: Entwicklung des durchschnittlichen Zahlungsanspruchs je SGB II-Bedarfsgemeinschaft pro Monat in Offenbach ..	12
Abb. 15: Entwicklung der Personen in SGB XII-Bedarfsgemeinschaften nach Geschlecht und Staatsbürgerschaft	15
Abb. 16: Entwicklung der Altersstruktur der Leistungsberechtigten im SGB XII	15
Abb. 17: Entwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	16
Abb. 18: Entwicklung der Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)	17
Abb. 19: Entwicklung der Hilfe in besonderen Lebenssituationen (HbL ausschließlich)	17
Abb. 20: Entwicklung der Hilfe in besonderen Lebenssituationen insgesamt (HbL, auch mit Grundsicherung/HLU)	18
Abb. 21: Entwicklung der Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen	18
Abb. 22: Entwicklung der Altersstruktur der Leistungsberechtigten nach AsylbLG	19
Abb. 23: Entwicklung der laufenden Leistungen nach Leistungsarten des SGB XII	20
Abb. 24: Quoten der erreichten Personen mit Anspruch auf BuT-Leistungen in Hessen	21
Abb. 25: Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe	22
Abb. 26: Entwicklung der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen	22
Abb. 27: Ausgaben für BuT-Leistungen	22
Abb. 28: Altersstruktur der Kinder und Jugendlichen im SGB II-Bezug im räumlichen Vergleich	23
Abb. 29: Anteil der SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im regionalen Vergleich	24
Abb. 30: Gesamtbedarf an Regelleistungen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Offenbach im räumlichen Vergleich	24
Abb. 31: Haushaltsbudgets in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Offenbach im Vergleich zu Hessen	25
Abb. 32: Entwicklung der Zahl von Kindern und Jugendlichen im SGB II-Leistungsbezug in Offenbach	26
Abb. 33: Entwicklung der Zahl von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im regionalen Vergleich	26
Abb. 34: Entwicklung der Altersstruktur von Kindern in Bedarfsgemeinschaften im regionalen Vergleich	27
Abb. 35: Entwicklung der SGB II-Quoten von Jugendlichen unter 18 Jahren im regionalen Vergleich	27
Abb. 36: Entwicklung der SGB II-Quoten von Kindern unter drei Jahren im regionalen Vergleich	28
Abb. 37: Ansatzpunkte des Regionalen Übergangsmanagements in Offenbach	29
Abb. 38: Programmbausteine des Regionalen Übergangsmanagements in Offenbach	30
Abb. 39: Entwicklungsindex der Leistungsberechtigten im SGB II und SGB XII und der Bevölkerung sowie Entwicklung der Gesamtquote aller Leistungsberechtigten an der Gesamtbevölkerung	34

Tabellen

Seite

Tab. 1: Einwohner mit Migrationshintergrund am 31.12.2016 (Hauptwohnsitz)	41
Tab. 2: Sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung in Offenbach und Vergleichsregionen am Wohnort ...	41
Tab. 3: Sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung in Offenbach und Vergleichsregionen am Arbeitsort ..	41
Tab. 4: Bevölkerungsentwicklung in Offenbach	42
Tab. 5: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung	42
Tab. 6: Personen in Bedarfsgemeinschaften – Basiszahlen (<i>Jahresende</i>)	43

Tab. 7: Personen in Bedarfsgemeinschaften – Basiszahlen (<i>Jahresdurchschnitt</i>)	43
Tab. 8: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Geschlecht und Alter (<i>Jahresende</i>)	43
Tab. 9: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Geschlecht und Alter (<i>Jahresdurchschnitt</i>)	43
Tab. 10: Anteile von Altersgruppen von Frauen an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung	44
Tab. 11: Anteile von Altersgruppen an erwerbsfähiger Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre)	44
Tab. 12: Nicht-deutsche erwerbsfähige (ELB)/nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach Geschlecht (<i>Jahresende</i>)	44
Tab. 13: Nicht-deutsche erwerbsfähige (ELB)/ nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach Geschlecht (<i>Jahresdurchschnitt</i>)	44
Tab. 14: Anteile von Altersgruppen Nicht-Deutscher an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung	44
Tab. 15: Altersgruppen und Anteile nicht erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (NEF)	45
Tab. 16: Anteile von Altersgruppen nicht erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (NEF) an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung.....	45
Tab. 17: Anteile der Nicht-Deutschen an den nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (NEF) nach Altersgruppen	45
Tab. 18: Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern unter 18 Jahren (<i>Jahresende</i>)	45
Tab. 19: Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) unter 15 Jahre nach Typen von Bedarfsgemeinschaften (BG)	45
Tab. 20: Typen von Bedarfsgemeinschaften (BG)	46
Tab. 21: Bevölkerung unter 65 Jahre (Bev) und Personen in Bedarfsgemeinschaften (PERS) nach ausgewählten Nationalitäten.....	46
Tab. 22: SGB II-Quoten (angenähert) nach ausgewählten Nationalitäten	46
Tab. 23: Aufstocker und „Ergänzer“ unter den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB)	47
Tab. 24: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) mit Bruttoeinkommen (BE) aus Erwerbstätigkeit	47
Tab. 25: Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Zahlungsanspruch nach Leistungsarten	47
Tab. 26: Personen in Bedarfsgemeinschaften nach Statistischen Bezirken	47
Tab. 27: Bedarfsgemeinschafts (BG)-Typen / erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Statistischen Bezirken 2016.....	48
Tab. 28: Bevölkerung 0 bis unter 65 Jahre nach Statistischen Bezirken	48
Tab. 29: SGB II-Quoten nach Statistischen Bezirken	49
Tab. 30: Segregationsindex und Anteil von SGB-II-Beziehern an der Gesamtbevölkerung	49
Tab. 31: Bedarfsgemeinschaften und ihre Personen in Hessen	49
Tab. 32: Personen in Bedarfsgemeinschaften nach Bedarfsart in Hessen.....	50
Tab. 33: Durchschnittliche Personenstärke und Relationen in Bedarfsgemeinschaften (BG) Hessens	50
Tab. 34: Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren in Hessen 2016.....	51
Tab. 35: Zahlungsansprüche nach Leistungsart	51
Tab. 36: Entwicklungsindex der Zahlungsansprüche nach Leistungsart	51
Tab. 37: Anteile der Zahlungsansprüchen nach Leistungsart an Gesamtzahlungsansprüchen	52
Tab. 38: Durchschnittlicher Zahlungsanspruch je Bedarfsgemeinschaft pro Monat	52
Tab. 39: Ziele und Zielerreichung 2016 für die Umsetzung des SGB II in Offenbach	52
Tab. 40: Bedarfsgemeinschaften/Personen nach Geschlecht/Staatsbürgerschaft.....	53
Tab. 41: Altersstruktur der Leistungsberechtigten	53
Tab. 42: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kap. 4 SGB XII)	53
Tab. 43: Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU, Kap. 3 SGB XII)	53
Tab. 44: Hilfen in besonderen Lebenssituationen (ausschließlich Kap. 5-7 SGB XII)	54
Tab. 45: Hilfen in besonderen Lebenssituationen insgesamt	54
Tab. 46: Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen (nur Kap. 7 SGB XII)	54
Tab. 47: Altersstruktur der Leistungsberechtigten nach AsylbLG	54
Tab. 48: Ausgaben SGB XII (Kap. 3-4 [laufende Leistungen], Kap. 5-7, 9).....	54
Tab. 49: Ausgaben Grundsicherung	55
Tab. 50: Ausgaben Hilfe in besonderen Lebenssituationen (HbL, Kap. 5-7, 9).....	55
Tab. 51: Ausgaben Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU)	55
Tab. 52: Ausgaben Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen	55
Tab. 53: Ausgaben nach AsylbLG	55
Tab. 54: Anspruchsberechtigte und Anspruchnehmende des Bildungs- und Teilhabepakets 2016 in Offenbach	56
Tab. 55: Mit BuT-Leistungen erreichte anspruchsberechtigte Personen in Hessen 2016	56

Tab. 56: Entwicklung der Zahl der Personen mit Inanspruchnahme mindestens einer Leistung für Bildung und Teilhabe in Offenbach	57
Tab. 57: Ausgaben im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets 2016 in Offenbach	57
Tab. 58: Altersstruktur der Kinder und Jugendlichen im SGB II-Bezug im räumlichen Vergleich Dezember 2016	58
Tab. 59: Anteil der SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern im regionalen Vergleich im Dezember 2016	58
Tab. 60: Gesamtbedarf an Regelleistungen und Haushaltsbudgets in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) in Offenbach im räumlichen Vergleich Dezember 2016	58
Tab. 61: Entwicklung der Zahl von Kindern und Jugendlichen im SGB II-Leistungsbezug in Offenbach	58
Tab. 62: Entwicklung der Zahl von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im regionalen Vergleich Dezember 2015 bis 2016 ..	58
Tab. 63: Entwicklung der Altersstruktur von Kindern in Bedarfsgemeinschaften im regionalen Vergleich Dezember 2015 bis 2016	58
Tab. 64: SGB II-Quoten von Kindern unter 18 Jahren	59
Tab. 65: SGB II-Quoten von Kindern unter drei Jahren	59
Tab. 66: Entwicklung der bundesweiten Rangfolge der SGB II-Quoten von Kindern unter 18 Jahren (Basis: 399 Jobcenter)	59
Tab. 67: Entwicklung der bundesweiten Rangfolge der SGB II-Quoten von Kindern unter 3 Jahren (Basis: 399 Jobcenter) ..	59
Tab. 68: Zahl der Kurzübernachtungen der Diakonie	60
Tab. 69: Hinweise beim Sozialamt auf unmittelbar drohende Wohnungslosigkeit	60
Tab. 70: Untergebrachte Leistungsberechtigte der Zentralen Vermittlung von Unterkünften im Monatsdurchschnitt	60
Tab. 71: Zahl der Übernachtungen in Notunterkünften über die Zentrale Vermittlung von Unterkünften	60
Tab. 72: Gerichtliche Zwangsräumungen und Einweisungen in Notunterkünfte	60
Tab. 73: Unterbringungen im Frauenhaus in Offenbach	60
Tab. 74: SGB II-Quoten Offenbach	61
Tab. 75: Leistungsberechtigte (LB) im SGB II/SGB XII, Bevölkerung und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	61
Tab. 76: Entwicklungsindex von Leistungsberechtigten im SGB II und SGB XII sowie Bevölkerung	61

8.10 Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
ALG I	Arbeitslosengeld I
ALG II	Arbeitslosengeld II
ALQ	Arbeitslosenquote
Amt 50	Sozialamt der Stadt Offenbach
Amt 81.2	Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach, Abt. 81.2 Statistik und Wahlen
Amt 81.3	Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach, Abt. 81.3 Soziale Stadtentwicklung und Integration, hier: Referat Sozialplanung
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz - Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet
AufnG HE	Hessisches Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen (Hessisches Landesaufnahmegesetz)
BA	Bundesagentur für Arbeit
BG	Bedarfsgemeinschaft
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BuT	Bildung und Teilhabe
bzw.	beziehungsweise
ELB	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
ET	Erwerbstätigkeit
ff.	folgende
HbL	Hilfen in besonderen Lebenssituationen
HLU	Hilfe zum Lebensunterhalt
HSL	Hessisches Statistisches Landesamt
JC	Jobcenter
JD	Jahresdurchschnitt
k.A.	keine Angaben
Kap.	Kapitel
KdU	Kosten der Unterkunft
LB	Leistungsberechtigte
LfU	Leistungen für Unterkunft und Heizung
LK	Landkreis
NEF	Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte
RLB	Regelleistungsberechtigte
SGB II	Zweites Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitssuchende)
SGB III	Drittes Buch Sozialgesetzbuch (Arbeitsförderung)
SGB XII	Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe)
sog.	sogenannte/r
Tab.	Tabelle
UBQ	Unterbeschäftigungsquote
vgl.	vergleiche
ZVU	Zentrale Vermittlung von Unterkünften

Impressum

Magistrat der Stadt Offenbach am Main
Arbeitsförderung, Statistik und Integration
Abteilung 81.3, Referat Sozialplanung
Berliner Straße 100
63065 Offenbach am Main

Tel. 069 8065-2275
Email: sozialplanung@offenbach.de
Internet: www.offenbach.de/sozialplanung



Über oben genannten Kontakt bzw. QR-Code kann der Bericht im pdf-Dateiformat heruntergeladen oder angefordert werden.

Autoren: Ralf Theisen, Dr. Matthias Schulze-Böing

September 2017